if
Zeitschrift für Innere Führung

BUNDESWEHR

Nr. 1 | 2021

EXTREM AM RAND

Krieg
Armenien und Aserbaidschan kämpfen um Berg-Karabach

Haltung
So konservativ sind die Offiziere der Bundeswehr

Stärke
Inklusion ist ein Gewinn für die Bundeswehr

BUNDESWEHR

if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.

Fotos von links nach rechts: picture alliance/blickwinkel/McPHOTO/C. Ohde, Getty Images/Thomas Lohnes, imago images/IPON/Stefan Boness, Getty Images/Costfoto/Barcroft Studios/Future Publishing, REUTERS/Umit Bektas, Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Titelthema

Kai Hirschmann

Das Phänomen „Extremismus“ 5
Umgang in der Bundeswehr

Hendrik Cremer

Nicht neutral 13
Rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien in der politischen Bildung

Matthias Koch und Martina Kirchenbauer

Auf die Werte kommt es an 20
Fehlende Verfassungstreue ist für die Bundeswehr kein Spaß

Titelthema

Sarah Reichel

Gesinnungswandel anstoßen - aber wie? 27
Besondere Verantwortung für Zivilgesellschaft und Politische Bildung

Welt

Sven Bernhard Gareis

Stärke aus dem Inneren 34
Chinas auswärtige Politik unter veränderten internationalen Bedingungen

Extrem am Rand: Das Phänomen Extremismus hat viele Facetten. Für die Bundeswehr ist jedoch eines klar: Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit den Kern unserer Verfassung in Frage stellt, gehört nicht in die Truppe. Zivilcourage und Politische Bildung sind Garanten für unser friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft unter Achtung der Menschenwürde und mit den gleichen Rechten zur Teilhabe für alle. (rhl)

Titel: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Welt

Harald Stutte
Entscheidung in Berg-Karabach 41
Armenische Niederlage in Berg-Karabach

Geschichte

Frank Bauer
Reichsgründung in Feindesland 47
Gedanken zur Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles vor 150 Jahren

Rubriken

Meinung 4
Martina Rosenberg: Kein Platz für Extremismus

Essay 53
Klaus Naumann:
Militärkonservatismus – auf der schiefen Ebene?

Demoskopie 60
Maike Wanner: Barrierefreie Bundeswehr?

Aufgeschlagen 66
Uwe Brammer: Reichswehrgesetz erlassen

Mediale 68

Impressum 73

Schlaglicht 74
Der Brückenbauer

Kein Platz für Extremismus

Verfassungstreue ohne Wenn und Aber

Gegenüber der Verfassung haben Staatsdienerinnen und Staatsdiener eine besondere Treuepflicht. Für Personen mit extremistischen Ansichten oder mit festgestellter Verfassungsuntreue gibt es in der Bundeswehr keine Rückzugsräume.

Wir leben in einer sicheren Demokratie. Jeder hat das Recht, sich frei zu äußern. Meinungsfreiheit ist einer der Kerngedanken unserer Verfassung! Doch gibt es hierbei auch Grenzen, wenn einzelne mit ihren Äußerungen, Meinungen oder Verhalten unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden oder sogar beseitigen wollen. Insbesondere wir Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundeswehr –als „Staatsdienerin und Staatsdiener" – haben gegenüber der Verfassung eine besondere Treuepflicht.

Um dieser Pflicht gerecht zu werden, reicht es bei Weitem nicht aus, die Verfassung nur zu akzeptieren und nicht infrage zu stellen, sondern das Treueverhältnis muss dadurch gekennzeichnet sein, sich zu unseren gemeinsamen Werten zu bekennen und aktiv für diese einzutreten. Eine neutrale Haltung der Staatsdienerin und des Staatsdieners gegenüber unserer Verfassungsordnung ist definitiv zu wenig. Wegschauen, dulden und verharmlosen von Umständen, Äußerungen und Handlungen, die gegen unsere Verfassung gerichtet sind, ist keine Option. Hier bedarf es eines jederzeitigen aktiven Eintretens zur Wahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Wo Zweifel an diesem Treueverhältnis bestehen, ist immer die Frage nach der Integrität der Staatsdienerin/des Staatsdieners in Bezug auf ihr/sein Dienstverhältnis die Folge. Hier müssen wir genau hinschauen.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung – wie sie das Grundgesetz prägt – gestattet es jedem an Erscheinungen und Handeln des Staates Kritik zu äußern oder für die Änderung bestehender Verhältnisse mit den verfassungsrechtlich erlaubten Mitteln einzutreten – solange nicht der Staat, seine verfassungsmäßige Grundlage und damit unsere Werteordnung als solche grundlegend angegriffen werden.

„Radikale" Meinungen in dem Sinne, dass sie Konflikte „von der Wurzel" her betrachten, sind im politischen Diskurs sicherlich für alle erlaubt und von der Meinungsfreiheit des Grundgesetzes umfasst. Allerdings ist die Grenze oft fließend, und es können dadurch Zweifel an der Verfassungstreue des jeweiligen Urhebers/der Urheberin oder dessen, der sich nicht dagegen ausspricht und diese Meinungen unkommentiert stehen lässt, aufkommen. Wenn Standpunkte und Äußerungen auf die Beseitigung unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung abzielen, sie die Grundwerte des Staates, die wir geschworen/gelobt haben zu verteidigen, angreifen, ist die Grenze zum Extremismus stets überschritten.

Dies gilt ganz speziell in den sozialen Medien. Hier haben wir als Angehörige des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung schon beim Setzen von sogenannten „Likes" oder dem Veröffentlichen von Fotos eine ganz besondere Verantwortung. Sie müssen sich des Inhalts und der möglichen Wirkung auf andere immer bewusst sein, möchten Sie sich nicht möglichen Zweifeln aussetzen.

Anzeichen für die Gefahr des Überschreitens der Grenze zur extremistischen Ausrichtung zu erkennen und verfassungsschützend das fürsorgliche Gespräch mit dem Betroffenen/der Betroffenen zu suchen, ist Aufgabe jedes Vorgesetzten/jeder Vorgesetzten – ob zivil oder militärisch - und somit gelebte Innere Führung. Aber klar ist auch, dass es für Personen mit extremistischen Ansichten oder mit festgestellter Verfassungsuntreue kein Verständnis oder Rückzugsräume in der Bundeswehr geben darf. Sie können in unseren Reihen niemals geduldet werden. Solche Menschen müssen die Bundeswehr verlassen!

Der sonst entstehende Schaden für die Bundeswehr, ihr Ansehen, ihre Einsatzfähigkeit und das innere Gefüge, wäre irreparabel.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, dass Sie in den nachfolgenden Beiträgen zu diesem Phänomenbereich wertvolle Hinweise zum Umgang mit Extremismus sowie den erforderlichen Reaktionen beim Auftreten von entsprechenden Bestrebungen in der Bundeswehr finden.

Bleiben Sie stets wachsam! ■

Martina Rosenberg
ist seit dem 1. November 2020 Präsidentin des BAMAD. Zuvor war sie seit Mai 2018 Bundeswehrdisziplinaranwältin beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, seit 2015 Referatsleiterin des Parlament- und Kabinettreferates im BMVg in Berlin und davor des Referates für Beamtenrecht und Gleichstellung in Bonn.

Foto oben: BAMAD

Das Phänomen „Extremismus“

Umgang in der Bundeswehr

▲ Springerstiefel eines Teilnehmers einer Neonazidemonstration in Dortmund im Oktober 2020.

Foto: picture alliance/dpa/Bernd Thissen

Alle Ausprägungsformen des politischen und religiös motivierten Extremismus sind für einen demokratischen Rechtsstaat eine ständige Herausforderung. Ein Staat wie Deutschland kann und darf es nicht hinnehmen, dass Grundrechte missbraucht werden, um die demokratischen Fundamente zu bekämpfen. Verfassungstreue ist für Angehörige der Bundeswehr daher Berufspflicht. Gerade von ihnen muss erwartet werden, dass sie trotz aller Unterschiede in persönlichen politischen Auffassungen für die Grundpfeiler und Werteordnung unseres Staates einstehen. Neben einer konsequenten Verfolgung extremistischer Verhaltensweisen mit den Mitteln des Arbeits-, Dienst-, Disziplinar- und Strafrechts liegt der Schwerpunkt der Anstrengungen der Bundeswehr im präventiven Bereich: Mit politischer Bildung und entsprechenden Schulungen tritt sie im Rahmen der Inneren Führung extremistischem Gedankengut und Radikalisierungsprozessen entgegen.

In einer modernen Gesellschaft gehört das Recht auf freie Meinungsäußerung zu jenen Grundrechten, die unumstößlich und elementar für das demokratische Miteinander stehen. Es wird allerdings zunehmend offenkundig, dass Radikalisierungstendenzen in Sprache und Verhalten deutlich zunehmen und die Übergänge zwischen freier Meinungsäußerung, Radikalismus und Extremismus immer öfter fließend sind. Welche ideologischen Elemente angeeignet werden, hängt von individuellen Präferenzen, sozialen Motiven und Gelegenheiten ab, also auch von der Sozialisation und vom sozialen Umfeld.

Extremismus weist in allen Ausprägungen vergleichbare Elemente auf:

- einen Absolutheitsanspruch;
- einen ausgeprägten Determinismus als Auffassung, dass Ereignisse nach vorbestimmten Gesetzen ablaufen und durch Vorbedingungen eindeutig festgelegt sind;
- Schwarz-Weiß- sowie Freund-Feind-Denken (extremer Dualismus) nicht nur gegenüber →

Tabelle 1

Extremisten in Deutschland

	Rechtsextremisten	Linksextremisten	Islamisten	Reichsbürger & Selbstverwalter	Extremisten mit Auslandsbezug
2016	23.100	28.500	24.400	10.000	30.050
2017	24.000	29.500	25.800	16.500	30.550
2018	24.100	32.000	26.560	19.000	30.350
2019	32.080	33.500	28.020	19.000	28.820

Quellen: Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder

Die rechtsextremistische Identitäre Bewegung Augsburg/Schwaben veranstaltete im Juni 2020 eine Kundgebung am Münchner Pasinger Marienplatz. Ein Mitglied mit Logo-T-Shirt der Gruppe.

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS/ Sachelle Babbar

Anhänger der linksautonomen Szene am Rande einer Neonazi-Kundgebung in Dresden hinter einer brennenden Barrikade.

Foto: picture alliance/dpa/Jan Woitas

andersdenkenden Personen, sondern auch gegenüber „dem Staat" („deep-state-Mythos");
- Dogmatismus als starres, unkritisches Festhalten an Anschauungen, Lehrmeinungen o.Ä.;
- die grundlegende Verwerfung des demokratischen Rechtsstaates zugunsten einer früheren oder zukünftigen Gesellschaft;
- Aktivismus und Fanatismus; sowie insbesondere auch;
- Verschwörungserzählungen und -mythen.

Einer Verschwörungserzählung liegt die Annahme zugrunde, dass mächtige Einzelpersonen oder eine Gruppe von Menschen wichtige Ereignisse in der Welt beeinflussen und damit der Bevölkerung gezielt schaden, ohne ihre wahren Absichten und Ziele zu nennen. In vielen Ländern ist die Annahme, dass nicht die demokratisch legitimierten Entscheidungsträger die Geschicke des Landes lenken würden, sondern der „deep state" (Staat im Staat), Teil mehrerer extremistischer Verschwörungserzählungen und -mythen aus unterschiedlichen Richtungen. Dieser „deep state" wird je nach Ausprägung im militärisch-industriellen Komplex, der Ministerialbürokratie oder den Geheimdiensten vermutet. Die Grundidee dabei ist, dass er seit über 100 Jahren agiert, z.B. Diktatoren einsetzt und stürzt, Pläne realisiert, die die Welt in Flammen setzen, bis eine andere Macht den finsteren Plan vereitelt und uns allen das Leben rettet.

Radikalisierung. In Deutschland sind kontinuierlich Fälle von Extremismus mit unterschiedlicher Motivation zu verzeichnen (Tabelle 1). Während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf dem Boden des Grundgesetzes steht und dessen Werte und Normen begrüßt, gibt es auch einige Wenige, die unser politisches und gesellschaftliches System überwinden und durch eigene Vorstellungen ersetzen wollen. Extremismus ist insgesamt vielfältig und reicht von politisch nicht eindeutig konnotierten Verschwörungser- →

zählungen und -mythen über Rechts- und Linksextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, religiös motiviertem Extremismus (insbesondere Islamismus) bis hin zum Extremismus mit Auslandsbezug, wie zum Beispiel die kurdische PKK oder die "Grauen Wölfe". Extremisten aller Couleur nutzen krisenhafte Entwicklungen wie z.B. die derzeitige Corona-Pandemie für ihre Zwecke. Sie setzen Verschwörungsmythen in die Welt, um die Gesellschaft zu radikalisieren und das politische System zu destabilisieren. Auch wenn sie sich hinsichtlich ihrer Ziele und Mittel unterscheiden, lehnen doch alle die freiheitliche demokratische Grundordnung und den demokratischen Staat ab und haben den Anspruch, das Land und seine Institutionen in ihrem Sinne zu verändern.

Extremismus hat in der Bundeswehr keinen Platz und die Diskussion darüber in den Streitkräften darf nicht auf Bereiche wie Rechtsextremismus oder Islamismus verengt werden. Ein relativ junges Phänomen, dass neben Verschwörungserzählern Eingang in die Bundeswehr gefunden hat, sind z.B. die „Reichsbürger und Selbstverwalter", die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen oder sie nicht anerkennen. Inzwischen wird immer deutlicher, dass zu nehmend alle „Spielarten" des Extremismus in der Bundeswehr vorkommen und präventiver sowie reaktiver Aufmerksamkeit bedürfen. Der Umgang mit ihm ist geregelt durch die Zentrale Dienstvorschrift A-2600/7 „Extremismus - Vorbeugung und Bekämpfung". Die Bundeswehr duldet keine Beschäftigten, von denen extremistische Bestrebungen und Verhaltensweisen ausgehen. Bereits dem Anschein solcher Tendenzen wird entschieden entgegengewirkt. Die ZDv A-2600/7 legt auch die Verantwortung der jeweiligen Vorgesetzten fest. Gegenüber Extremismus gilt bei der Bundeswehr eine Null-Toleranz-Linie. Für Personen mit extremistischem Verhalten oder fehlender Verfassungstreue gibt es in der Bundeswehr weder Verständnis noch stillschweigend geduldete Rückzugsräume. Daher wird bei jedem Verdacht auf extremistische

Reichsbürger-Pässe, Reichsadler und Reichsbürger-Nummernschild - Symbole der selbsternannten Reichsbürger, Deutschland.

Foto: picture alliance/blickwinkel/McPHOTO/C. Ohde

Linksextremismus

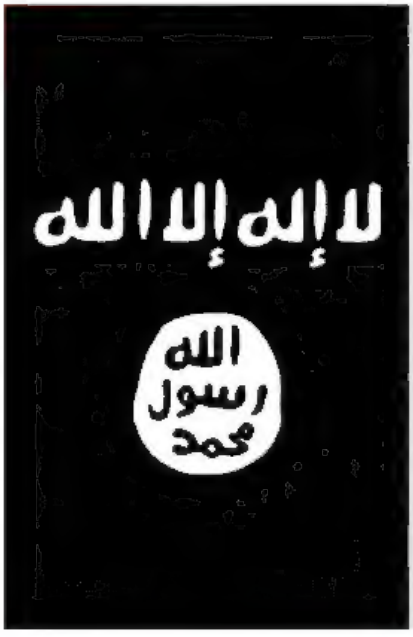
Die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten hat im Jahr 2019 um 40 Prozent erheblich zugenommen. Die Bundeswehr gilt seit ihrer Gründung als "legitimes Angriffsziel" der extremen Linken darunter besonders die Jugendoffiziere und die Nachwuchsgewinnung. Häufig sind Stör- und Schmieraktionen sowie Brand- und Farbanschläge, aber auch körperliche Angriffe auf Bundeswehrangehörige. Die Hemmschwelle der Gewalttäter sinkt dabei nach Beobachtung der Sicherheitsbehörden kontinuierlich: Eine Vielzahl teils schwerst verletzter Personen und ein geschätzter Sachschaden in dreistelliger Millionenhöhe sind die Folgen linksextremistischer Straf- und Gewalttaten in Deutschland 2019 - darunter ein Angriff auf den Bundesgerichtshof in Leipzig. Bundeswehrangehörige selbst sind in den letzten Jahren nur selten durch Bezüge zum Linksextremismus aufgefallen. Als linksextremistisch eingestuft und unter Beobachtung sind etwa die DKP, die "Rote Hilfe", sogenannte "Alternative" aber auch extremistische Strukturen innerhalb der Partei "Die Linke" wie die „Kommunistische Plattform".

Betätigungen ermittelt. Von Angehörigen der Bundeswehr muss erwartet werden, dass sie mit ihrem gesamten Verhalten stets für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten. Dazu gehört auch, bei etwaigen Grenzverletzungen in Graubereichen zwischen Radikalismus und Extremismus einzuschreiten. Disziplinarvorgesetzte haben die unteilbare Verpflichtung, entsprechende (extremistische) Äußerungen oder Handlungen zu identifizieren und diesen im Rahmen von Ermittlungen nachzugehen.

Es muss aber unterschieden werden zwischen „Extremismus" und „Radikalismus". Im alltäglichen Sprachgebrauch werden beide fälschlicherweise oft synonym gebraucht. Bei Radikalismus handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel her" (lateinisch: radix) anpacken will. Im Unterschied zum Extremismus sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. Radikalismus ist somit eine Methode zur Erreichung einer Systemveränderung. Er geht von einem deutlich von der herrschenden Auffassung abweichenden Standpunkt aus, befindet sich aber noch innerhalb des Rahmens der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Menschen mit radikalen Ansichten provozieren die Mehrheit zwar, bewegen sich allerdings im geltenden rechtlichen Rahmen, der auch Toleranz und Meinungsfreiheit vorsieht. Extremismus hingegen ist eine Methode mit dem Ziel der →

Rechtsextremismus

Im Jahr 2019 drängte der Rechtsextremismus vor allem durch antisemitische und ausländerfeindliche Gewalttaten republikweit massiv in die öffentliche Wahrnehmung. Nicht zuletzt wegen der hierdurch gestiegenen Wachsamkeit aller Beteiligten hat sich die Zahl der in diesem Jahr durch den MAD bearbeiteten Verdachtspersonen im Vergleich zum Vorjahr um 93 auf 363 erhöht. Acht Bundeswehrangehörige wurden als Extremisten identifiziert. Als prominente Organisationen sind NPD, "Die Rechte", "Der III. Weg" und die „Identitäre Bewegung" zu nennen. Der inzwischen aufgelöste rechte „Flügel" der „Alternative für Deutschland" wurde im März 2020 vom Verfassungsschutz als „rechtsextremistische Bestrebung" eingestuft.
Die sehr heterogene Gruppe der sogenannten Reichsbürger wird überwiegend dem rechten Spektrum zugeordnet. Diese bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Befugnisse der „BRD GmbH" einschließlich der Bundeswehr. Der MAD hat 16 Verdachtsfälle aufgenommen. Zwei Personen wurden als Extremisten in der Bundeswehr eingestuft.



Religiös motivierter Extremismus

Nach wie vor wird Deutschland nach Einschätzung des Innenministeriums von jihadistischen Organisationen als Feind wahrgenommen und steht unverändert in deren Zielspektrum. Während der MAD im Fünfjahreszeitraum bis einschließlich 2018 über 250 Verdachtsfälle aus dem religiös motivierten Extremismus/-terrorismus (= Islamismus, islamistischer Terrorismus) bearbeitet hat, sind im Jahr 2019 bereits 77 Verdachtsfälle neu aufgenommen worden. Der MAD führt diese spürbare Zunahme insbesondere auf das erhöhte Informationsaufkommen aus der Mitwirkung des MAD an der Soldateneinstellungsüberprüfung zurück. Vier Verdachtspersonen sind im abgelaufenen Jahr als Islamist eingestuft worden („ROT"), bei weiteren vier Personen wurde fehlende Verfassungstreue festgestellt („ORANGE") und hierüber die zuständige personalbearbeitende Stelle informiert. Ein islamistisches Netzwerk hat der MAD in der Bundeswehr bisher nicht identifiziert.
Der Bereich des politisch motivierten Ausländerextremismus lässt sich mit links-, rechts-, nationalistischen oder auch religiös-extremistischen Mischformen in Verbindung bringen. Dazu gehört beispielsweise die Sympathiebekundung in sozialen Netzwerken für die PKK und die Teilnahme an Kampfhandlungen gegen den Islamischen Staat in der Krisenregion Nahost. Im Jahr 2019 stellte der MAD bei drei Verdachtspersonen Erkenntnisse über fehlende Verfassungstreue fest.

Unter den betenden Salafisten 2012 in Bonn ist der frühere Berliner Gangsta-Rapper Denis Cuspert (2.v.l.). Ab 2010 war er als islamistischer Prediger und Sänger aktiv. 2012 setzte er sich nach einer bundesweiten Razzia gegen islamistische Extremisten ins Ausland ab und schloss sich 2013 den Dschihadisten in Syrien an. 2014 legte er den Treueschwur auf den Anführer des Islamischen Staats, Abu Bakr al-Baghdadi, ab. Es wird angenommen, dass Cuspert 2018 in Syrien gefallen ist.

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS/Abbas Idrees

Identitäre Bewegung

Unter dem Sammelbegriff „Neue Rechte" beschäftigt sich der Militärische Abschirmdienst mit rechtsextremistischen Organisationen, die keiner Partei zugerechnet werden. Dazu wird auch die „Identitäre Bewegung Deutschland" (IB) mit rund 600 Mitgliedern gezählt. Seit 2012 wurden die „Identitären" zunächst als rein virtuelles Phänomen jüngerer Aktivisten im Netz bekannt. Mit verschiedenen Aktionsformen, wie etwa Flashmobs oder Transparent-Aktionen, hat die IB den Sprung in die reale Welt vollzogen und ist mit regionalen Untergruppen bundesweit aktiv. In einer konzertierten Aktion Ende Mai 2018 löschten sowohl Facebook als auch Instagram zahlreiche Profile der Gruppierung. Aktionen richten sich gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, gegen Multikulturalismus und angeblich unkontrollierte Massenzuwanderung. Daher fordert die Gruppierung unter dem Schlagwort „Remigration" Maßnahmen zur Umkehrung der Flüchtlingsströme und die Rückführung von Migranten in deren Heimatländer und warnt vor einer „Islamisierung" Deutschlands.
Vor diesem Hintergrund sowie angesichts der vorherigen Betätigung einiger Führungsaktivisten in rechtsextremistischen Organisationen stuft der Verfassungsschutz die IB als rechtsextremistische Bestrebung ein.

Systemüberwindung. Als extremistisch werden daher die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Er richtet sich mit Nachdruck gegen die jeweilige politische und gesellschaftliche Ordnung. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener Vorstellungen wird nicht ausgeschlossen. Extremistische Ansichten sind nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Als verfassungsfeindlich bzw. extremistisch werden also in Deutschland Personen oder Organisationen bezeichnet, deren Ziele oder Ideen sich gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten. Terrorismus als Methode zielt auf die Systemvernichtung ab. Er dient der gewaltsamen Beseitigung und Zerstörung der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

Leitplanken. Die Abgrenzung zwischen Radikalismus und →

Tabelle 2

Extremismus und fehlende Verfassungstreue in der Bundeswehr 2019

				Verdachtspersonen mit
Rechtsextremismus	592	363	8	27
Reichsbürger/ Selbstverwalter	34	16	2	3
Linksextremismus	11	9	0	1
Islamismus	69	77	4	4
Extremismus mit Auslandsbezug	37	17	0	3
insgesamt	**743**	**482**	**14**	**38**

Quelle: Erster Bericht der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle zur Unterrichtung der Leitung des BMVg, des parlamentarischen Raums und der Öffentlichkeit. Berlin 2020, S. 8

Ein Teilnehmer eines Neonazi-Aufmarschs im August 2013 in Bad Nenndorf (Niedersachsen)

Foto: picture alliance/dpa/Sebastian Kahnert

Extremismus kann sehr anschaulich mit dem Bild einer breiten Straße mit begrenzenden Leitplanken dargestellt werden. Die Straße symbolisiert unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Die meisten Menschen halten sich (mit ihren Fahrzeugen) auf den beiden Fahrspuren auf. Es gibt aber auch die Möglichkeit, den Seitenstreifen an den rechten und linken Leitplanken zu befahren oder dort entlang zu laufen. Das ist zwar außergewöhnlich, aber eben immer noch innerhalb der Begrenzungen. Es gibt allerdings auch Menschen, denen diese Straße und ihr Verlauf grundsätzlich nicht passen und die glauben, einen eigenen, kürzeren Weg über die Leitplanken hinaus rechts und links durch das Feld zu kennen. Im übertragenen Sinne wären die Menschen an der Leitplanke im Bereich „Radikalismus" unterwegs, während diejenigen, die über die Leitplanke klettern und ihren eigenen Weg durch das Feld gehen, dem Bereich „Extremismus" zuzuordnen sind.

2019 wurde in der Bundeswehr gegen 743 mutmaßliche Extremisten ermittelt (Verdachtsfälle; Tabelle 2). Bei insgesamt ca. 265.000 Bundeswehrangehörigen bedeutet dies, dass 0,28 Prozent oder einer von 357 Mitarbeitenden unter Extremismusverdacht stand. Zudem wurden 773 Reservistinnen und Reservisten wegen Erkenntnissen über „fehlende Verfassungstreue" oder wegen extremistischer Bezüge vom Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr von ihrer Dienstleistungspflicht entbunden. Die Bandbreite staatsfeindlicher Einstellungen ist dabei groß. Anspruch und Ziel der Bundeswehr ist es, sowohl erkannte Extremisten als auch Personen mit fehlender Verfassungstreue aus der Bundeswehr zu entfernen und von ihr fernzuhalten. ■

Foto: privat

Dr. Kai Hirschmann
ist Politikwissenschaftler am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz sowie Hochschullehrer am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Zusammenfassung:
Politischer und religiös motivierter Extremismus sind eine ständige Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat. Grundrechte dürfen nicht missbraucht werden, um die Demokratie zu bekämpfen. Verfassungstreue ist für Angehörige der Bundeswehr Berufspflicht. Neben einer konsequenten Verfolgung extremistischer Verhaltensweisen liegt der Schwerpunkt der Anstrengungen der Bundeswehr in der Prävention, vor allem durch politische Bildung.

Nicht neutral

Rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien in der politischen Bildung

Foto: Bundeswehr/Jane Schmidt

Rassistische und rechtsextreme Positionen haben in der Öffentlichkeit und Politik deutlich zugenommen. Lehrende der politischen Bildung – auch in der Bundeswehr – sind deshalb herausgefordert, rassistische Grundhaltungen kritisch zu thematisieren. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, welcher Gefahr die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgesetzt ist, wenn der staatsbürgerliche Unterricht dieser Verantwortung nicht gerecht wird. Soldatinnen und Soldaten sind besonders verpflichtet, für die Menschenrechte und damit gegen Rassismus und Rechtsextremismus einzutreten. Das bringen sie auch in ihrem Eid auf das Grundgesetz zum Ausdruck.

Grund- und Menschenrechte als Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geben wesentliche Inhalte und Maßstäbe für politische Bildung vor. Lehrende in der politischen Bildung haben daher eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Menschenrechten, einschließlich des Schutzes vor Diskriminierung. Hierbei stehen Lehrende politischer Bildung vor erheblichen Herausforderungen, da rassistische und rechtsextreme Positionen im öffentlichen und politischen Raum deutlich zugenommen haben. Der Beitrag erörtert, warum es nicht nur zulässig, sondern geboten ist, dass Lehrende politischer Bildung insgesamt und in der Bundeswehr – rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien kritisch thematisieren.

Maßstab politischer Bildung. Aus dem Grundgesetz und den Menschenrechten ergeben sich rechtliche Vorgaben und Maßstäbe, die für die politische Bildung elementar sind. Gemäß dem Internationalen Übereinkommen gegen rassistische Diskriminierung (ICERD) hat der Staat für Aufklärungsarbeit und Menschenrechtsbildung zu sorgen und Rassismus entgegenzutreten. Er →

Im Grundgesetz Artikel 1, Absatz 1 steht: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Insbesondere Soldatinnen und Soldaten sind dem Diskriminierungsverbot verpflichtet. Im Bild: Das Kunstwerk „Grundgesetz 49" neben dem Reichstag in Berlin

Foto: Bundeswehr/Jonas Weber

hat - wie im Fall von Soldatinnen und Soldaten – zudem eine besondere Verpflichtung für die Aus- und Fortbildung von Pflichtenträgern. Zur politischen Bildung gehört die Vermittlung von Wissen, etwa darüber, dass gerade die Erfahrung von rassistisch motivierten Menschheitsverbrechen zur Kodifizierung der Menschenrechte führte. Zu vermitteln sind ebenso die unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte. Diese sind in prägnanter Weise im ersten Satz von Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 zusammengefasst: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren." Im Grundgesetz lassen sich die unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte insbesondere Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) entnehmen. Hier heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Die Garantie der Menschenwürde bedeutet, dass jedem Menschen gleichermaßen ein Achtungsanspruch zusteht, der ihm allein durch sein Menschsein zukommt. Für die Gewährleistung dieses Grundsatzes der gleichen Menschenwürde und der gleichen Rechte eines jeden Individuums ist das Diskriminierungsverbot zentral. Es ist in sämtlichen Menschenrechtsverträgen verankert, im Grundgesetz in Art. 3 Abs. 3. Neben der Vermittlung von Wissen über Menschenrechte gilt es auch, die Lernenden dazu anzuregen, über die den Menschenrechten zugrunde liegenden Werte, die Bedeutung von Menschenrechten für ihr eigenes Leben sowie für gesellschaftliche und politische Prozesse zu reflektieren, um eine an den Menschenrechten orientierte Haltung zu fördern, und sie zum Einsatz für die Menschenrechte zu befähigen. Die Soldatinnen und Soldaten sind also – unter anderem – zu befähigen, rassistische und rechtsextreme Positionen als Angriff auf die gleiche Würde aller Menschen zu erkennen, Wachsamkeit gegenüber entsprechenden Positionierungen zu entwickeln und ihnen im soldatischen und privaten Alltag entgegenzutreten.

Rassistische und rechtsextreme Positionen. Der Begriff „Rassismus" ist entstehungsgeschichtlich damit zu erklären, dass die für Rassismus typische Kategorisierung und Hierarchisierung von Menschen historisch mit dem Begriff „Rasse" einherging. Das ist auch der Grund, warum der Begriff „Rasse" in menschenrechtlichen Normen zum Verbot rassistischer Diskriminierung und zum Schutz vor Rassismus Eingang gefunden hat. In diesem Sinne greift auch Art. 3 Abs. 3 GG als Anknüpfungsmerkmal verbotener Diskriminierung die Konstruktion von homogenen Menschengruppen auf, mit der Menschen anhand

Politische Bildung beinhaltet die Vermitt ung von Zusammenhängen. Auch dem, dass die rassistisch motivierten Menschheitsverbrechen im Dritten Re ch zur Abfassung der Menschenrechte führten. Diese Soldaten nehmen an e nem Seminar „Grenzen des Gehorsams – Widerstand in Uniform" n der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin te l

Foto: Bundeswehr/Christian Thiel

Lesetipps:

Astrid Böttcher, Christoph Kopke, Alexander Lorenz (2019) Ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine verfassungsfeindl che Parte , die vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte? In: Martin Möllers H W /Robert Chr van Ooyen, Jahrbuch Öffentliche S cherheit 2018/2019. Frankfurt, Verlag für Polizeiwissenschaft

physischer Merkmale in Kategorien eingeteilt und ihnen pauschal bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensmuster zugeschrieben werden (Stereotype).

Solche willkürlichen Kategorisierungen unter Bezugnahme auf biologistische Begründungsmuster setzen sich bis heute fort. Allerdings treten in der Gegenwart – wie im Fall des Antisemitismus – weitere Begründungsmuster für Rassismus hinzu. Im Fall des antimuslimischen Rassismus wird ebenso auf „die Kultur" und die Religionszugehörigkeit von Menschen Bezug genommen, um sie auf dieser Grundlage mit pauschalen Zuschreibungen zu kategorisieren.

Es gibt eine Vielzahl von Rassismen mit jeweils unterschiedlichen historischen Bezügen und sich daraus speisenden Stereotypen.

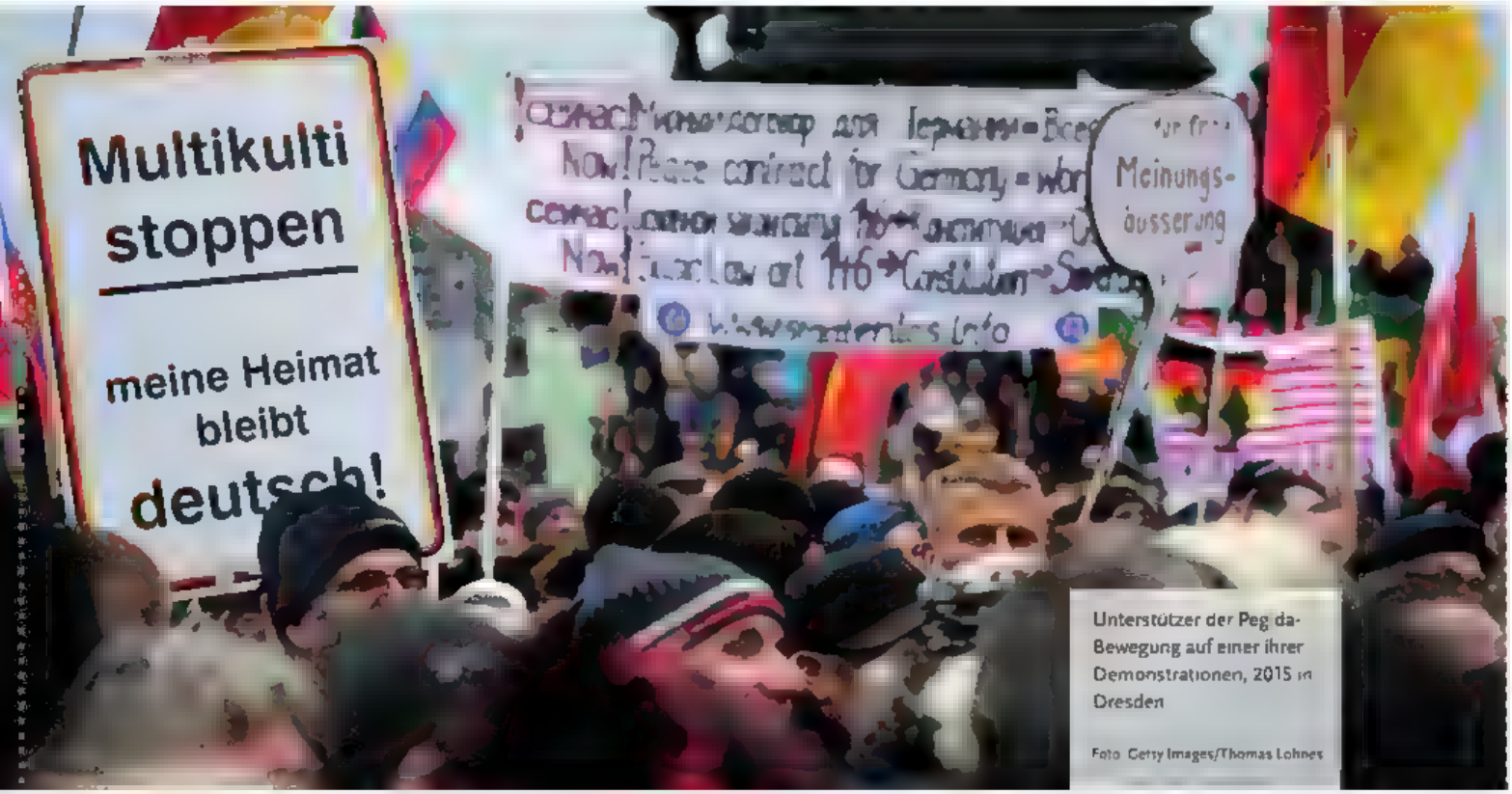
Das grund und menschenrecht lich verankerte Verbot rassistischer Diskriminierung schützt Angehörige diskriminierungsgefährdeter Gruppen vor Benachteiligung. Es umfasst insbesondere Benachteiligungen, die an physischen Merkmalen wie etwa Hautfarbe, Sprache, sowie tatsächliche oder vermeintliche Religion oder Herkunft von Menschen anknüpfen. Rassistische Positionen sind insbesondere dann anzunehmen, wenn die betroffenen Menschen abgewertet werden. Darüber hinaus sind auch solche Positionen rassistisch, wonach Menschen zwar nicht explizit abgewertet werden, aber unter Hinweis auf eine vermeintliche „Andersartigkeit" propagiert wird, sie auszugrenzen („Die passen nicht zu uns"). Solche Positionen richten sich in Deutschland beispielsweise gegen Juden, Sinti und Roma, Schwarze Menschen, Muslime, Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, die selbst oder deren Vorfahren aus anderen Ländern zugewandert sind. Erreichen rassistische Positionierungen einen gewissen „Härtegrad" sind sie als rechtsextreme Positionierungen einzustufen; es ist keine notwendige Voraussetzung, dass sie zur Durchsetzung der Ziele den Einsatz von Gewalt ausdrücklich einbeziehen. Rechtsextreme Positionen zeichnen sich im Kern durch rassistische Positionen in einem national völkischen Sinne aus. Gemeint sind damit auf Rassismus basierende Konzeptionen →

einer Nation. Danach soll – so die rechtsextremistische Vorstellung – das „deutsche Volk" vor einer „Völkervermischung" bewahrt werden. Mit national-völkischen Positionen geht eine Ablehnung der für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Rechtsgleichheit aller Menschen einher. Die fundamentalen und zugleich nicht verhandelbaren Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates spiegeln sich im Grundgesetz in der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG wider, wonach die Garantie der Menschenwürde in Artikel 1 und die in Artikel 20 GG niedergelegten Grundsätze – wie etwa die Gewaltenteilung – auch nicht im Wege einer Grundgesetzänderung abgeschafft werden dürfen. Art. 79 Abs. 3 GG macht damit deutlich, dass auch einem demokratisch legitimierten Parlament im Rechtsstaat durch die Menschenrechte Grenzen gesetzt sind. Bei dem Grundsatz, dass alle Menschen als Individuen mit gleicher Würde und gleichen Rechten zu achten sind, handelt es sich um einen Konsens, der für eine rechtsstaatliche Demokratie konstituierend ist.

Neutralität, Kontroversität und Sachlichkeit. Werden politische Parteien und ihre Positionen in der politischen Bildung behandelt, sind das Neutralitätsgebot des Staates und das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb gemäß Art. 21 GG zu beachten. Als einschlägiger Bezugsrahmen ist zudem der „Beutelsbacher Konsens" zu nennen, der im Bereich der politischen Bildung als rechtlich zwar unverbindlicher, aber gleichwohl wichtiger Bezugspunkt eine erhebliche Rolle spielt. Die darin enthaltenen Kernbegriffe (Überwältigungsverbot, Kontroversität und das Gebot der Berücksichtigung individueller Interessenlagen) machen deutlich, dass politische Bildung die Adressaten dazu befähigen soll, zu einem eigenen Urteil zu kommen.
Vor diesem Hintergrund ist auch das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates zu berücksichtigen, das fundamentaler Bestandteil einer pluralen Demokratie ist. So würde es freier Meinungsbildung und offenem Meinungsaustausch zuwiderlaufen, wenn Lehrende politischer Bildung

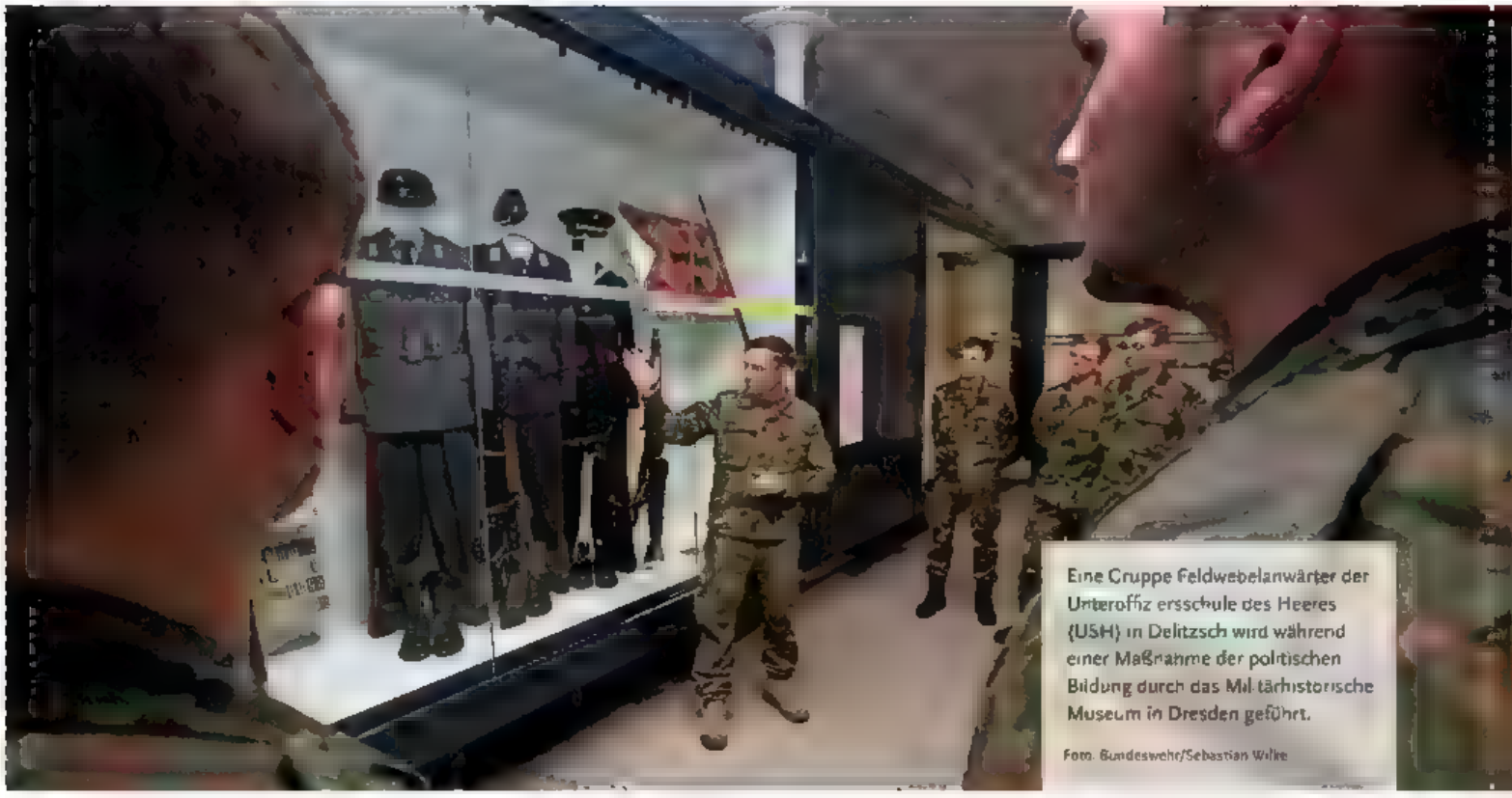
Internettipp:

Hendrik Cremer (2019): Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Deutsches Institut für Menschenrechte. Berlin, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf



Unterstützer der Pegida-Bewegung auf einer ihrer Demonstrationen, 2015 in Dresden

Foto: Getty Images/Thomas Lohnes

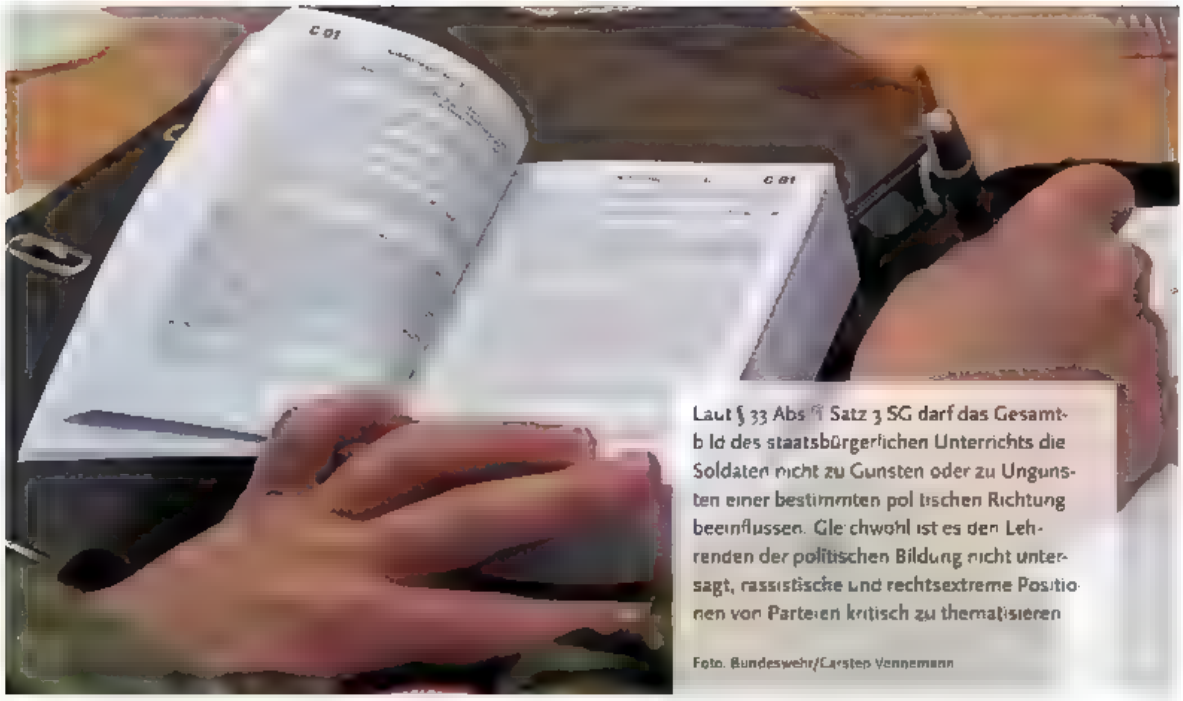


Eine Gruppe Feldwebelanwärter der Unteroffizierschule des Heeres (USH) in Delitzsch wird während einer Maßnahme der politischen Bildung durch das Militärhistorische Museum in Dresden geführt.

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

etwa zur Wahl einer bestimmten politischen Partei aufrufen.
Von zentraler Bedeutung ist, dass Parteien im Unterricht sachlich thematisiert werden. Sachliche Informationen über Parteien, etwa über deren Programme, ihre Strategien oder über die Positionen von deren Führungspersonal und Mandatsträgern sind in der Bildungsarbeit zulässig.

Positionierung der Lehrpersonen.
Es ist mit dem Neutralitätsgebot des Staates und dem Recht der Parteien auf Chancengleichheit ebenso vereinbar, rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien kritisch zu thematisieren.
Gerade vor dem Hintergrund der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und menschenrechtlicher Verpflichtungen ist aus dem Kontroversitätsgebot keineswegs abzuleiten, rassistische oder andere menschenverachtende Positionen als gleichberechtigte legitime politische Positionen darzustellen. Politische Bildung ist nicht in dem Sinne neutral, dass sie wertneutral wäre. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich unter den Adressaten regelmäßig Personen befinden, die potentiell von Rassismus betroffen und gegebenenfalls zu schützen sind. Eine Kontroverse im staatsbürgerlichen Unterricht darf daher niemals so enden, dass sie den Schutz der Menschenwürde und den damit einhergehenden Grundsatz der Gleichheit aller Menschen in Frage stellt. Denn es handelt sich hierbei um nicht verhandelbare Grundsätze des Grundgesetzes.
Daher untersagen auch Vorschriften des Soldatengesetzes den Lehrenden politischer Bildung nicht, rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien kritisch zu thematisieren. § 33 Abs. 1 Satz 2 des Soldatengesetzes (SG) besagt, dass der für den Unterricht verantwortliche Vorgesetzte die Behandlung politischer Fragen nicht auf die Darlegung einer einseitigen Meinung beschränken darf. Das Gesamtbild des Unterrichts ist nach § 33 Abs. 1 Satz 3 SG vielmehr so zu gestalten, dass die Soldaten nicht zu Gunsten oder zu Ungunsten einer bestimmten politischen Richtung beeinflusst werden. Auch nach § 15 Abs. 4 SG darf ein Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen. Damit macht das Gesetz deutlich, dass die Grundsätze des Beutelsbacher Konsens auch in der Bundeswehr gelten sollen. Lehrende politischer Bildung haben demzufolge die Aufgabe, Soldatinnen und Soldaten zu befähigen, im Rahmen eines offenen und möglicherweise auch kontroversen Meinungsaustausches ihre eigene Meinung zu entwickeln. Sie sind andererseits aber auch verpflichtet, für die Menschenrechte und damit gegen Rassismus und Rechtsextremismus einzutreten. Bei der sachlich →



Laut § 33 Abs. 1 Satz 3 SG darf das Gesamtbild des staatsbürgerlichen Unterrichts die Soldaten nicht zu Gunsten oder zu Ungunsten einer bestimmten politischen Richtung beeinflussen. Gleichwohl ist es den Lehrenden der politischen Bildung nicht untersagt, rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien kritisch zu thematisieren

Foto: Bundeswehr/Carsten Vennemann

zutreffenden Einordnung von Positionen als rassistisch und rechtsextrem durch einen Vorgesetzten läge folglich keine unzulässige Beeinflussung vor. Es würde sich dabei nicht um eine persönliche und einseitige Meinung handeln, sondern vielmehr um die Wahrnehmung einer zentralen Aufgabe politischer Bildung und um die Befähigung der Soldatinnen und Soldaten, solche Positionen als Angriff auf die Grundprinzipien der Menschenrechte zu erkennen. Solche Positionen zu relativieren, wäre daher auch nicht mit § 8 SG zu vereinbaren. Danach sind Soldatinnen und Soldaten verpflichtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung anzuerkennen und durch ihr gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung einzutreten. Dies gilt erst recht für die Verantwortlichen politischer Bildung. Positionierungen von Lehrenden, die darauf gerichtet sind, den Soldatinnen und Soldaten zu vermitteln, rassistischen Positionen nicht zu folgen, sind daher rechtlich geboten. Dies gilt auch mit Blick auf rassistische Positionen einer nicht verbotenen Partei. Die Soldatinnen und Soldaten müssen erkennen können, welche Positionen nicht mehr von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gedeckt sind, damit sie sich daran auch bei Wahlen orientieren können.

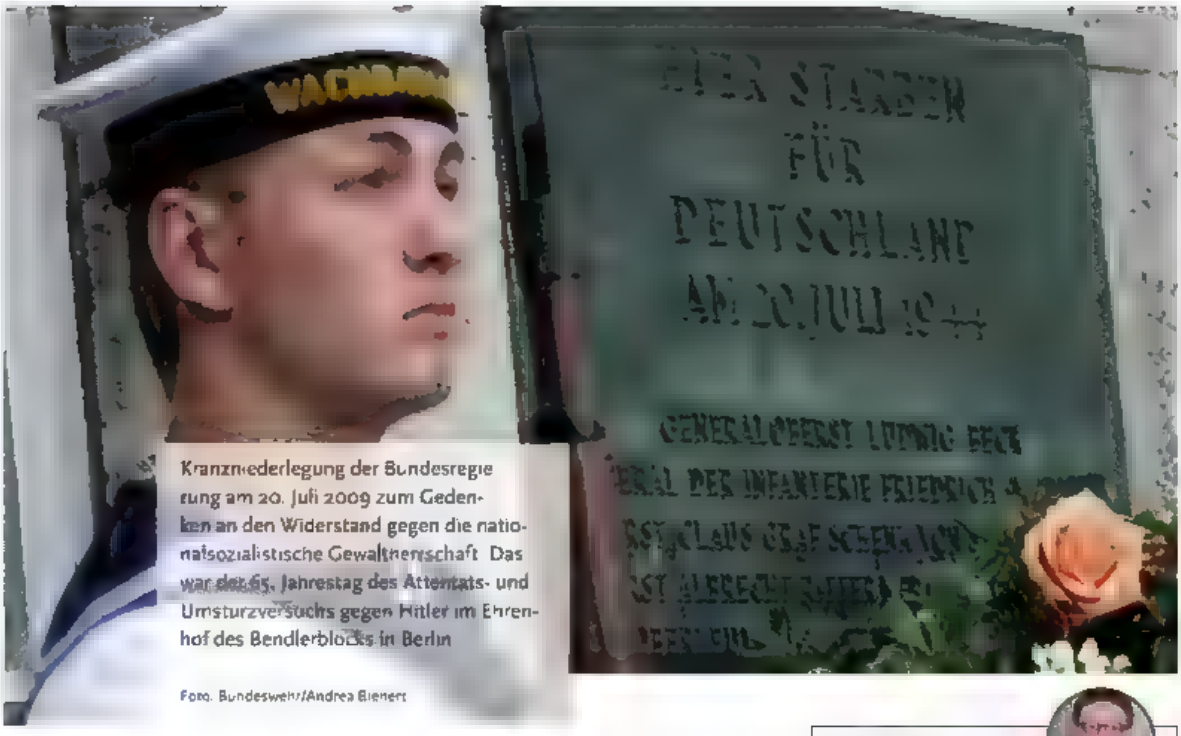
Thematisierung der AfD. In der politischen Bildung können Aussagen mit rassistischen Inhalten von Politikerinnen und Politikern sämtlicher Parteien oder etwa herausragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgegriffen und thematisiert werden. Es gibt allerdings mit Blick auf rassistische Positionierungen einen kategorialen Unterschied zwischen der Alternative für Deutschland (AfD) und anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien: Rassistische Positionierungen sind Bestandteil des Programms der AfD, ihrer Strategie sowie von Positionierungen durch Führungspersonen und Mandatsträger bis hin zu offen ausgesprochenen Drohungen, in denen sie einer gewaltsamen Machtergreifung das Wort reden.[1]

In der AfD sind eindeutig rechtsextreme Positionierungen weit verbreitet, insbesondere unter Führungspersonen und Mandatsträger*innen, die sich (ehemals) unter dem Namen „Flügel" zusammengeschlossen haben, der im März 2020 vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft wurde.

Sie dominieren nicht nur einzelne Landesverbände, sie sind etwa auch Abgeordnete des Deutschen Bundestags. Sofern die AfD einzelne Personen mit rechtsextremen Positionen – möglicherweise öffentlichkeitswirksam – ausschließt, ändert dies nichts daran, dass zahlreiche Führungspersonen und Mandatsträger*innen eindeutig rechtsextreme Positionen vertreten.

Bei der Thematisierung der AfD als Gesamtpartei findet bisher wenig Beachtung, dass sie ihre rassistische Grundausrichtung auch programmatisch zum Ausdruck bringt. Die Grundsatzpapiere der Gesamtpartei

1 Hendrik Cremer (2019): Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, S. 26 ff. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf



Kranzniederlegung der Bundesregierung am 20. Juli 2009 zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Das war der 65. Jahrestag des Attentats- und Umsturzversuchs gegen Hitler im Ehrenhof des Bendlerblocks in Berlin

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

weisen demnach national-völkische Elemente auf.[2] Diese Positionen sind mit Art.1 Abs.1 und Art.3 Abs.3 GG nicht zu vereinbaren. Dabei handelt es sich um fundamentale Normen der Menschenrechte, die für einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat konstitutiv sind. Anders als es von ihren Mitgliedern immer wieder behauptet wird, steht die AfD daher nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie gibt sich stets das Image, eine bürgerliche, konservative und seriöse Partei zu sein, vertritt aber Positionen, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind.[3] Diese Dimensionen gilt es im Rahmen politischer Bildung zu vermitteln.

Fazit. Gerade die deutsche Geschichte hat gezeigt, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung eines Staates zerstört werden kann, wenn rassistische Grundhaltungen nicht rechtzeitig auf energischen Widerstand stoßen und sich so verbreiten und durchsetzen können. Daran erinnert nicht zuletzt die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, auf deren Inschrift auf der Wand des Zugangs zum Ehrenhof zu lesen ist: „Hier im ehemaligen Oberkommando des Heeres organisierten Deutsche den Versuch, am 20. Juli 1944 die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft zu stürzen. Dafür opferten sie ihr Leben." Der Nationalsozialismus ist daher in der politischen Bildung der Bundeswehr nicht nur als historisches und abgeschlossenes Ereignis zu behandeln. Vielmehr geht es stets auch darum, gegenwärtige Erscheinungsformen von Rassismus zu thematisieren und die damit verbundenen Risiken für den gesellschaftlichen Frieden aufzuzeigen. Dies stellt einen wesentlichen Bestandteil des staatlichen Auftrags politischer Bildung dar. ■

Dr. Hendrik Cremer
arbeitet am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Themen Recht auf Asyl, Rechte in der Migration und das Recht auf Schutz vor Rassismus

Zusammenfassung:
Rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien in der politischen Bildung der Bundeswehr kritisch zu thematisieren, ist mit dem Neutralitätsgebot des Staates, den Bestimmungen des Soldatengesetzes und dem Beutelsbacher Konsens vereinbar. Es ist geboten, den Soldatinnen und Soldaten zu vermitteln, rassistischen Positionen nicht zu folgen. Dies gilt auch mit Blick auf rassistische und rechtsextreme Positionen einer nicht verbotenen Partei. Die Soldatinnen und Soldaten müssen erkennen können, welche Positionen nicht mehr von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gedeckt sind und Grundprinzipien der Menschenrechte angreifen, damit sie sich daran orientieren können.
Der Verfasser gibt in diesem Beitrag seine persönliche Auffassung wieder.

Foto: LILING&VOSSBECK FOTOGRAFIE/Anke Illing

2 Cremer, a.a.O.

3 Siehe dazu auch Astrid Bötticher/Christoph Kopke/Alexander Lorenz (2019): Ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine verfassungsfeindliche Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte? In: Martin Möllers H. W./Robert van Ooyen Chr.: JBÖS 2018/19, S. 55-72.

Auf die Werte kommt es an

Fehlende Verfassungstreue ist für die Bundeswehr kein Spaß

"Ich schwöre der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." Dieser Schwur und vor allem der Paragraf 8 des Soldatengesetzes schaffen ein ganz besonderes Verhältnis zwischen der einzelnen Soldatin und dem einzelnen Soldaten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jederzeit und unter allen Umständen müssen sie aktiv für das Grundgesetz und die Werte, die ihm zugrunde liegen, eintreten. Lippenbekenntnisse oder eine gewisse Distanz gegenüber den Werten der FDGO sind mit dem Dienst in der Bundeswehr unvereinbar.

▼ Fußball-WM-Qualifikation 2010: Bulgarien gegen Italien. Ein Hooligan zeigt den Hitlergruß.

Foto: picture alliance, Pressefoto ULMER/Alberto Lingria

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine „streitbare" Demokratie. Sie verhält sich gegenüber den Gegnern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht neutral, sondern setzt sich gegen sie zur Wehr. Hierbei stehen ihr verschiedene Instrumente zur Verfügung; eines der bekanntesten ist wohl das Parteiverbot des Art. 21 Abs. 3 GG.
Die Verteidigung der demokratischen Ordnung wird allerdings nicht nur „dem Staat" und seinen Organen und Institutionen auferlegt. Sie wird auch von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet. Ganz besonders gilt dies für diejenigen, die in einem Dienst- und Treueverhältnis zum Staat stehen, wie etwa Soldatinnen und Soldaten oder Beamtinnen und Beamte. Gerade von ihnen muss erwartet werden, dass sie – trotz aller Unterschiede bezüglich der individuellen politischen Auffassungen – für die Grundpfeiler des demokratischen Staates einstehen.

Für Soldatinnen und Soldaten ergibt sich diese Pflicht aus § 8 Soldatengesetz (SG). Die dort normierte politische Treuepflicht gehört zu den elementarsten soldatischen Pflichten.

> **§8** - Soldatengesetz
>
> „Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten."

Die Vorschrift. Die politische Treuepflicht – auch als Pflicht zur Verfassungstreue bezeichnet – verpflichtet jeden Soldaten und jede Soldatin, sich mit der Idee der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu identifizieren. Identifizieren bedeutet dabei nicht nur, die Grundordnung dieses Staates anzuerkennen, sondern verlangt ein Mehr an staatsbürgerlicher Verpflichtung, das dem Soldaten und der Soldatin auferlegt ist. Eine formal korrekte, im Übrigen aber uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung genügt nicht. Soldaten und Soldatinnen müssen sich zur Idee des Staates, dem sie dienen, bekennen und aktiv für diesen eintreten.
Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr nicht durch Soldatinnen und Soldaten gefährdet wird, die den Verfassungsgrundsätzen, die sie erhalten sollen und die sie zu erhalten mit ihrem Eid geschworen haben, feindlich oder nur indifferent gegenüberstehen. Es soll ausgeschlossen oder zumindest erschwert werden, dass die Streitkräfte zu einer Macht werden, die die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährdet, oder gegen sie einge- →

Mit einem Plakat auf dem Rücken versucht ein Teilnehmer der Koran-Verteilaktion "Lies" auf der Zeil in Frankfurt am Main (Hessen) die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die "Lies"-Kampagne wurde seit 2011 von radikalen Salafisten in Deutschland organisiert. Die Aktion der Lies! Stiftung wurde durch den deutschen Bundesminister des Innern am 15. November 2016 untersagt.

Foto: picture alliance/dpa, Boris Roessle

Juni 2020: Hauptmann Mike D. achtet als Feldjäger auf die Einhaltung der militärischen Ordnung im Camp Sonic in Al-Asrak in Jordanien bei der Mission Counter Daesh

Foto: Bundeswehr

setzt werden kann. Das Prinzip der „streitbaren Demokratie" gehört zum inneren Gefüge der Bundeswehr. Die Bundeswehr kann als Armee im demokratischen Staat die ihr durch die Verfassung aufgegebenen Aufgaben nur erfüllen, wenn sie mit ihren Soldatinnen und Soldaten loyal zur Verfassung stehen.

Dies ist aber nicht gleichbedeutend damit, dass von Soldatinnen und Soldaten verlangt wird, sich mit Zielen oder Politik der jeweiligen Regierung oder der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu identifizieren. Kritik am Staat und seinen Organen darf selbstverständlich im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen und unter Beachtung der übrigen Dienstpflichten in sachlicher und angemessener Weise geäußert werden und ist durch den „Staatsbürger bzw. die Staatsbürgerin in Uniform" auch erwünscht. Die Grenze zu einer zulässigen kritischen Einstellung wird aber dann überschritten, wenn der Staat und seine grundlegende verfassungsmäßige Ordnung in Frage gestellt werden. Eindeutig distanzieren müssen sich Soldatinnen und Soldaten von Gruppen und Bestrebungen, die die verfassungsmäßige Ordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Die geforderte Loyalität gilt den fundamentalen demokratischen Grundsätzen, auf denen unser Staat beruht.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Prinzip, das unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

Grundlegende Prinzipien der frei-

Streitbare Demokratie

Die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 wurde durch extremistische Gegner von links und rechts ausgehebelt. Diese Erfahrungen bewegten 1949 auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes. Ein Missbrauch der Verfassung sollte künftig unmöglich gemacht werden – durch eine aktive Verteidigung der Demokratie durch rechtsstaatliche Mitte

Grafik: Matthias Koch/Mariéke Kiefenbaum/Bundeswehr/Daniela Hebbel

heitlichen demokratischen Grundordnung sind: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten (insbesondere das Recht auf Leben oder die Menschenwürde), Volkssouveränität, Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Regierung und Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip sowie die Chancengleichheit der Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Diese Prinzipien sind vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung im Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei im Jahre 1952 herausgearbeitet und seitdem durch mehrere Entscheidungen – auch der Verwaltungsgerichtsbarkeit – konkretisiert worden. Sie sind zudem in § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes gesetzlich verankert worden.

In seiner Entscheidung im Parteiverbotsverfahren gegen die NPD vom 17. Januar 2017 hat das Gericht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung einen reduzierten Ansatz auf wenige, zentrale Grundprinzipien entwickelt, nämlich die Menschenwürde, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Die Menschenwürde nach Art. 1 GG umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit. Aus dem Demokratieprinzip folgt die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zielt auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit und umfasst die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 →

Ein Personalausweis von Adolf Hitler und Chips „für den kleinen Nazi zwischendurch“

Die Entlassung aus dem Dienstverhältnis bestätigte 2016 das Verwaltungsgericht Koblenz für einen Feldwebel-Anwärter. Auf dessen Handy fanden sich u.a. eine Abbildung eines Personalausweises mit dem Bild Adolf Hitlers und einem Hakenkreuz, das Foto einer Tüte Kartoffelchips in Form von Hakenkreuzen und der Aufschrift "für den kleinen Nazi zwischendurch", ein Foto Hitlers mit Hakenkreuzarmbinde und der Aufschrift "Happy Birthday 124 Jahre" sowie Lichtbilder vom Soldaten selbst, auf denen er seinen rechten Arm hebt. Das Gericht sah die charakterliche Eignung des Soldaten als nicht mehr gegeben an.

Wehrdisziplinarverfahren

Das Wehrdisziplinarrecht regelt die Würdigung besonderer Leistungen und die Ahndung von Dienstvergehen u.a. im einfachen und gerichtlichen Disziplinarverfahren vor dem Truppendienstgericht. Verletzen Soldaten schuldhaft ihre Pflichten aus dem Soldatengesetz, begehen sie ein Dienstvergehen, das disziplinarrechtliche Folgen haben kann – bis hin zur Entfernung aus dem Dienstverhältnis

Die Verletzung der politischen Treuepflicht durch das Zeigen eines „Hitlergrußes" führt bei einem gerichtlichen Disziplinarverfahren grundsätzlich zur Höchstmaßnahme, also zur Entfernung aus dem Dienstverhältnis. Im Fall eines Soldaten, der im Rahmen seines Landgangs an einem Hotelpool die rechte Hand zum „Hitlergruß" hob und u.a. das Hotelpersonal in Zusammenhang mit seiner Essensbestellung in Richtung seiner Kameraden mehrfach als 'Neger' bzw. 'Nigger' bezeichnet hatte, bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die Verletzung der politischen Treuepflicht. Dabei führte es aus, dass der „Hitlergruß" Ausdruck der Verehrung eines diktatorischen und verbrecherischen Regimes sei, das gegen die Menschenwürde verstoßen und eine totalitäre Gewaltherrschaft errichtet habe. Durch sein Handeln habe der Soldat die Gewalt- und Willkürherrschaft des Nazi-Regimes sichtbar verherrlicht und sich dadurch nicht von ihr distanziert. Wer sich nämlich, wie in diesem Fall, in der Öffentlichkeit nationalsozialistischer Symbolik bediene, begründe damit für den neutralen Betrachter den Anschein, er stehe nicht mehr hinter dem Grundgesetz.

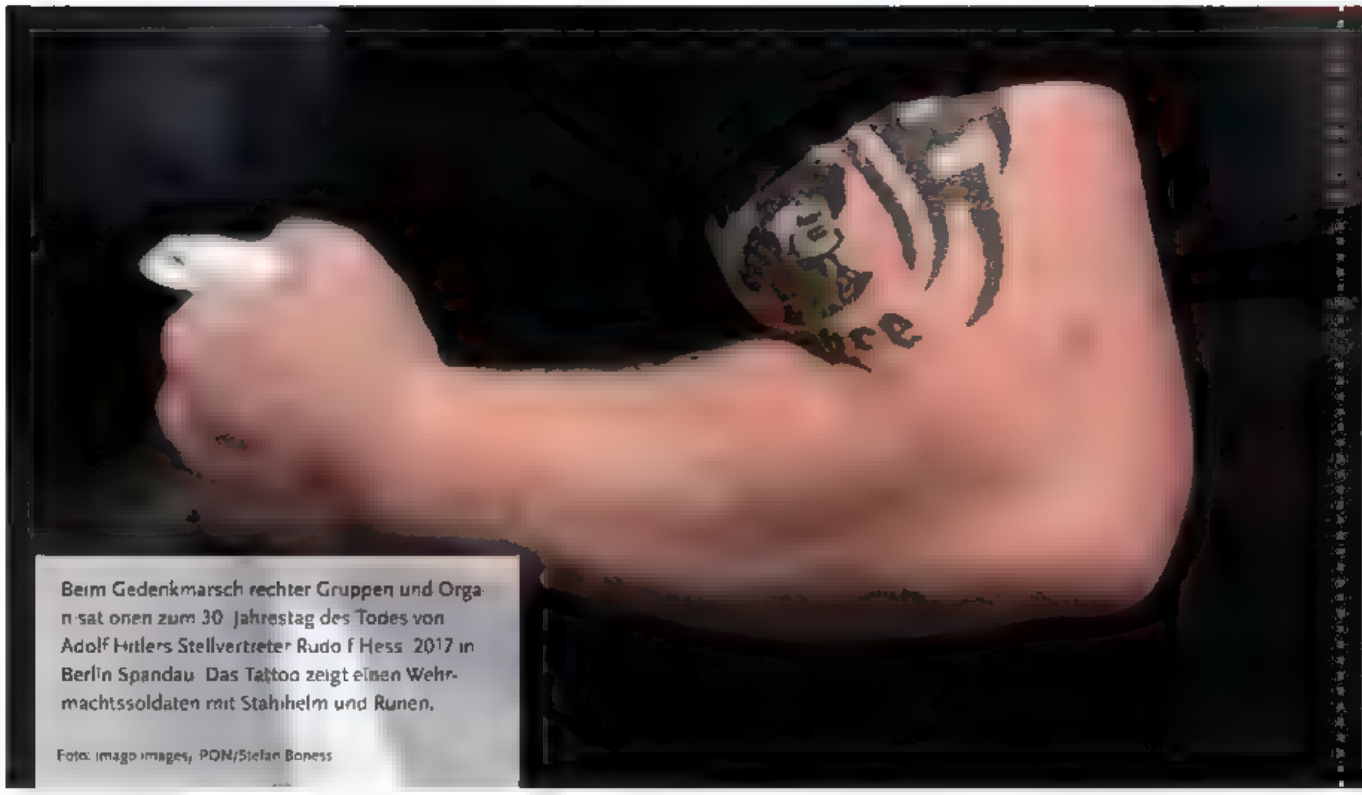
Abs. 3 GG) sowie die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte.

Verstöße und Folgen. Gegen die politische Treuepflicht kann auf unterschiedlichste Weise verstoßen werden. In Betracht kommt zum Beispiel das auch strafrechtlich nach § 86a oder § 130 Strafgesetzbuch relevante öffentliche Verwenden von „NS-Grußformen" (z.B. „Hitlergruß" oder der Ausspruch „Heil Hitler") oder das Leugnen oder Verharmlosen des Holocaust. Daneben spielen derzeit Pflichtverstöße durch die Nutzung sozialer Netzwerke eine größere Rolle wie beispielsweise durch das Versenden von oder die Zustimmung („Likes"/"gefällt mir") zu Bildern, die den Nationalsozialismus verharmlosen. Hierbei wird immer wieder von Soldatinnen und Soldaten, gegen die wegen solcher Vorfälle ermittelt wird, relativierend geäußert, die Bilder seien angeblich witzig gemeint gewesen und nicht Ausdruck einer extremistischen Gesinnung. Zwar ist jeweils der Einzelfall zu bewerten. Jedoch sprechen beide Argumente grundsätzlich nicht gegen einen Verstoß gegen die politische Treuepflicht.

In der Vergangenheit ist die politische Treuepflicht auch durch islamistische Äußerungen und Verhaltensweisen verletzt worden, so z.B. durch Äußerungen, in denen die Scharia dem Grundgesetz vorgezo-

Hasskommentare häufen sich in Sozialen Netzwerken. Hier steht eine fremdenfeindliche Beschimpfung direkt neben dem Gefällt mir-Button von facebook

Foto: imago images/photothek, Thomas Trutschel



Beim Gedenkmarsch rechter Gruppen und Organisationen zum 30. Jahrestag des Todes von Adolf Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess 2017 in Berlin Spandau. Das Tattoo zeigt einen Wehrmachtssoldaten mit Stahlhelm und Runen.

Foto: imago images, PON/Stefan Boness

gen wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Verweigerung des Handschlags eines Soldaten gegenüber Kameradinnen aus religiösen Gründen zu sehen.

Schließlich kann die politische Treuepflicht auch durch Tätowierungen verletzt sein, wenn diese gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Kennzeichen beinhalten oder in der Gesamtschau auf eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Einstellung schließen lassen. Tätowierungen stellen ein dauerhaftes Bekenntnis zu einer Anschauung dar und sind eine plakative Kundgabe über sich selbst. Dem steht auch nicht entgegen, dass die Tätowierungen üblicherweise durch die Dienstkleidung verdeckt werden. Schließlich kommt eine Verletzung der Verfassungstreuepflicht auch durch die Mitgliedschaft oder die Betätigung in einer verfassungsfeindlichen Gruppierung oder einer Partei – wie etwa der NPD – in Betracht.

Ein Verstoß gegen die politische Treuepflicht stellt ein schwerwiegendes Dienstvergehen i.S.d. § 23 SG dar. Je nach Statusverhältnis können solche Verstöße unterschiedliche Folgen haben. So können Soldatinnen und Soldaten auf Zeit in den ersten vier Dienstjahren fristlos nach § 55 Abs. 5 Soldatengesetz oder wegen fehlender charakterlicher Eignung nach § 55 Abs. 4 Soldatengesetz aus dem Dienstverhältnis entlassen werden. Bei Soldatinnen oder Soldaten auf Zeit, die bereits über vier Jahre Dienst leisten, und Berufssoldaten führt ein Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue zu einem gerichtlichen Disziplinarverfahren, das mit der Entfernung aus dem Dienstverhältnis enden kann. In aller Regel werden bis zu einer abschließenden Entscheidung in einem →

Bekenntnis zum Salafismus

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte die Entlassung eines Mannschaftsdienstgrads nach § 55 Abs. 4 SG aufgrund mangelnder charakterlicher Eignung. Der Soldat hatte erklärt, die Gesellschaftsordnung Saudi-Arabiens sei vorbildlich und die Scharia der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Ordnungssystem vorzuziehen. Da der Soldat mittlerweile als gefestigter Salafist eingeordnet werde müsse, sei die Gewähr dafür, dass der Soldat jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintrete, nicht mehr gegeben.

Softair-Spiel in Wehrmachtsuniform

Die vorzeitige Entlassung wegen einer ernstlichen Gefährdung der militärischen Ordnung hatte für einen freiwillig Wehrdienstleistenden die Teilnahme an einem sogenannten „Reenactment" des Zweiten Weltkrieges zur Folge, bei dem dieser im Rahmen eines Softair-Spiels in Wehrmachtsuniform samt Stahlhelm (inklusive Hakenkreuz) Kampfhandlungen aus dem Zweiten Weltkrieg nachspielte. Das Oberverwaltungsgericht Bremen wies darauf hin, dass der Soldat durch das Tragen der Uniform den Eindruck erweckt habe, dass er das Auftreten als Wehrmachtssoldat und die Verwendung des Hakenkreuzes im Rahmen von pseudo-realistischen Kriegsdarstellungen mit soldatischen Pflichten für vereinbar erachte. Daraus resultierten zwangsläufig Zweifel an seiner Verfassungstreue

Reenactment und Soft-Air-Spiele in Wehrmachtuniform von Bundeswehrangehörigen können in Widerspruch zur gesetzlichen Pflicht zur Verfassungstreue stehen.

Foto: stock.adobe.com/Philipimage

gerichtlichen Disziplinarverfahren oder einem Entlassungsverfahren vorläufige Maßnahmen wie das Verbot der Ausübung des Dienstes, das Verbot Uniform zu tragen, eine vorläufige Dienstenthebung sowie das Einbehalten eines Teils der Dienstbezüge geprüft und ausgesprochen. Daneben werden die betreffenden Soldatinnen und Soldaten zum Beispiel nicht mehr in besonders sensiblen Dienststellen eingesetzt, aus sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten herausgelöst und auch nicht mehr in Auslandseinsätze oder Lehrgänge eingeplant.

Fazit. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundpfeiler und Kernelement der Verfassung der Bundesrepublik. Sie ist die Wertentscheidung sowohl für ein individuell-freiheitliches wie auch gemeinschaftsbezogenes Menschenbild, mit der Würde des Menschen als obersten Wert des Grundgesetzes, der Gewalt- und Willkürherrschaft ausschließt und die Selbstbestimmung des Volkes in den Vordergrund stellt. Die Aufrechterhaltung dieser Werte ist von allen Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik einzufordern. Doch ganz besonders sind diese Werte von Beamten und Beamtinnen sowie von Soldatinnen und Soldaten, die diesen Staat nach außen vertreten, zu verteidigen. Dies beginnt mit der eigenen inneren Einstellung und verlangt immer wieder ein offenes Bekenntnis und Eintreten zu diesen Werten. ■

Matthias Koch
leitet die Zentrale Ausbildungseinrichtung für die Rechtspflege der Bundeswehr (ZAR) am Zentrum Innere Führung in Koblenz

Dr. Martina Kirchenbaur
ist dort Rechtsdezernentin und -dozentin

Zusammenfassung:
Der Paragraf 8 des Soldatengesetzes schafft ein besonderes Treueverhältnis zwischen den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und dem Grundgesetz. Sie müssen jederzeit und unter allen Umständen aktiv für das Grundgesetz und die Werte, die ihm zugrunde liegen, eintreten

Fotos: Bundeswehr/Ricarda Schoenbrodt

Gesinnungswandel anstoßen – aber wie?

Besondere Verantwortung für Zivilgesellschaft und Politische Bildung

Neonazi-Aussteiger Ronny: Er trug Insignien der Nazis auf der Brust. Die Tattoos sind heute weg. Der ehemalige Chemnitzer Neonazi berichtet, aussteigen sei heute schwerer als früher - wegen des politischen Klimas, Oktober 2018.

Foto: picture alliance/dpa/Monika Skolimowska

In der letzten Ausgabe der IF war bereits zu lesen, dass ein „bemerkenswerter Anteil der Bevölkerung anti-demokratische, illiberale und anti-plurale Einstellungen (vertritt), die den demokratischen Grundwerten widersprechen oder sie zumindest in Frage stellen" (Kupper IF 4/20). Noch bedenklicher ist, dass sich ein Großteil dieser Mitbürger zugleich der politischen Mitte zurechnet (Mitte-Studie 2018/19, Friedrich-Ebert-Stiftung). In Wahrheit gefährden diese Mitmenschen mit ihrer Grundhaltung unsere Demokratie. Das trifft insbesondere zu, wenn sie bereit sind, ihre Einstellungen mit Gewalt umzusetzen. Wie aber können wir einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, Kameradinnen und Kameraden in der Bundeswehr, dazu beitragen, dass unser auf den Grundrechten basierender Konsens eines freien politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht durch diese wachsende anti-demokratische Gesinnung in unserer Mitte gefährdet wird?

Als Ausgangsbasis für die Beantwortung der Frage, was die Gesellschaft tun kann, um anti-demokratischen bis hin zur extremistischen Gesinnung in ihrer Mitte entgegenzuwirken und ihr friedliches Zusammenleben zu schützen, muss zunächst geklärt werden, was Gesinnung eigentlich ist, unter welchen Bedingungen diese zustande kommt, wie dauerhaft sie ist und unter welchen Bedingungen sie geändert werden kann. Nur wenn der Gegenstand wirklich bekannt ist, kann die Frage nach seiner Änderung sinnvoll gestellt und folgerichtig beantwortet werden.

Gesinnung ist… Gesinnung ist laut Duden die geistige und (etwas veraltete) sittliche (ethische) Grundeinstellung, oder auch die (innere) Haltung eines Menschen. Synonyme sind beispielsweise die Einstellung oder die Geisteshaltung. Etwas moderner ist die Weltanschauung, das mindset oder auch „wie jemand tickt". Etymologisch betrachtet, also sprachwissenschaftlich und damit der Herkunft, Geschichte und →

Neun-Stufen-Modell der Persönlichkeitsentwicklung
von Jane Loevinger

Jane Loevinger (1918-2008) verstand die Entwicklung der „Ich-Struktur" als prozessuale Selbst-Referenz mit der Welt, um diese zu verstehen, mit ihr und anderen Menschen zu interagieren und Vorstellungen von der Welt als auch den Menschen zu entwickeln. In diesem Prozess werden Gedanken und Erfahrungen eines Menschen sortiert, es entstehen Muster und Strukturen. Loevinger entwickelte ihre Theorie der „Ich-Entwicklung" über neun sukzessive aufeinander aufbauende Stufen. Keine kann übersprungen werden. Diese Entwicklungsstufen beginnen im Vorsozialen eines Babys, das keinen Unterschied zwischen sich selbst und der Welt kennt und auf die Befriedigung der existentiellen Bedürfnisse aus ist. Auf der letzten Stufe ist die vollständige Selbstverwirklichung erreicht, im Frieden mit allen Widersprüchen, mit sich selbst, der Welt, dem Leben und allem, was es gegeben und genommen hat. Mit der Metapher eines Berges könnte man sagen, je höher wir kommen, desto freier wird der Blick, schöner die Aussicht und klarer die Luft. Das Bewusstsein wird größer. Anders als beim Bergsteigen ist jedoch, je höher wir stehen, desto fester stehen wir und die Wahrscheinlichkeit zu fallen, nimmt ab. Wir kommen näher an die Wirklichkeit heran und sind geschützter vor Enttäuschungen. Auf den ersten beiden Entwicklungsstufen befindet sich kaum ein Erwachsener.

Die einzelnen Stufen lassen sich wie folgt beschreiben:

1. **Vorsozial:** Als Baby kennen wir zunächst keinen Unterschied zwischen uns und der Welt.

2. **Gefühlsbeherrscht:** In diesem Stadium hat das Kleinkind ein Bewusstsein von sich selbst als eigenständige Person erreicht. Es ist hauptsächlich auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse aus und teilt die Welt entsprechend in Schwarz/Weiß und Gut/Böse im Verhältnis zur Bedürfnisbefriedigung. Das Kleinkind kennt keine Zukunft oder Vergangenheit, sondern nur eine Gegenwart.

3. **Selbstschützend:** Die Welt wird als ein moralisch rigides und nicht zu änderndes System aus Regeln und Normen aus Belohnung und Bestrafung wahrgenommen. Die emotionale Bandbreite ist begrenzt und die konzeptuelle einfach.

4. **Angepasst:** Auf dieser konformistischen Stufe ist das Bewusstsein für Gemeinschaft entwickelt und die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Familie, Freundeskreis, Sportverein, etc.) wichtig. Die Gruppe ist der Bezugsrahmen, auch für Vertrauen. Verhalten wird durch sie sanktioniert. Denken erfolgt in Stereotypen mit der Unterscheidung in Gut (dazugehörig) und Böse (nicht zugehörig). Alles außerhalb der Gruppe wird mit Argwohn betrachtet.

5. **Selbstbewusstsein:** Loevinger war der Auffassung, dass die meisten Erwachsenen diese Entwicklungsstufe erreichen und mindestens bis zum Alter von 25 Jahren auf ihr verweilen. Ein Verständnis von Selbstkritik und die Fähigkeit der Wahrnehmung von mehreren Optionen des Lebens entstehen. Es wird auch eine Unterscheidungsfähigkeit zwischen dem wahren Ich und den Erwartungen an mich herausgebildet, wenn auch das Ego teilweise noch von Anpassungsdruck geprägt ist.

6. **Gewissenhaftigkeit:** Individuen auf dieser Stufe haben die Regeln der Gesellschaft verinnerlicht und können Ausnahmen und besondere Umstände akzeptieren. Es gibt kein ausschließliches Schwarz-Weiß-Denken mehr. Es entstehen Graustufen und Schattierungen. Man fühlt sich schuldig für Verletzungen anderer und hat Gewissensbisse bei der Missachtung von Regeln. Auf der Stufe der Gewissenhaftigkeit lebt die Person nach ihren eigenen Idealen und Zielen, anstatt nur die Zustimmung der Gruppe zu suchen. Der Blick wird weiter, der Respekt vor Unterschieden größer.

7. **Individualistisch:** Auf dieser Ebene ist die eigene Individualität akzeptiert und ein Bewusstsein für die Paradoxien und Widersprüche im Leben entwickelt. Die Menschen sind sich der Entwicklung als Prozess und ihres Platzes im Leben bewusst. Sie denken in psychologischen Kausalzusammenhängen und nehmen eine umfassende Sichtweise des Lebens als Ganzes ein. Hier wächst das Bewusstsein dafür, dass „wir die Dinge nicht so sehen, wie sie sind, sondern wie wir sind", dass unsere Wahrnehmung subjektiv ist und diese unsere Welt entwirft. Das schafft Toleranz. Persönliches Wachstum wird wichtiger als Erfolg und Leistung.

8. **Autonomie:** Selbsterfüllung wird wichtiger als das Erfüllen der Erwartungen anderer. Verschiedene Standpunkte und Fakten werden integriert und komplexe Zusammenhänge verstanden. Respekt vor anderen Menschen und ihrem Bedürfnis nach Autonomie wird selbstverständlich. Gleichzeitig wächst die Tendenz, das eigene Leben im Zusammenhang mit umfassenderen sozialen und emotionalen Belangen zu sehen. Wir setzen uns vermehrt mit Konflikten auseinander. Wir setzen uns vermehrt mit Konflikten auseinander, wollen sie auflösen, uns versöhnen mit ungeliebten als „negativ" erlebten Teilen in uns selbst und mit den Menschen, die wir verletzt haben oder umgekehrt.

9. **Integration:** Diese Stufe kommt selten vor. Sie ist von innerer Weisheit, tiefer Empathie für andere und großer Selbstakzeptanz geprägt. Die Persönlichkeit ist ausgereift mit hoher Wertschätzung für die eigene Individualität sowie jener anderer. Der Mensch ist nicht mehr an bestimmte Werte, Meinungen oder Praktiken gebunden – er bewertet seine Erfahrungen laufend neu. Eine gute Charakterisierung dieser Phase ist Maslows (Bedürfnispyramide von 1954) Beschreibung der sich selbst verwirklichenden Person.

Es gibt Menschen, die meinen, es gäbe eine zehnte Stufe, auf der sich das Urteilen über andere Menschen und Dinge komplett erübrigt und sich der Lebensstil einem „going with the flow" annähert. Eine spielerische Leichtigkeit paart sich hier mit einem ernsthaften und tiefen Verständnis von den Geheimnissen des Lebens.

Quellen: https://www.institute4learning.com/2020/01/31/the-stages-of-ego-development-according-to-jane-loevinger/; https://mymonk.de/9-stufen-entwicklung/; https://de.wikipedia.org/wiki/Ich-Entwicklung; https://psychology.wikia.org/wiki/Loevinger%27s_stages_of_ego_development

Im Zuge der Ermordung von George Floyd in den USA und vieler weiterer Fälle von Gewalt gegen Farbige bis hin zu Tötungen durch Polizisten demonstrierten im Juni 2020 mehrere Hundert Menschen in München gegen die Nutzung des sogenannten N-Wortes. In Deutschland wird es von Rechtsextremen, Neonazis und Pegida verteidigt, obwohl es rassistisch ist.

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS, Sachelle Babbar

Bedeutung des Wortes auf den Grund gehend, beschäftigen wir uns hier mit dem Verb gesinnen im Sinne von meinen und denken, aber auch verlangen, begehren und nach etwas trachten. Gesinnung ist demnach laut Wortbedeutung zielgerichtet und sie definiert sich durch ein Werteschema. Sie kann zusammengefasst werden als die geistig-ethische Gesamthaltung eines Menschen.

Entstehung von Gesinnung und Haltung. In der Psychologie wird die Entstehung von Einstellungen beziehungsweise Gesinnung beschrieben als aus der Erfahrung kommende Bereitschaft eines Individuums, in bestimmter Weise auf eine Person, eine soziale Gruppe oder eine Situation wertend zu reagieren. Diese Reaktion kann sich in Annahmen und Überzeugungen (kognitiv), Gefühlen und Emotionen (affektiv) und Verhaltensweisen (behavioral) ausdrücken. Gesinnung hat demzufolge die Funktion, Objekte einzuschätzen sowie durch Identifikation und Distanzierung zu Individuen soziale Anpassung zu erreichen. Demnach ist den Menschen ihre Gesinnung nicht gottgegeben, keiner wird mit einer Gesinnung geboren, sondern sie entsteht in einem Prozess. Dieser Prozess beschreibt das Erkennen und Definieren des eigenen Ichs in Bezug auf die Welt, die anderen Menschen sowie in den Interaktionen mit diesen.
Die amerikanische Psychologin Jane Loevinger beschäftigte sich mit der Entwicklung des Egos (mentales Konstrukt des eigenen Ichs) im Laufe des Lebens. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die „Ich-Entwicklung" bestimmt, wie eine Person sich selbst und die Welt wahrnimmt und interpretiert. Dabei geht Loevinger nicht von dem Ego in der Psychoanalyse aus, sondern von einem Prozess, der die Gedanken und Erfahrungen eines Menschen organisiert. Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Denkstrukturen, mit denen ein Individuum ein Verständnis seiner Welt erlangt, schrittweise aufgebaut und erarbeitet werden. Von Entwicklung wird gesprochen, da diese Strukturen und Muster in der Theorie und idealerweise auch in der Praxis, also im echten Leben, nach und nach differenzierter und integrierter werden. Das ist aber nicht immer der Fall. Hier kommt der Gesinnungswandel ins Spiel.

Voraussetzungen für den Wandel. Um den Gesinnungswandel →

Interview mit Aussteigerin Katrin* (34) aus Sachsen

Was hat Sie bewogen, sich der rechten Szene anzuschließen? Was haben Sie dort gesucht?

Die Rechten bei mir im Ort waren die coolen Jungs, ich habe die immer beneidet. Vor allem für ihren Zusammenhalt, wenn es Stress gab und für ihre Suche nach Gerechtigkeit. Die wussten, was falsch läuft und hatten keine Angst, vor niemandem. Das wollte ich auch haben, die eindeutigen Antworten und 'ne Menge Spaß.

Was haben Sie gefunden?

Eine herrliche, unbeschwerte Zeit mit Action und Musik. Da war immer was los. Und viel Zuspruch und Anerkennung. Da war ich nie die Doofe. Später sind mir dann auch viele komische Sachen aufgefallen, Widersprüche und so ein dämliches Gehabe von einigen. Und die Gewalt, die war mir irgendwann einfach zu viel.

Welche Rolle haben Sie als Frau in der rechten Szene erfüllt? Gibt es eine typische Rollenzuschreibung unter Männern und Frauen in der Szene?

Das sind immer so einfache Vorstellungen, als wären wir alle blöde Heimchen gewesen. Wir oder ich waren alles, die gute deutsche Frau und Mutter, die den Rücken freihält und sich freut, wenn alles ohne Blessuren ablief. Aber auch die Aktivistin, Unterstützerin und Einpeitscherin. Das war eher offen und kam auf die Einzelnen an, was du daraus machst.

Wodurch ausgelöst, fingen Sie an, Ihr Leben in der rechten Szene in Frage zu stellen?

Das waren so viele kleine Dinge, die irgendwie immer mehr wurden. All die Widersprüche zwischen dem, was erzählt wurde und dem, was gemacht wurde. Da war ich nicht die Einzige, der das mächtig gegen den Strich ging. Das passte irgendwie nicht mehr zusammen mit meinem Leben. Ich bin dann ja auch Mutter gewesen und habe erlebt, wie meine Kinder und ich bedroht wurden. Das wollte ich auch nicht mehr. Da war das dann für mich gelaufen, denn Hass durch andere und damit Stress bestimmten den Alltag.

*Name geändert

zuzulassen, müssen persönliche Voraussetzungen erfüllt sein. Jane Loevinger ist der Auffassung, die meisten Menschen würden sich, was ihre Persönlichkeitsentwicklung betrifft, in ihrem Stufenmodell zwischen den Stufen vier und sechs bewegen (Siehe Kasten Seite 28). Demzufolge ist die Zugehörigkeit zu einer Gruppe von besonderer Bedeutung und das Denken in Stereotypen mit der Unterscheidung in dazugehörig (gut) und nicht dazugehörig (böse) wahrscheinlich. Selbstkritik und die Wahrnehmung von mehreren Optionen des Lebens sollten möglich sein. Die Fähigkeit, zwischen dem wahren Ich und den Erwartungen anderer an einen zu unterscheiden, kann vermutlich teilweise vorausgesetzt werden. Schwarz-Weiß-Urteile werden um Graustufen erweitert und damit differenzierter. Man fühlt sich schuldig für Verletzungen anderer und hat Gewissensbisse bei der Missachtung von Regeln. Eigene Ideale und Ziele bekommen eine größere Bedeutung gegenüber der Zustimmung durch die Gruppe. Der Blick wird weiter, der Respekt vor Unterschieden größer.

Angenommen, die Realität sähe so aus und die meisten Menschen erreichen zumindest partiell diese Ebenen (4–6) der Persönlichkeitsentwicklung, dann sollte es vielen Menschen, auch jungen, möglich sein, sich selbstkritisch zu hinterfragen und nicht nur Meinungen, Handlungen und Menschen zu akzeptieren, die die eigene Einstellung bestätigen. Gegensätze würden nicht mehr als Bedrohung für den Selbstschutz der inneren Haltung mit Normen und Werten gesehen. Verschiedene Lebensentwürfe würden sich als potentielle Optionen eröffnen. Die Frage, welchen Sinn man dem eigenen Leben geben will, wird somit interessant.

Politische Bildung für Toleranz und freiheitlich-demokratische Werte. Politische Bildung soll Toleranz, Weltoffenheit sowie interkulturelles Verständnis fördern und über extremistische, intolerante und gewaltbereite politische Auffassungen sowie ihre Gefahren aufklären. Dazu gehört insbesondere die Vermittlung ethischer und interkultureller Kompetenz sowie die individuelle Fähigkeit und Bereitschaft, sich im Bewusstsein der eigenen kulturellen Verortung mit anderen Kulturen, Religionen, Lebenswelten und deren Besonderheiten angemessen auseinanderzusetzen. Es geht darum, Verständnis und Sensibilität für fremde Werte, Ansichten und Handlungsweisen zu entwickeln. Nach Loevinger und ihren Entwicklungsstufen der Persönlichkeit, setzt diese Leistung eine recht fortgeschrittene Persönlichkeitsentwicklung voraus (Stufe sechs). Entsprechend ist die Persönlichkeitsentwicklung ein wichtiger Aspekt der Politischen Bildung im Rahmen der Inneren Führung in der Bundeswehr. Die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen soll idealerweise zur Festigung der eigenen Werte und Normen, insbesondere der Bejahung der grundlegenden Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beitragen, in deren Mittelpunkt die Achtung der Menschenwürde

und das Gebot der Toleranz stehen. Hierin besteht ein wichtiger Beitrag gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.
In der Bundeswehr leistet die Politische Bildung vor dem Hintergrund der gebotenen Verfassungstreue für Soldatinnen und Soldaten, aber auch für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen nachhaltigen Beitrag gegen verfassungswidrige Agitation und Aktion (Dienstvorschrift A-2600/7). So werden Vorgesetzte dazu angehalten, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirksam aufzuklären, durch Aus-, Fort- und Weiterbildung ihr rechtsstaatliches Bewusstsein weiter zu festigen und alle Erscheinungsformen des Extremismus zu unterbinden. Damit ist kein Moralisieren gemeint, sondern eine Gesprächskultur auf Augenhöhe. Hierbei ist die Beachtung der Regeln des Beutelsbacher Konsenses von 1976 für die pädagogische Praxis, die unter einem öffentlichen Auftrag steht, leitend, demzufolge kontroverse Positionen in Wissenschaft und Politik im politischen Unterricht abgebildet werden müssen (Kontroversität). Unter Einhaltung des Überwältigungsverbots (keine Indoktrination) des Beutelsbacher Konsenses, soll die Politische Bildung darauf abzielen, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung als ein schutzwürdiger Wert anerkannt wird und somit gleichfalls als Resilienzfaktor wirkt. Als Kernbotschaft soll vermittelt werden, das mögliches Wegsehen, Weghören oder Schweigen bei extremistischen Verhaltensweisen falsch sind.

Wichtige Rolle und Verantwortung der Zivilgesellschaft. Bei Menschen, die für extremistisches Gedankengut empfänglich sind, scheint oftmals weniger ein extremistisches ideologisches Konzept die Grundlage ihres Denkens und Handelns zu sein, sondern vielmehr ein Defizit an Werten und Orientierungen, teilweise verbunden mit diffusen oder irrationalen Vorstellungen. Nun sind die Menschen Individuen mit unterschiedlichen Überzeugungen, zu der sie im Laufe ihres Lebens gelangt sind. Moralische Urteilskraft und ein gewisses Selbstbewusstsein, damit einhergehend Toleranz dem Fremden gegenüber, sind wichtige Voraussetzungen, um Grauzonen und Widersprüche aushalten oder gar akzeptieren zu können. Wenn allerdings die Annahme, dass vielmehr ein Defizit an Werten und Orientierungen häufig die Grundlage für extremistische →

Polizisten stehen vor rund 600 fahnenschwenkenden Rechten in der Dortmunder Innenstadt. 14. April 2018, Nordrhein-Westfalen.

Foto: picture alliance/dpa/David Young

Angebote des begleiteten Ausstiegs in Deutschland

Menschen mit extremistischen Einstellungen sozialisieren sich (zumeist) langjährig in Szenen und medialen Welten. Ihr gesamtes Leben und Wirken wird von der ideologischen Perspektive durchdrungen. Auf den Kampf gegen das verhasste System werden die eigenen sozialen Beziehungen, gemeinsame Freizeitaktivitäten und der Medienkonsum bezogen. Die Angst vor Isolierung und Verlust der Gemeinschaft ist real und stellt eine hohe Hürde für einen Ausstieg dar.

Ausstiegsbegleitung öffnet Chancen der Reflexion, bietet einen sozialen Anknüpfungspunkt und begleitet Neuorientierung. In einem professionellen Beratungssetting werden politische, gesellschaftliche, soziale und individuelle Themen und Herausforderungen diskutiert. Ausstiegsberatung unterstützt darin, dichotome Realitätskonstruktionen (Freund-Feind, richtig-falsch) zu überwinden und neue Wege im eigenen Leben zu finden.

In Deutschland existiert eine vielfältige Landschaft von Aussteigerprogrammen, die zivilgesellschaftlich oder staatlich organisiert sind. Das Aussteigerprogramm Sachsen vereint beide Welten. Die Anbindung an staatliche Strukturen öffnet Zugänge und Kooperationen, die langfristige Beratungsarbeit nutzt Kompetenzen nichtstaatlicher Organisationen. Damit können die Stärken beider Systeme miteinander kombiniert werden.

Quelle: www.steig-aus.de, Ricardo vom Team APro, Aussteigerprogramm Sachsen

Einstellungen bildet, steht hier die gesamte Gesellschaft in der Verantwortung, in der Komplexität unserer aktuellen Lebenswirklichkeit, eine Art des „sich aufgehoben Fühlens", des „Wir-Gefühls" oder Loyalität zu dem gesellschaftlichen Konsens unserer freiheitlichen-demokratischen Grundordnung unter Achtung der Menschenwürde und mit dem gleichen Recht der Teilhabe für alle zu vermitteln und damit eine Mitte in der Gesellschaft anzubieten. Ideologische Leerstellen können möglicherweise auf diese Weise gefüllt und Verschwörungstheorien oder extremistischen Vorstellungen der Reiz genommen werden.

Judith Rahner von der Amadeu Antonio Stiftung (Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention) sieht die Zivilgesellschaft als Teil der Lösung. Wenn keiner mehr stopp sagt aus der Zivilgesellschaft, entstehen Nischen, in denen agitiert werden kann und der Extremismus gärt. Um handeln zu können, muss Extremismus aber auch erkannt werden und als nächstes muss klar sein, was man tun kann, wenn jemand beispielsweise in den Rechtsextremismus abzurutschen droht. Eine besondere Aufgabe stellt sich, wenn diese Person eine Institution repräsentiert, wie beispielsweise einen Kindergarten oder eine Schule. Wenn diese Person anderenfalls Teil der Elternschaft ist und diese zur Agitation nutzt, um Anhänger für ihre extremistischen Vorstellungen zu gewinnen, stellt sich wiederum eine besondere Aufgabe für die Institution. Ein sensibler Umgang ist hier gefragt. Kleine Institutionen brauchen in solchen Situationen Unterstützung von Experten für Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus. Denn, wie redet man, um bei diesem Beispiel zu bleiben, mit Kindern darüber? Oder auch,

Foto: picture alliance/ZUMAPRESS, Sachelle Babbar

▲ Demonstration für die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen aus dem niedergebrannten Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos/Griechenland. München im September 2020

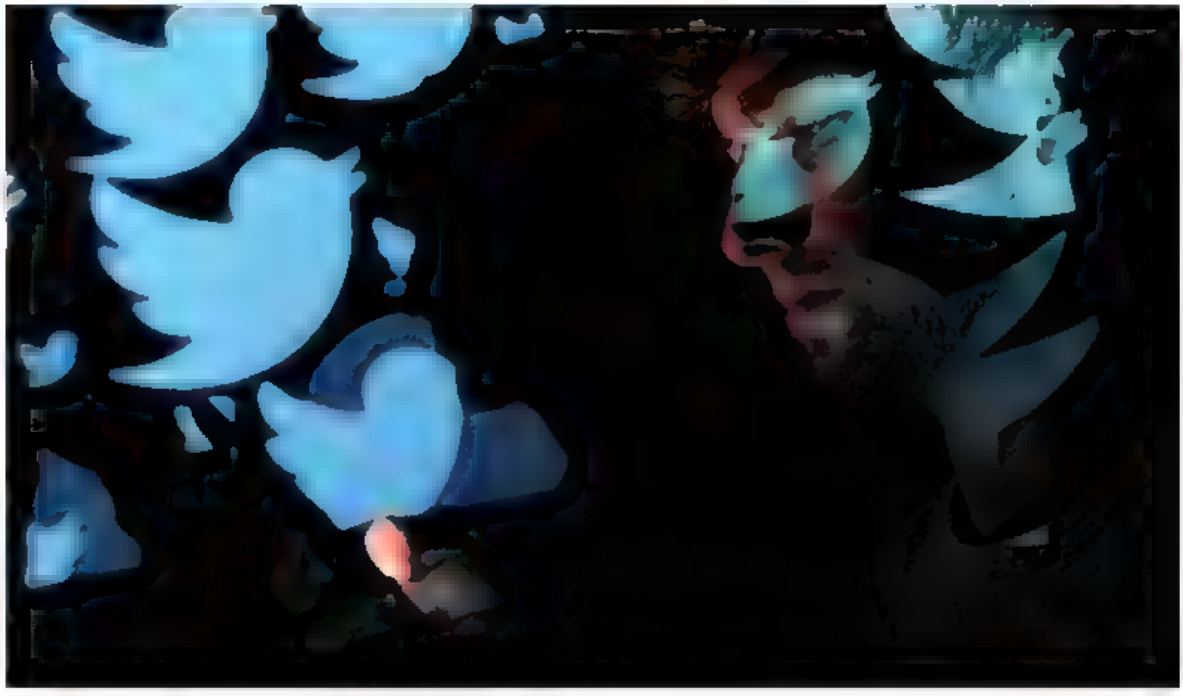


Foto: Getty Images/Leon Neal

Twitter ist eines der social media Portale, die für extremistische Agitation missbraucht werden. Mit automatisierten Bots, die durch bestimmte extremistische Wörter aktiviert werden, wird versucht, Hetzer zu entlarven und Aufklärung zu betreiben ▲

was macht man mit Schülern, die den Anwerbungsaktivitäten extremistischer Gruppen erliegen? Sie von der Schule zu werfen, wäre sicherlich der falsche Ansatz, so Judith Rahner, weil sie sich in der Konsequenz vermutlich noch stärker in ihre eigene „bubble" isolieren. In den Dialog zu gehen, sei sicherlich der bessere Weg, um den Einfluss nicht gänzlich zu verlieren, auch wenn es oft mühsam ist. Bei 18-25-Jährigen ergibt sich durch das Internet und Portale wie Facebook, Twitter, Instagram und TikTok ein zusätzlicher Raum für mögliche Beeinflussung und Anwerbung. Die Amadeu Antonio Stiftung hatte einen Bot programmieren lassen, der auf Twitter automatisch einschlägige antisemitische Wörter erklärt, wenn diese vom User eingegeben worden waren. Twitter hat den Bot schnell gesperrt.

Fazit. Kritische Politische Bildung bereits zu Beginn des Eintritts in die Bundeswehr, die keine Kontroversen scheut und auf Basis der freiheitlichdemokratischen Grundordnung auf die Stärkung von Toleranz und interkultureller Kompetenz abzielt, gepaart mit einer streitbaren Zivilgesellschaft, können als Resilienzfaktoren gegenüber anti-demokratischen, illiberalen und anti pluralen Grundhaltungen in der deutschen Gesellschaft und damit in der Bundeswehr wirken. Die Bundeswehr ist eine Art System kommunizierender Röhren, in dem Bildungsziele fokussiert auf Zielgruppen umgesetzt werden und Dialoge sowie kritische Diskussionen mit dem Ziel der Erweiterung des Bewusstseins und der Förderung der Persönlichkeitsbildung auf Rezipienten abgestimmt geführt werden können. In der Zivilgesellschaft zählt das Bewusstsein und das Verhalten jedes Einzelnen, zuweilen unterstützt von Experten in Argumentationstraining. Wegsehen, Weghören und Schweigen bei extremistischen Verhaltensweisen kann als indirekte Bestätigung interpretiert werden und die Gefahr für unsere Demokratie und unser friedliches Zusammenleben nähren. ■

Foto: privat

Dr. Sarah Reichel
ist leitende Redakteurin der IF und Politologin mit Arbeitserfahrung in der Europäischen Kommission, dem Auswärtigen Amt, dem Deutschen Bundestag, der Stiftung Wissenschaft und Politik, NGOs und in der Politikberatung.

Zusammenfassung:
Gesinnung kann man ändern. Die Zivilgesellschaft sollte hierbei eine wichtige Rolle spielen und einen Großteil der Verantwortung übernehmen. Menschen mit extremistischen Einstellungen auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung unter Achtung der Menschenwürde wieder in die wahre Mitte der pluralistischen Gesellschaft zurückzuholen. Politischer Bildung kommt die Aufgabe zu, Bewusstsein zu schaffen und die interkulturelle Kompetenz des Einzelnen zu stärken, um als Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung Verständnis und Sensibilität für fremde Werte, Ansichten und Handlungsweisen zu entwickeln.

Dieser Beitrag basiert auf Gesprächen mit Oberst i. G. Reinhold Janke (Bereich Konzeption und Weiterentwicklung innere Führung, ZInFü), dem Psychologen Bernd Kreß (Bereich Operative Gestaltung, ZInFü), Judith Rahner (Leiterin Projektbereich zur Stärkung der bundesweiten Zivilgesellschaft im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismus Prävention, Amadeu Antonio Stiftung) und Ricardo vom Team APro (Aussteigerprogramm Sachsen).

Stärke aus dem Inneren

Chinas auswärtige Politik unter veränderten internationalen Bedingungen

Foto: Alamy Stock Photo/M. Iko Kuzmanovic

▲ Zweite Sitzung des 12. Nationalen Volkskongresses 2014, Peking/China

Chinas Auftritt in den Internationalen Beziehungen ist unter der Führung Xi Jinpings offensiver geworden, was bei vielen Ländern Sorgen und auch Abwehrreaktionen auslöst. Durch die weitere Fokussierung auf ihre wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklung will die Volksrepublik mögliche Verletzlichkeiten reduzieren und ihre auswärtige Politik stärken

Trotz jahrzehntelanger Hinwendung zu stärker marktorientierten Wirtschaftsmodellen sind Fünf Jahres-Pläne in China noch immer ein wichtiges Instrument für die Bestimmung der mittelfristigen ökonomischen, technologischen und sozialen Entwicklung des Landes. In der letzten Oktoberwoche 2020 kam das rund 360-köpfige Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in Beijing zusammen, um die Eckpunkte des nunmehr 14. Fünf Jahres-Plans zu bestätigen, der dann im März 2021 während der jährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses verabschiedet werden und bis 2025 gelten soll. Enthielten die früheren Pläne oft sehr detaillierte Vorgaben vom Wirtschaftswachstum bis hin zu Einzelprojekten wie Flughäfen, beließ es das Kommuniqué zum Abschluss dieser ZK-Plenartagung bei Zielformulierungen, die einerseits präzise genug sind, um die angestrebte Richtung aufzuzeigen, andererseits aber auch hinreichend offen formuliert sind, um Flexibilität im politischen Handeln aufrechtzuerhalten.

Stärkung der nationalen Basis. Die Kernbotschaft des 14. Fünf-Jahres-Plans wird demzufolge die Fokussierung der chinesischen Politik auf die innere Entwicklung des Landes sein.

Shanghai Skyline ▲

Fotopicture alliance/NHPA/Avalon/Bill Coster

Im Vordergrund steht die Stärkung der Binnennachfrage durch fortschreitende Urbanisierung und bessere Ausbildung, welche ein wirtschaftliches Wachstum in geringerer Abhängigkeit vom Außenhandel hervorbringen soll. Damit einhergehen sollen massive Bemühungen im Technologiebereich, durch welche die fortbestehende Abhängigkeit von den USA etwa im Bereich von Halbleitern und anderen Kernelementen der Informationstechnologie reduziert werden soll. Ungewöhnlich für ein solches normalerweise eher an sozio-ökonomischen Entwicklungsperspektiven ausgerichtetes Papier ist der breite Raum, welcher der Verbesserung der Einsatzbereitschaft der chinesischen Streitkräfte eingeräumt wird.

Das Zentralkomitee folgt hier einer im Grunde nicht neuen, von Staats- und Parteichef Xi Jinping aber erst im Frühjahr 2020 begrifflich eingeführten Strategie der „dualen Kreisläufe" (shuangxunhuan), nach der ein „innerer Kreislauf" die Förderung der inländischen Wachstumskräfte zum Ziel hat, während ein „äußerer Kreislauf" die Verflechtung mit der Außenwelt steuern soll. Seit den Ende 1978 begonnenen Reformen unter Deng Xiaoping war das chinesische Wirtschaftsmodell vor allem auf eine exportstarke Industrieproduktion zur Generierung hoher Handelsüberschüsse ausgerichtet, mittels deren Erträgen in die chinesische Infrastruktur investiert werden konnte. Diese Prioritätenfolge scheint der neue Ansatz umdrehen zu wollen – er sucht die Stärkung der nationalen Basis, damit sich China in einem „komplexeren Entwicklungsumfeld" behaupten kann. China tritt damit keineswegs eine Flucht nach innen an, sondern will die Anfälligkeit seines internationalen Auftretens für Disruptionen insbesondere seitens der USA reduzieren.

Internationale Skepsis und wachsender Druck. Dieser Schritt kann mithin als eine Antwort der Volksrepublik auf ein seit einiger Zeit rauer werdendes internationales Klima verstanden werden. Dieses wird insbesondere geprägt durch den von US-Präsident Donald Trump ausgerufenen Wirtschafts- und Han- →

delskrieg, der längst zum Teil eines Wettlaufes um die globale Vorherrschaft im Bereich der Informations- und Datentechnologie geworden ist. In ihm geht es vor allem um die Kontrolle weltweiter Datenströme sowie den Einsatz von künstlicher Intelligenz in allen ökonomischen, gesellschaftlichen aber auch militärischen Bereichen – die USA haben hier mit dem Kampf gegen chinesische IT-Unternehmen wie Huawei, ZTE, WeChat oder Tiktok das technologische de-coupling von der Volksrepublik bereits deutlich vorangetrieben. Aber auch in Deutschland und der EU insgesamt wachsen Skepsis und Misstrauen gegenüber der Volksrepublik, ohne dass diese sich indes in den „systemischen Weltkonflikt" (Peter Rudolf) zwischen den beiden Großmächten hineinziehen lassen wollen.
Für die sich verändernden Wahrnehmungen Chinas in zahlreichen Hauptstädten trägt die Volksrepublik ein gehöriges Maß an eigener Verantwortung – und das nicht erst seit seinem intransparenten Verhalten beim Ausbruch der Coronavirus-Pandemie Ende 2019: Hatte Deng Xiaoping seinen Außenpolitikern noch geraten, durch ein zurückhaltendes Auftreten auf der internationalen Bühne keine Sorgen vor einer „friedlichen Entwicklung" Chinas zu schüren, tritt die mittlerweile fünfte Führungsgeneration unter Xi Jinping deutlich aggressiver und mit dem erklärten Willen auf, China auf einen Platz an der Weltspitze (zurück)zuführen. Der 2013 von Xi verkündete „Chinesische Traum" (zhonguomeng) sieht hierzu bislang zwei sogenannte Jahrhundertziele vor: zum einhundertsten Geburtstag der Kommunistischen Partei 2021 soll China eine Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand für alle etabliert haben, zum hundertsten Jahrestag der Volksrepublik soll diese sich zu einer „reichen und starken sozialistischen Nation" entwickelt haben. Im neuen Fünf-Jahres-Plan wird jetzt noch der Zwischenschritt einer „sozialistischen Modernisierung" bis 2035 eingeführt. Bemerkenswert ist auch, dass die Erlangung militärischer Fähigkeiten zur Bewahrung der nationalen Souveränität bereits 2027 zum hundertsten Gründungstag der Volksbefreiungsarmee abgeschlossen sein soll und dies symbolisch zu einem dritten Jahrhundertziel aufgewertet wurde. Die Bedeutung des Militärs unter den nationalen Machtinstrumenten steigt weiter. Bereits im 13. Fünf Jahres-Plan wurde das Programm „Made in China 2025" verankert, nach welchem die Volksrepublik in zehn technologischen Schlüsselbereichen eine

Ausbildung von bewaffneten Soldaten, Nanning, Guangx , China im September 2020.

Foto: Getty Images/Costfoto/Barcroft Studios/Future Publishing

globale Spitzenposition einnehmen, erheblichen Einfluss auf Produktions- und Lieferketten entwickeln und den technologischen Rückstand zu den USA und auch zu EU-Staaten wie Deutschland reduzieren will. In diesem Rahmen einsetzende Bemühungen staatlich unterstützter Unternehmen, Spitzentechnologie zu erwerben (in Deutschland etwa durch den Kauf des Augsburger Robotik-Unternehmens KUKA 2016) führten, in Verbindung mit weiter bestehenden Zugangsbeschränkungen zu chinesischen Märkten, zu Abwehrreaktionen. So verschärfte Deutschland in seiner Außenwirtschaftsverordnung die staatlichen Kontrollen bei ausländischen Investitionen in kritische Technologiebereiche; die EU gab 2019 einen „Strategic Outlook" heraus, in welchem China einerseits als strategischer Partner, andererseits aber auch als ökonomischer Wettbewerber und – im politisch-ideellen Bereich – auch als strategischer Rivale aufgefasst wird. Gerade im letzteren Bereich hat China, angesichts der Internierungen hunderttausender Uiguren in der westchinesischen Autonomieregion Xinjiang, durch die faktische Unterwerfung Hongkongs durch ein sogenanntes Sicherheitsgesetz und durch die fortgesetzten Drohungen gegenüber dem demokratisch verfassten Taiwan erheblich an internationaler Reputation verloren. Mit ihren Anfang September 2020 vorgelegten „Leitlinien zum Indo-Pazifik" distanziert sich die Bundesregierung indirekt, aber kaum verschleiert von China, mit dem es immerhin seit 2010 in einer strategischen Partnerschaft verbunden ist. Zweifellos entspricht die in den Leitlinien vorgenommene Diversifizierung der Kooperation mit Staaten in der Region und die Stärkung multilateraler Arrangements den grundlegenden Mustern deutscher Außenpolitik. Allerdings dürfte der ambitionierte Katalog von Initiativen die deutsche Außenpolitik rasch überfordern. Als wichtiger Anstoß für die weitere Ausformulierung europäischer Positionen können die Vorschläge aber zweifellos dienen.

Selbstbewusste Interessenverfolgung. China tritt Kritik und Druck mit ostentativem Selbstbewusstsein gegenüber und verfolgt weiter seine Strategie, nach innen wie nach außen positive Narrative über sein eigenes Wirken zu verbreiten. Hierzu gehört nicht zuletzt die fest vertretene Überzeugung, dass sich in der Handhabung der Corona-Krise das chinesische Modell dem westlicher Demokratien als überlegen erwiesen habe. Tatsächlich konnte China Versuche insbesondere der USA, den Erreger →

Regierungsbeamte Hongkongs während einer Pressekonferenz am 19. Juli 2020. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger Hongkongs und der Volksrepublik China, die die SARS-Pandemie im Jahr 2003 miterlebt haben, hat sich damals eine schmerzhafte Lernkurve über die Ausbreitung von Viren tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben. Genauso wie sie einen Regenschirm mitnehmen, wenn es regnet, tragen sie Masken und gehen voreinander auf Abstand, wenn eine gefährliche Atemwegserkrankung auftritt

Foto: Getty Images/NurPhoto/Vernon Yuen

In Urumqi kam es am 10. Juli 2009 zu tödlichen Zusammenstößen zwischen uigurischen Muslimen und Han Chinesen. Mitglieder und Unterstützer der uigurischen Gemeinschaft in Großbritannien demonstrierten am zehnten Jahrestag der Urumqi-Unruhen vor der chinesischen Botschaft in London, England 2019.

Foto: picture alliance/NurPhoto/David Cliff

als „China-" oder „Wuhan-Virus" zu labeln und Beijings Vertuschungsversuche zu Beginn des Ausbruchs zu brandmarken, mit dem Verweis auf die Kontrolle der Pandemie im eigenen Land und die schnelle Rückkehr der chinesischen Wirtschaft fast auf das Vorkrisenniveau erfolgreich überspielen – und seiner außenpolitischen Leitprogrammatik der 2013 verkündeten belt and road initiative (BRI; auch „Neue Seidenstraße" genannt) noch die Dimension einer health silk road (HSR) hinzufügen. Mit der Unterstützung von durch die Pandemie stark betroffenen Ländern mittels Schutzausstattungen und Medikamenten präsentiert sich die Volksrepublik gern als solidarische und verantwortungsbewusste Großmacht und erreichte so auch EU-Staaten wie Italien. Wenngleich beim genaueren Hinsehen nationaler Eigennutz – und auch wirtschaftliches Gewinnstreben – unübersehbar sind, haben doch viele Zielländer der BRI gerade in Afrika von chinesischen Hilfsleistungen profitiert. Das schnelle Wiederanspringen der chinesischen Konjunktur – als einzige große Volkswirtschaft dürfte China 2020 mit einem deutlichen Wachstumsplus beenden – wirkt sich auch in gesteigerter Nachfrage nach industriellen Investitionsgütern sowie im privaten Konsum etwa bei Autos und hochwertigen Konsumartikeln aus, von denen wiederum viele europäische Hersteller profitieren.

Die BRI – angelegt als ein transkontinentales Infrastruktur- und Entwicklungskonzept – ist zu einem Rahmenkonzept und Markenzeichen der auswärtigen Politik Chinas geworden. Unter ihrem Schirm arbeitet China mit rund einhundertdreißig Staaten in Tausenden von Projekten zusammen. Eingespannt werden auch multilaterale Formate wie etwas das seit 2000 bestehende Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) aber auch die sogenannte 17+1-Initiative, in welcher China mit zentral- und osteuropäischen Ländern, darunter vielen EU-Mitgliedern zusammenarbeitet. Standen einige dieser Kooperationen in der Kritik, weil sie zu Überschuldungen der Partner mittels zu Beginn großzügig ausgereichter Kredite führten (debt trap), zeigt sich China schon aus wirtschaftlichen Gründen an nachhaltigeren Projektfinanzierungen mit weniger Kreditausfallrisiken interessiert. Dennoch sucht die Volksrepublik mit diesen Kooperationsmodellen ihr ökonomisches Gewicht in politischen Einfluss in den BRI-Zielregionen zu übersetzen. Über die 17+1-Initiative ist sie so mit ihren Projekten in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU (Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien) bzw. der Union selbst (Griechenland, Ungarn) aktiv. Hier zeigt sich ein weiteres Muster chinesischer Politik, Anreize für bilaterale Kooperationen zu setzen – und so gemeinsame Ansätze etwa der EU zu unterlaufen. Entsprechende Initiativen müssen nicht einmal aktiv von China ausgehen – in vielen Fällen wenden sich Staaten an China als alternativem Geldgeber für nationale Projekte.

17+1 Initiative

Die 17 + 1-Initiative ist ein Rahmen für die offizielle Zusammenarbeit zwischen China und 17 mittel- und osteuropäischen Ländern zur Förderung ihrer Geschäfts- und Investitionsbeziehungen

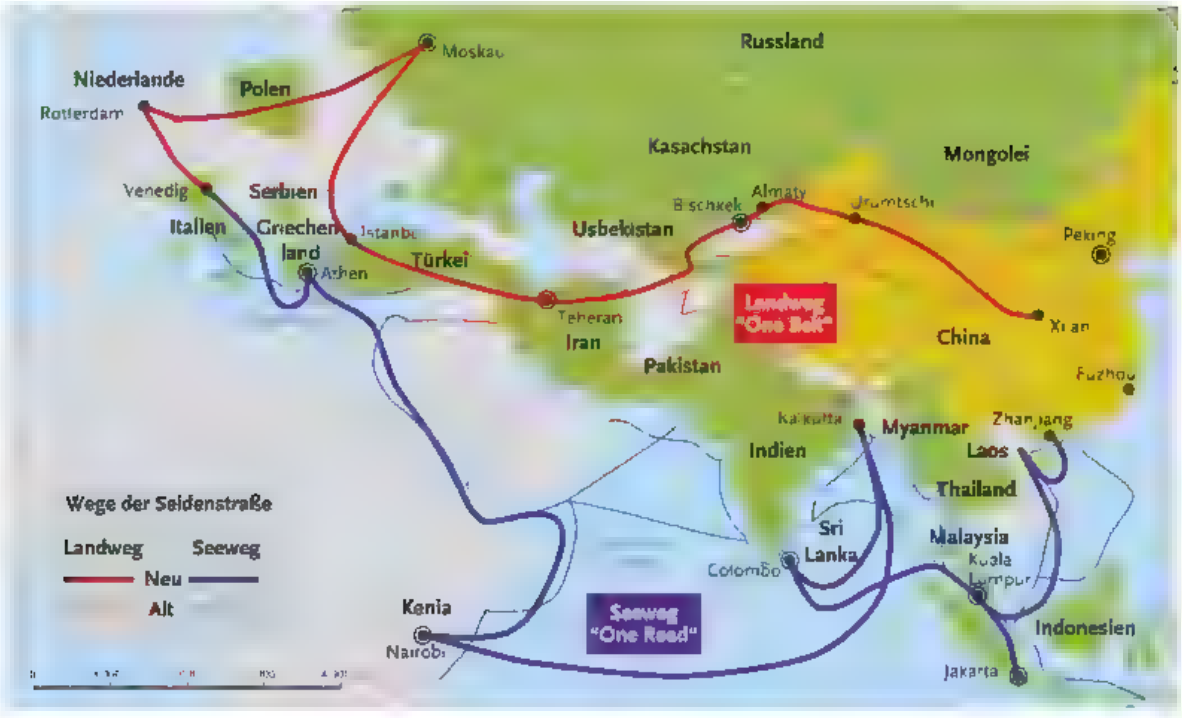
Grafik: eu-cnc.org/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Fortbestehende Abhängigkeiten und Chancen für Europa. So selbstbewusst China nach Außen auftritt, so deutlich sind auch seine Abhängigkeiten erkennbar. Die Volksrepublik bezieht einen großen Teil ihrer Stärke aus der Uneinigkeit der westlichen Staatengemeinschaft und ihrer Verbündeten in der Region wie der Welt. Insbesondere profitiert sie vom Rückzug der USA aus multilateralen Arrangements wie der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) 2017 oder wie jüngst der Weltgesundheitsorganisation (WHO), indem sie die dort entstehenden Vakua auffüllt. Ein aktuelles Beispiel ist die am 15. November 2020 abgeschlossene Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), in der die Volksrepublik erstmals in ein multilaterales Freihandelsabkommen eintrat, dem neben den zehn Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) auch die engen US-Verbündeten Australien, Japan, Neuseeland und Süd-Korea angehören. Obwohl die Initiative zur RCEP von den ASEAN-Staaten ausging, kann sich das aus dem unter der Administration Barack Obamas vorangetriebenen TPP ausgeschlossene China nun als regionaler Protagonist für Multilateralismus und Freihandel empfehlen.

Auch die unter US-Präsident Donald Trump gewachsenen Spannungen in den transatlantischen Beziehungen spielten Beijing in die Hände, weil sie die Schaffung einer gemeinsamen westlichen Position gegenüber der Volksrepublik erschwerten – ganz zu schweigen vom Schaden, welches das freiheitlich-demokratische Politik- und Wertemodell während der vergangenen vier Jahre insgesamt genommen hat. Mit der Abwahl Trumps im November 2020 und der bevorstehenden Präsidentschaft Joe Bidens könnte sich für China eine Situation ergeben, in der die USA und die EU wieder mehr gemeinsame Positionen in der Weltpolitik und mithin auch gegenüber der Volksrepublik einnehmen könnten. Wenngleich Bidens Politikstil sicher ausgleichender sein wird als der Trumps – auch er sieht in China den wichtigsten strategischen Herausforderer für die USA.

Abhängigkeiten bestehen für China aber auch in vielen anderen Bereichen fort: Es ist umfänglich →

Die neue Seidenstraße – Mega-Infrastrukturprojekt Chinas



Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

auf Energie- und Ressourcenlieferungen angewiesen, auch in fast allen Hochtechnologiebereichen, insbesondere bei Halbleitern, Prozessoren, aber auch Anwendungen wie sie etwa Google bereitstellt, kommt Chinas Industrie nicht ohne entsprechende Importe aus. Hinzu kommt die geradezu existenzielle Abhängigkeit Chinas von langen und mit den eigenen militärischen Mitteln bislang nicht abzusichernden Seewegen für seinen weltweiten Handel.

Andererseits sichert das mit mehr als zwei Billionen US Dollar (2019) riesige Ordervolumen der chinesischen Seite auch erhebliche Gewinne für westliche Industrien, deren Wegfall die Kosten eines de-coupling für die Lieferländer massiv in die Höhe treiben würde.

Die von China angestrebte Stärkung seiner Basis im Inneren kommt also auf absehbare Zeit nicht ohne enge Kooperation aus. Die Regeln dieser Kooperation werden aber insbesondere die EU Staaten umso aktiver mitgestalten können, je geschlossener sie der Volksrepublik gegenübertreten – etwa beim zentralen Thema gleichberechtigter Marktzugänge oder beim Investitionsschutz. Die EU hat es hier in der Hand, eigene Formen des Umgangs mit der Volksrepublik zu entwickeln.

Fazit. Chinas Bemühen um die Stärkung seiner nationalen Basis ist nicht nur eine Antwort auf den wachsenden Druck aus den USA, sondern auch auf die nachlassende Dynamik und Kraft des Globalisierungsprozesses insgesamt. Dieser ist jedoch nicht an seinem Ende angelangt. Viel mehr müssen die Regeln des Zusammenspiels mächtiger Akteure in einer multipolaren Welt neu bestimmt werden. Auch hieran arbeitet die Volksrepublik machtbewusst und in der Verfolgung ihrer Interessen. Sie hierzu in einen multilateralen Prozess einzubinden, sollte das Bestreben einer politisch geschlosseneren EU sein – am besten im Konzert mit einem wieder kooperativer agierenden transatlantischen Partner. ■

Foto: privat

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis
leitet seit 2018 im NATO HQ in Brüssel die Defence Education Programme mit eurasischen/asiatischen Partnern und lehrt Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Er gibt hier ausschließlich seine eigenen Auffassungen wieder.

Zusammenfassung:
Mit der Stärkung seiner nationalen Basis in wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Hinsicht will China seine Verletzlichkeiten durch externe Mächte, insbesondere die USA, reduzieren und so seine auswärtige Politik unabhängiger gestalten. Dennoch bleibt die Volksrepublik in vielerlei Hinsicht auf die Kooperation mit (westlichen) Industriemächten angewiesen. Hierin liegt eine Chance auch für die EU, China durch ein geeintes Auftreten in eine multilaterale Ordnung einzubinden.

Entscheidung in Berg-Karabach

Armenische Niederlage in Berg-Karabach

Foto: Getty Images/Jonathan Aljeyne

▲ Vor dem Krieg 1992 waren 50 Prozent der Bevölkerung Aserbaidschaner, die friedlich an der Seite mit ihren christlich-orthodoxen Karabastis-Nachbarn lebten.

Noch im Sommer lag der Checkpoint verschlafen am Aghavno-Fluss. Nur selten passierte ein Fahrzeug die Grenze zwischen Armenien und der selbsternannten Republik Arzach, deren Fahnen vor dem runden Polizeigebäude wehen. Denn hinter dem Kontrollposten, da beginnt der Latschin-Korridor, der wie eine Nabelschnur Armenien mit Berg-Karabach verbindet. Völkerrechtlich gehören sowohl Berg-Karabach als auch der Latschin-Korridor zu Aserbaidschan. Doch bis Ende September 2020 wurde das Gebiet, doppelt so groß wie das Saarland und zuletzt von rund 145 000 Menschen bewohnt, von Armenien kontrolliert.

Wirklich ruhig war es hier im Südkaukasus eigentlich nie. Doch am 26. September 2020 begann ein 44-tägiger Krieg, der den fast 30-jährigen Status Quo der Region grundlegend verändert. Am 8. November trat ein von Russland ausgehandelter Waffenstillstand in Kraft. Und mit ihm ein 9-Punkte-Plan, der für das kleine Binnenland Armenien einen bitteren Beigeschmack hat: Ministerpräsident Nikol Paschinjan sah sich am 10. November genötigt, vor sein Volk zu treten und ihm zu erklären, man habe eine De-facto-Kapitulation mit umfangreichen Gebietsverlusten unterzeichnet. „Jede Minute" habe gezählt, begründete Paschinjan, die Einkesselung Tausender Soldaten hätte gedroht. „Als ich das notorische Dokument unterzeichnete, begriff ich, dass ich meinen persönlichen Tod riskierte, nicht nur in einem politischen, sondern auch in einem physischen Sinn. Aber die Leben von 25.000 Soldaten waren wichtiger, ich denke, auch für euch." In den sechs Wochen davor waren 2300 armenische Soldaten gefallen. Aserbaidschan macht keine Angaben über Opfer.

Die armenische Niederlage. In nur 44 Tagen verlor Armenien, was es im Chaos der zerfallenden Sowjetunion gewonnen hatte und fast →

30 Jahre lang verteidigen konnte – gegen einen auf Grund von Rohstoffvorkommen reicheren, obendrein größeren und hochgerüsteten Nachbarn. Während die Corona-Pandemie die Staatengemeinschaft beschäftigte, alle Augen zudem auf die US-Wahlen gerichtet waren, nahm Aserbaidschan in einem groß angelegten Angriff Arzach von Südosten und Norden in die Zange. Vor allem im flachen Gebiet entlang der iranischen Grenze kamen die militärisch überlegenen Aserbaidschaner schnell voran. Am 8. November vermeldete Baku die Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Schuschi, dem einzigen Ort Berg-Karabachs, der bis 1992 tatsächlich eine aserbaidschanische Mehrheit hatte. Schuschi thront wie eine Bergfeste über der im Tal gelegenen Provinzhauptstadt Stepanakert. Nach der Eroberung, die vermutlich zentrales Ziel der Operation war, befanden sich die durch permanente Drohnen-Attacken demoralisierten Armenier in einer ausweglosen Lage. Baku schien erst jetzt bereit, einem tragfähigen Waffenstillstand zuzustimmen, während in den Wochen zuvor keine Waffenruhe gehalten hatte. Aserbaidschan hatte sich mit Waffengewalt Gebiete zurückgeholt, auf die es völkerrechtlich zweifelsfrei Anspruch hat. Deren Inbesitznahme aber zwangsläufig zu neuen Vertreibungen Tausender führt und eine jahrhundertealte Kultur auszulöschen droht. So wurde der Klos-terkomplex von Dadiwank mit seiner 1214 errichteten Kirche, eine der wichtigsten Stätten der Armenisch-Apostolischen Christenheit, am 15. November den Siegern übergeben.

Zwist seit dem Zerfall der Sowjetunion. Der Konflikt um Berg-Karabach begann Ende der 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts. Nach armenischer Lesart ging es um die Verhinderung eines neuen Völkermords mit Verweis auf eine historische Konstante, die nach 1915 mit der Vernichtung von bis zu 1,5 Millionen Armenier im Osmanischen Reich ihren Tiefpunkt hatte. Als es kurz vor dem Ende der Sowjetunion 1988 zu Pogromen an Armeniern in den aserbaidschanischen Städten Sumgait und Kirowbad kam, flammten die alten Spannungen wieder auf. Auslöser für die armenien-feindliche Stimmung in Aserbaidschan war der kurz zuvor vom Parlament Berg-Karabachs beschlossene Anschluss der Enklave an Armenien, so schreibt es der britische Journalist, Schriftsteller und ausgewiesene Kaukasus-Experte Thomas de Waal. Der Zerfall der staatlichen Sowjet-Strukturen befeuerte diesen Konflikt. 1992 begann ein Krieg zwischen den inzwischen unabhängigen Ex-Sowjetrepubliken, in dessen Verlauf Aserbaidschan

Berg-Karabach: Nach dem Krieg im Herbst 2020

Das Gebirge des großen und kleinen Kaukasus zieht sich über Russland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und den Iran

Grafik: Deutsche Welle (DW)/Bundeswehr/Daniela Hebbel

nicht nur die Kontrolle über Berg-Karabach verlor, sondern auch über sieben Provinzen im Umfeld – 20 Prozent des Staatsgebietes. Mikhail Yakopov, damals 15 Jahre alt, erinnert sich an den Kriegswinter 1992 in Armeniens Hauptstadt Eriwan: „Armenien war über Nacht von allen Versorgungswegen abgeschnitten. Es gab nur Strom für ein bis zwei Stunden am Tag, die Leute froren, also wurden alle Bäume in der Stadt gefällt." Sein damaliger Schulfreund Suren Abeghyan, beide arbeiten heute als Physiker bei der Forschungseinrichtung „European XFEL" in Hamburg, erzählt: „Für Brot mussten wir bei minus 20 Grad stundenlang anstehen." Hilfe für das isolierte Land kam aus ungewohnter Richtung: „Wir wunderten uns damals über Flaschen mit Speise-Öl, Fleischkonserven und Süßigkeiten, die mit fremder Schrift etikettiert waren – in Farsi", erzählt Abeghyan. Ausgerechnet der Iran half der ältesten christlichen Nation der Erde. Danach flammten die Kämpfe entlang der Waffenstillstandslinie immer wieder auf, besonders heftig zwischen 2014 und 2016. Dass Ilham Alijew, der autokratische Präsident Aserbaidschans, Ende 2018 das „Jahr des Durchbruchs" ausrief und die Rückeroberungen ankündigte, hatte auch zu tun mit der internationalen Großwetterlage, mit einem veränderten Kräfteverhältnis durch den Schulterschluss mit der Türkei. Indirekt aber auch mit der sogenannten „Samtenen Revolution", die im Frühjahr 2018 Armeniens alte Elite entmachtete und den Hoffnungsträger Nikol Paschinjan Regierungschef werden ließ. Getragen von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung riskierte Paschinjan die zaghafte Öffnung des Landes, das seit Gründung 2015 zur Eurasischen Wirtschaftsunion gehört, einer von Moskau dominierten „Gegen-EU". Vorsichtig streckte er die Fühler in Richtung Westen aus. Moskau reagierte verschnupft, drohte auch im Südkaukasus ein Szenario, welches an die zuvor erfolgten Westorientierungen Georgiens und der Ukraine erinnerte, auf welche Russland mit Separations-Kriegen reagiert hatte. Was jetzt zu Spekulationen führt, im jüngsten Konflikt habe Putin Armenien bewusst scheitern lassen, um die Reformer zu desavouieren

Entscheidende Rolle der Türkei. Hoffnung weckte Paschinjan auch in Baku, indem er die Lösung der Karabach-Frage versprach. Doch schnell stieß der Reformer an die Grenzen seines Gestaltungsspielraums. Der Westen hatte an einer Herausforderung Moskaus kein Interesse, US-Präsident Donald Trump befand sich ohnehin geostrategisch auf dem Rückzug. Zudem sperrte sich Armeniens herrschende Elite gegen Zugeständnissen an den Erzfeind Aserbaidschan. Mit dem →

Berg-Karabach: Autos befördern Flüchtlinge zur armenischen Grenze. Die Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidschan um das umstrittene Gebiet im Kaukasus wurden Ende September 2020 wieder aufgenommen

Foto: imago images/TASS/Stanislav Krasilnikov

Aserbaidschanische Soldaten während eines Trainings in einem militärischen Trainings- und Einsatzzentrum in der Nähe der Stadt Ganja in Aserbaidschan Ende Oktober 2020

Foto: REUTERS/Umit Bektas

Satz „Arzach ist Armenien, Punkt!", beendete Paschinjan im Sommer 2019 den kurzen südkaukasischen Frühling. „Karabach ist Aserbaidschan, Ausrufezeichen", echote Alijew aus Baku zurück.
Von da bis zur jetzigen Eskalation war es nur ein kurzer Weg. „Die veränderte Rolle der Türkei fällt hier ganz erheblich ins Gewicht", so der Politikwissenschaftler Uwe Halbach von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Alijew hat sich in den vergangenen Jahren fast bedingungslos der Geostrategie des türkischen Präsidenten untergeordnet. Recep Tayyip Erdogan sieht sich als Vollender einer neo-osmanischen Mission und betonte erst jüngst, Aserbaidschan und die Türkei seien eine Nation mit zwei Staaten. Drei Mal so groß an Einwohnern wie der armenische Nachbar, zudem auf Grund reicher Erdgas- und Erdölvorkommen sechs Mal so reich, modernisierte Aserbaidschan aufwendig seine Armee. Mit logistischer, militärischer und ideologischer Hilfe des „großen Bruders" Türkei, erstaunlicherweise auch mit Hightech-Unterstützung aus Israel und zudem als gut zahlender Kunde russischer Waffenschmieden.

Arm, aber reich an Waffen. Das viel ärmere Armenien – über ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der nationalen Armutsgrenze mit weniger als 75 Euro monatlich zur Verfügung – liegt mit einem Wehretat von 4,25 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf Platz 9 weltweit. Im Globalen Militarisierungsindex (gmi) des Bonn International Center for Conversion (BICC) lag Armenien 2019 sogar weltweit auf Platz 3 der Staaten, in denen der Militärapparat im Verhältnis zur Gesellschaft einen besonders hohen Stellenwert einnimmt. Zwei zu allem entschlossene, stark militarisierte Nachbarländer stehen sich da im Südkaukasus gegenüber. Und ein verschachteltes Bündniswirrwarr macht den Konflikt so kompliziert.

Russland – regionale Ordnungsmacht. Russland hatte bislang in Armenien, aber nicht in Berg-Karabach, etwa 3.500 Soldaten stationiert, darunter ein Panzerbataillon, Dutzende Kampfflugzeuge und Raketenabwehrsysteme. Die größten Industrie-, Energie-, Telekommunikations-Unternehmen Armeniens sind im Besitz Russlands oder russischer Konzerne. Russland versteht sich als Armeniens Schutzmacht und sichert auch die sensible armenisch-türkische Grenze. Gleichzeitig unterhält Moskau aber auch gute Beziehungen zu Baku. Im jüngsten Konflikt wahrte Russland strikte Neutralität, zementierte aber mit dem Waffenstillstandsabkommen

Armenische Soldaten an der Front in der armenischen Region Tavush. Die Scharmützel an der volatilen Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan eskalierten Mitte Juli 2020 und markierten den schwersten Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Nachbarn seit den Kämpfen im Jahr 2016.

Foto: picture alliance /ASSOCIATED PRESS

seine Rolle als regionale Ordnungsmacht. Und wird künftig mit 1.960 Soldaten im Rahmen einer „Friedenstruppe" im weiterhin armenisch besiedelten Teil Berg-Karabachs, aber auf aserbaidschanischem Territorium, präsent sein. „Russland hat seine Rolle als Ordnungsmacht zementiert, ist aber gleichzeitig ein Risiko eingegangen. Denn es steht längst nicht fest, inwieweit seine Peacekeeping Forces auch tatsächlich Frieden garantieren können. Denn viele Punkte in dem Waffenstillstandsabkommen sind schwammig", so der Osteuropa Experte Halbach.

Rückendeckung aus der Türkei. Die Türkei ist das einzige Land, welches offen eine Kriegspartei unterstützte. In der Türkei wurde der Krieg gegen Armenien nationalistisch instrumentalisiert, alle Parteien mit Ausnahme der pro-kurdischen HDP unterstützten den Schulterschluss mit dem aserbaidschanischen Baku. Nach Angaben der russischen Regierung hat Ankara Söldner aus Syrien und Libyen auf aserbaidschanischer Seite in das Gebiet geschleust. Diverse Quellen deuteten darauf hin, dass die Türkei zwischen 850 und 4.000 Söldner in Syrien rekrutiert hat, teils unter falschen Versprechungen, wie eine ARD-Reportage für das Mittagsmagazin am 23. Oktober 2020 aufdeckte. Zudem lieferte Ankara Drohnen vom Typ TB2 „Bayraktar", auch türkische F-16 Kampfflugzeuge sollen im Einsatz gewesen sein. „Die türkische Rückendeckung für Aserbaidschan heizen in Baku maximale Bestrebungen an", so Uwe Halbach. Angaben aus Baku, denen zufolge auch türkische Soldaten in Berg-Karabach stationiert werden sollen, wurden von Moskau vehement widersprochen.

Israel - Waffen gegen Öl. Als Israels Premierminister Benjamin Netanyahu im Dezember 2016 Baku besuchte, betonte er, wie wichtig Öllieferungen seien. Öffentlich sprach er aber nie darüber, dass Israel Waffen und Rüstungssysteme an Aserbaidschan liefert. Aljev war da in seiner Begrüßungsansprache offener: „Wir arbeiten auch im Bereich der Rüstungsindustrie zusammen." Und konkreter: „Bisher belaufen sich die Verträge auf fast fünf Milliarden US-Dollar.", zum Beispiel über Drohnen vom Typ „Harop", „Orbiter 1K" und „SkyStriker". Mittlerweile kommen 60 Prozent der Rüstungsimporte Aserbaidschans aus Israel, so Pieter Wezeman vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI. Im Gegenzug könnte sich Baku laut einem Bericht des US-Magazins „Foreign Policy" bereit erklärt haben, im Falle eines Militärschlags gegen den Iran der israelischen Luftwaffe Flugplätze bereitzustellen.
Denn der Iran, in dem bis zu →

19 Millionen Asebaidschaner bis zu 21 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, unterhält enge Beziehungen zu Armenien. Im Krieg 1992 bis 1994 bewahrten Lieferungen von Treibstoff und Nahrungsmitteln Armenien vor dem Kollaps. Wer heute vom armenischen Kadscharan aus auf der M2 in Richtung Süden fährt, sieht am Straßenrand viele Verkaufsstände mit großen Cola- oder Fanta-Flaschen, in denen allerdings keine Limonaden feilgeboten werden, sondern Wein. Bei den Iranern ist Urlaub im christlichen Nachbarland populär, man deckt sich hier mit Wein ein und Frauen müssen keinen Tschador tragen. Das Regime in Teheran sieht großzügig darüber hinweg, der kleine Grenzverkehr ist entbürokratisiert.

Armenien ist der bedrohte Verlierer. Der Westen hat sich als Partner, Vermittler und politischer Akteur aus dieser Region verabschiedet. Ursprünglich gehörten 13 OSZE-Mitgliedsstaaten, darunter Frankreich, die USA, aber auch Deutschland, zur „Minsker Gruppe", die in diesem ältesten „frozen conflict" aus der Erbmasse der Sowjetunion vermittelte. In die jetzt getroffenen Vereinbarungen ist der Westen nicht involviert.
Mit seiner einseitigen Abhängigkeit von Russland, welches die Niederlage begrenzte, aber nicht verhinderte, ist Armenien Verlierer der aktuellen Entwicklung. Den neun Punkten des Waffenstillstandsabkommens zufolge bleibt der Latschin-Korridor als lebenswichtige Verbindung zwischen Arzach und Armenien zwar erhalten, wird aber auch von russischen Soldaten kontrolliert. Gleichzeitig soll es künftig eine aserbaidschanische Verbindung zwischen dem Kernland und der Enklave Nachitschewan über armenisches Territorium geben. Das kleine Binnenland, eingekeilt zwischen den Erzfeinden Aserbaidschan und Türkei, zudem mit Grenzen zum Iran und zum schwierigen Partner Georgien, sieht sich in seiner Souveränität und Überlebensfähigkeit bedroht. Nach Bekanntgabe der Waffenstillstandsunterzeichnung stürmten Demonstranten in der Hauptstadt Eriwan das Parlament. Ein Anschlag auf den Ministerpräsidenten Paschinjan konnte vom Geheimdienst verhindert werden. Am Tag vor der Übergabe armenisch gehaltener Gebiete wie Karvachar unweit des Dadiwank-Klosters an Aserbaidschans Armee lag Brandgeruch über dem Land. Armenier brannten ihre Häuser nieder, um sie nicht den verhassten „Türken", wie sie die Aserbaidschaner nennen, zu überlassen. ■

Ein russischer Schützenpanzer nimmt an der militärischen Übung Kavkaz-2020 (Kaukasus 2020) auf dem Trainingsgelände Alagyaz teil. Über 1 500 Soldaten und 300 Ausrüstungseinheiten aus Armenien sind an den Übungen Ende September 2020 beteiligt.

Foto: imago images | TASS, Vagram Bagdasaryan

Foto: privat

Harald Stutte
Politik-Redakteur beim RedaktionsNetzwerk Deutschland und Autor mehrerer Bücher im Rowohlt Verlag. Der Politologe und Historiker hat Armenien, Berg-Karabach, Georgien und die Kaukasus-Region Russlands mehrfach bereist.

Zusammenfassung:
Ende September startete Aserbaidschan aktiv militärisch unterstützt von der Türkei, die Rückeroberung der seit fast 30 Jahren von Armenien besetzten Landesteile. In nur 44 Tagen besetzten aserbaidschanische Truppen Teile Berg-Karabachs, ein historisch mehrheitlich von Armeniern besiedeltes Gebiet, das aber völkerrechtlich seit dem Ende der Sowjetunion zu Aserbaidschan gehört. Durch Vermittlung Moskaus wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt, auf Grundlage dessen russische Friedenstruppen künftig die Sicherheit der armenischen Bevölkerung in einem Teil Berg-Karbachs garantieren sollen – in einer weiterhin zu Aserbaidschan gehörigen Region. Armenien ist Verlierer der aktuellen Entwicklung, Russland und die Türkei haben an Einfluss im Südkaukasus gewonnen, der Westen hat sich als Gestalter verabschiedet.

Reichsgründung in Feindesland

Gedanken zur Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles vor 150 Jahren

Foto: picture alliance akg-images

▲ Die „Geburtsstunde" des Deutschen Reichs wie sie Anton von Werner 1877 inszenierte. Bismarck steht in dieser Fassung (noch) nicht im Mittelpunkt

Obwohl Otto von Bismarck mit der Reichsgründung auch das Ziel proklamierte, das Deutsche Reich werde den Frieden wahren, stehen sowohl dessen Gründung als auch dessen Ende unmittelbar mit Kriegen in Zusammenhang. 150 Jahre nach der Kaiserproklamation hat sich auch durch das Erleben zweier Weltkriege die Einstellung der Deutschen zum (eigenen) Militär grundlegend geändert.

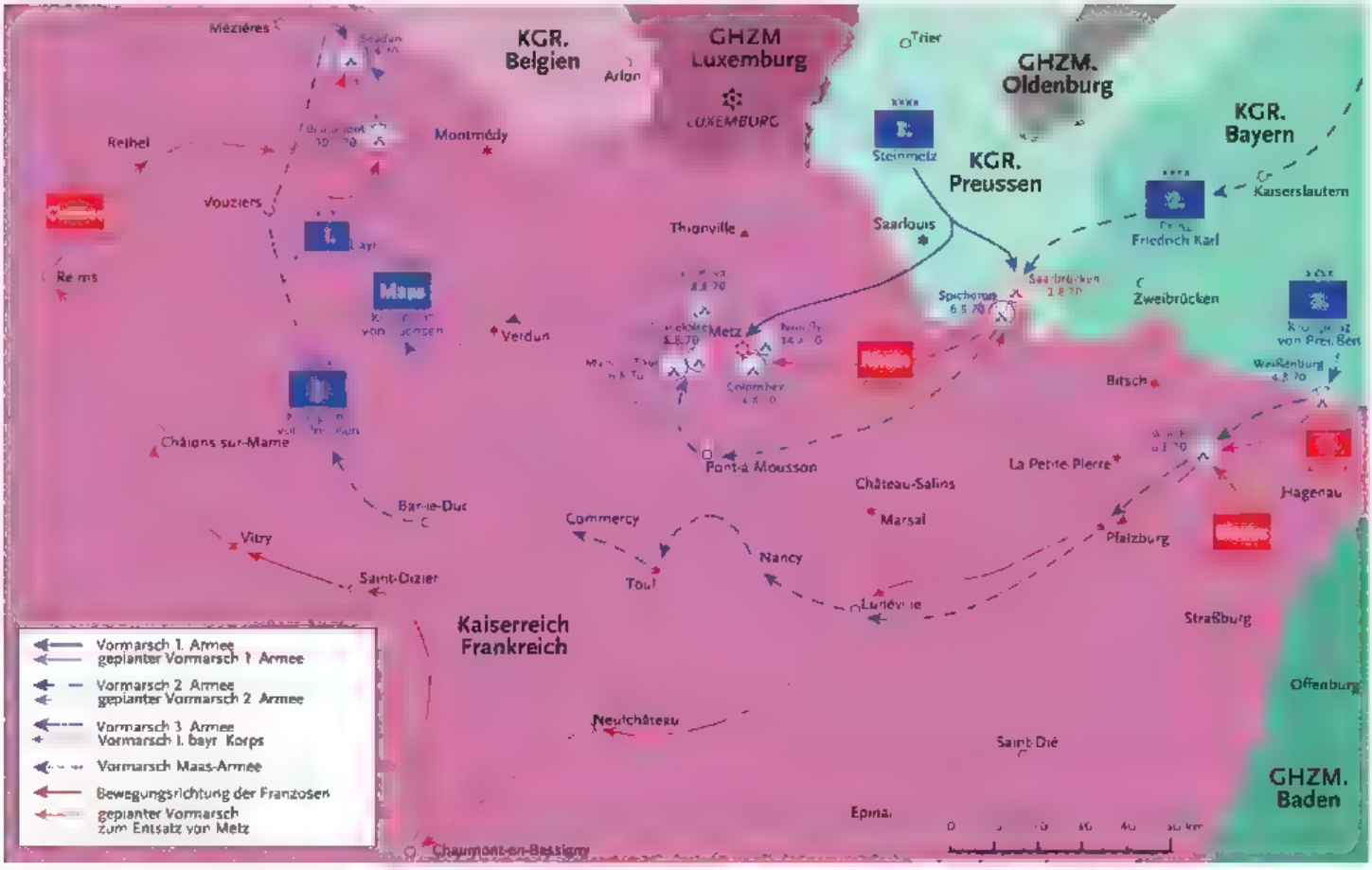
Der Hofmaler Anton von Werner bekam im Januar 1871 inmitten der Wirren des Deutsch-Französischen Krieges einen kryptisch formulierten Auftrag des preußischen Kronprinzen: Der dem Generalkommando der 3. Armee in Karlsruhe zugeteilte Werner habe den Standort im Badischen sofort zu verlassen und stattdessen nach Versailles in das deutsche Hauptquartier zu kommen. Dass Großherzog Friedrich von Baden am 18. Januar den preußischen König Wilhelm I. zum Kaiser ausrufen und damit die von dessen engstem politischem Berater und späterem ersten Reichskanzler Otto von Bismarck verfolgte Politik im Spiegelsaal des vom absolutistischen „Sonnenkönig" Ludwig XIV. erbauten Schlosses nunmehr zeremoniell abschließen würde, erahnte der Herbeigerufene sicherlich nicht. Der bald zum einflussreichsten Künstler des Kaiserreichs aufsteigende Hofmaler skizzierte und überarbeitete in den folgenden Jahrzehnten das Ereignis, zu dem er befohlen worden war, in verschiedenen Fassungen. Als →

Kunstdruck günstig zu erwerben und in zahllosen Büchern veröffentlicht, erreichten diese schnell ein begeisterungsfähiges Millionenpublikum quer durch alle Schichten des Kaiserreichs. Werners Gemälde vermittelte vor allem in den späteren Fassungen das Geschehen in der kollektiven Erinnerung der Deutschen als Reichsgründung „von oben". Die als Heerführer fungierenden Fürsten, die hohen Militärs mit dem siegreichen Generalstabschef Helmuth von Moltke an der Spitze und vor allem der in Generalsuniform auftretende Otto von Bismarck wurden ins Zentrum des militärischen Zeremoniells inmitten eines nicht abgeschlossenen Feldzugs in Feindesland gestellt. Dass „Blut und Eisen" und nicht „Reden und Majoritätsbeschlüsse" die „großen Fragen der Zeit entscheiden", war bereits das während einer öffentlichen Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses ausgesprochene Bekenntnis Bismarcks seit seiner Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten neun Jahre zuvor gewesen. Räumte Bismarck der Lösung der nationalen Frage keine große Priorität ein, hatte er gleichwohl für sich persönlich diese ganz konkrete Lehre aus der gescheiterten bürgerlich-liberalen Revolution von 1848 gezogen, als es dem ersten frei gewählten Parlament in der Frankfurter Paulskirche nicht gelungen war, die nationale Einheit Deutschlands „von unten" zu gestalten. Mit seinem nunmehr offensichtlichen Erfolg hatte Bismarcks Reichsgründung den Blick der Deutschen auf Krieg, Frieden und Militär langfristig neu bestimmt.

Vater aller Dinge? Der Krieg als legitimes Mittel der Politik, um Zielvorstellungen gewaltsam durchzusetzen oder der Krieg als Gesetzmäßigkeit, die lediglich von mehr oder minder langen Friedensperioden unterbrochen wird, waren Vorstellungen, die in Europa über viele Jahrhunderte hinweg als normal gal-

Der Weg nach Sedan, 1870

Die Vorentscheidung im Deutsch-Französischen Krieg fällt mit der Kapitulation Napoleons III. bei Sedan. Der „Sedantag" am 2. September wird zum Gedenktag im Deutschen Reich



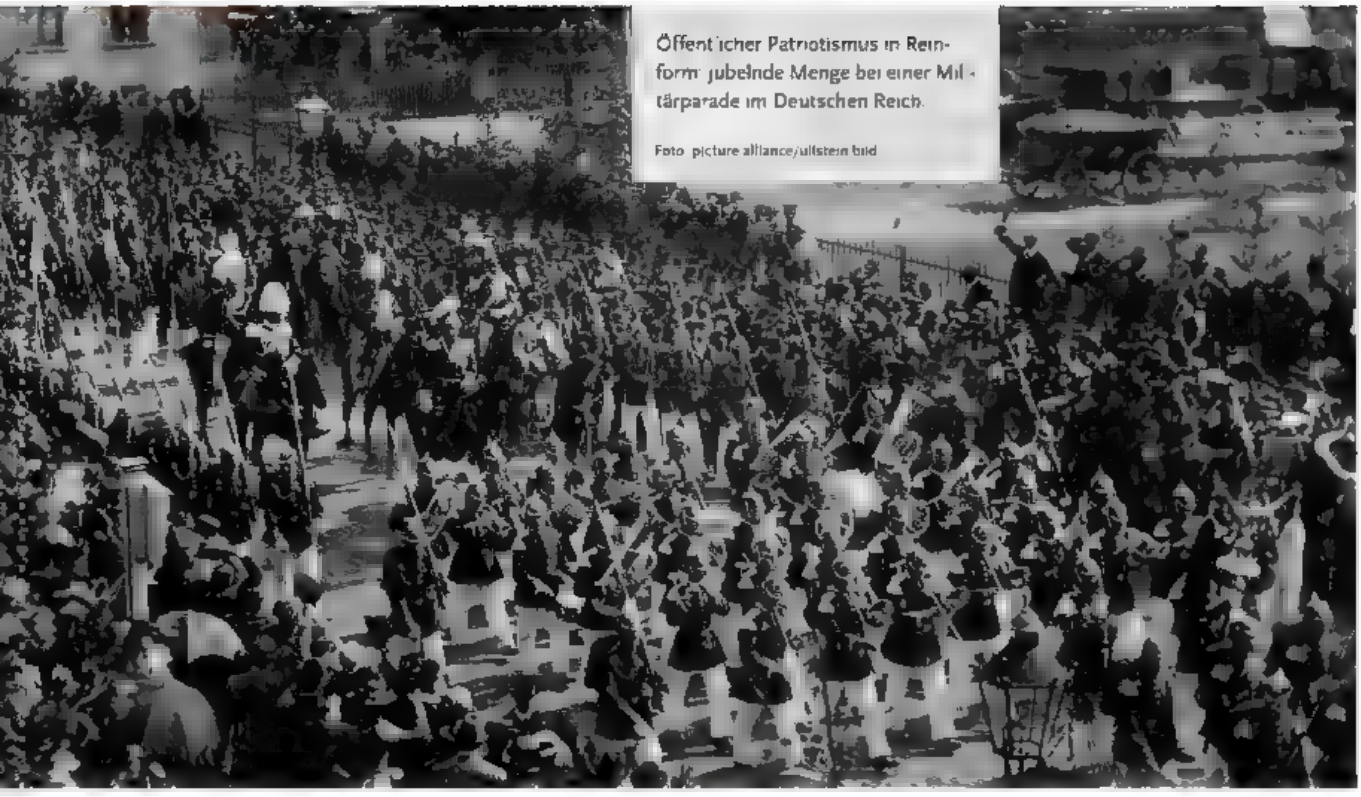
Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel
Quelle: ZMSBw/Grundzüge der deutschen Militärgeschichte Bd 2, S. 167

ten. Das Leid, das der Krieg zwangsläufig über die Betroffenen brachte, wurde als hartes, aber unvermeidliches Schicksal, und nicht selten als Chance der Bewährung angesehen. Hatte der Philosoph Heraklit nicht in seinen Fragmenten bereits im sechsten vorchristlichen Jahrhundert den „Krieg zum Vater aller Dinge" erklärt? Gehörte nicht beispielsweise der preußische General von Clausewitz mit seiner in seinem Hauptwerk, das den bezeichnenden Namen „Vom Kriege" trägt, aufgestellten These, dass „der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" sei, bis heute zu den meist gelesenen Militärtheoretikern? Und trotzdem wandelte sich der Bezug der Bürger zu Militärdienst und Krieg im langen 19. Jahrhundert. Waren Krieg und Friedensschluss in der absolutistischen Epoche zuvor eine meist dynastisch und geradezu privat geprägte Entscheidung des Fürsten gewesen, wurden im Zeitalter des entstehenden Nationalismus' breite Bevölkerungsgruppen als Wehrpflichtige mobilisiert und in das kriegerische Geschehen einbezogen. Die Französische Revolution und die Freiheitskriege gegen die französische Fremdherrschaft hatten im deutschsprachigen Raum zudem erstmals nationale Emotionen und Hoffnungen für die Zeit nach dem Friedensschluss geweckt. Der Bezug auf die militärischen Ereignisse während der Freiheitskriege hatte dennoch für die von demokratischen Ideen bestimmte deutsche Nationalbewegung beim Wartburgfest 1817 oder beim Hambacher Fest von 1832 und noch während der liberalen Revolution von 1848 für die Biographie vieler Akteure eine herausragende Rolle gespielt.

Militärgesellschaft. Die aus preußisch-deutscher Sicht erfolgreichen und mit modernen Massenheeren geführten Reichseinigungskriege hatten letztlich die von vielen demokratischen und liberalen Kräften ersehnte Lösung der Deutschen Frage auf dem Schlachtfeld gebracht. Tatsächlich galten vielen Zeitgenossen der Sieg gegen Dänemark 1864, der noch gemeinsam mit Österreich errungen worden war, der Erfolg gegen das Kaiserreich Österreich und dessen süddeutsche Verbündete 1866, der zugleich den Kampf um die Vorherrschaft im deutschen Sprachraum zu Gunsten Preußens entschieden hatte und vor allem der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, bei dem sich Preußen auf Verbündete aus ganz Deutschland stützen konnte als eine Vorbedingung der Reichsgründung. In der Mitte Europas war ein Machtzentrum entstanden, das auch die bewundernden und nicht selten besorgten Blicke der Nachbarstaaten auf sich zog. Die nach dem deutschen Bruderkrieg von 1866 durchaus in Süddeutschland vorhandenen Vorbehalte gegen den preußischen Militärstaat wichen in kürzester Zeit einem öffentlichen Patriotismus. →

Öffentliche Ehrung. Wilhelm II. inszeniert Bismarcks 80. Geburtstag bewusst militärisch. Fünf Jahre zuvor hatte der Kaiser noch auf den Rücktritt des Kanzlers gedrängt und sich durchgesetzt.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scher



Öffentlicher Patriotismus in Reinform: jubelnde Menge bei einer Militärparade im Deutschen Reich.

Foto: picture alliance/ullstein bild

Geschichtsunterricht in der Schule, Feiern zum Sedans- und Reichsgründungstag, Denkmalseinweihungen, die mitgliederstarken Kriegervereine und eine Bewunderungswelle für den Beruf des Offiziers bestimmten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Haltung zu Fragen von Krieg und Frieden. Die von vielen Bevölkerungsgruppen getragene Begeisterung für Heer und Flotte wurde schnell zum Garanten für Großmachtstellung und Imperialismus des Deutschen Reichs. Die extrakonstitutionelle Stellung des Militärs mit dem Kaiser an der Spitze wurde weitgehend akzeptiert. Militärische Tugenden wie Befehl und Gehorsam oder Disziplinvorstellungen wurden fortan unreflektiert in den industriellen, sozialen oder schulischen Obrigkeitsstaat und dessen Amtstuben übernommen. War es bereits Bismarck kaum noch gelungen, mit einem komplexen Bündnissystem das Machtgleichgewicht und damit den Frieden in Europa bis zu seinem Rücktritt 1890 zu erhalten, agierende Kaiserreich stand spätestens seit 1904 weitgehend isoliert da. Die Friedenspräsenzstärke der Truppe hatte sich bis 1914 auf 761.500 Mann des Heeres und 75.000 Mann der Marine erhöht, während der Generalstab das durch die Großmachtpolitik der politischen Führung entstandene Dilemma eines drohenden Mehrfrontenkriegs durch eine rein militärische Antwort lösen wollte: Der Schlieffen-Plan sah durch Konzentration der Kräfte im Westen und das entschlossene Eindrehen der auf Paris marschierenden Verbände auf Südosten und das Schlagen einer Vernichtungsschlacht die einzige Siegeschance. Dass der zur Durchführung der Operation notwendige Bruch der belgischen Neutralität politische Implikationen wie einen möglichen Kriegseintritt des Vereinigten Königreichs bedeuten würde, wurde in Kauf genommen.

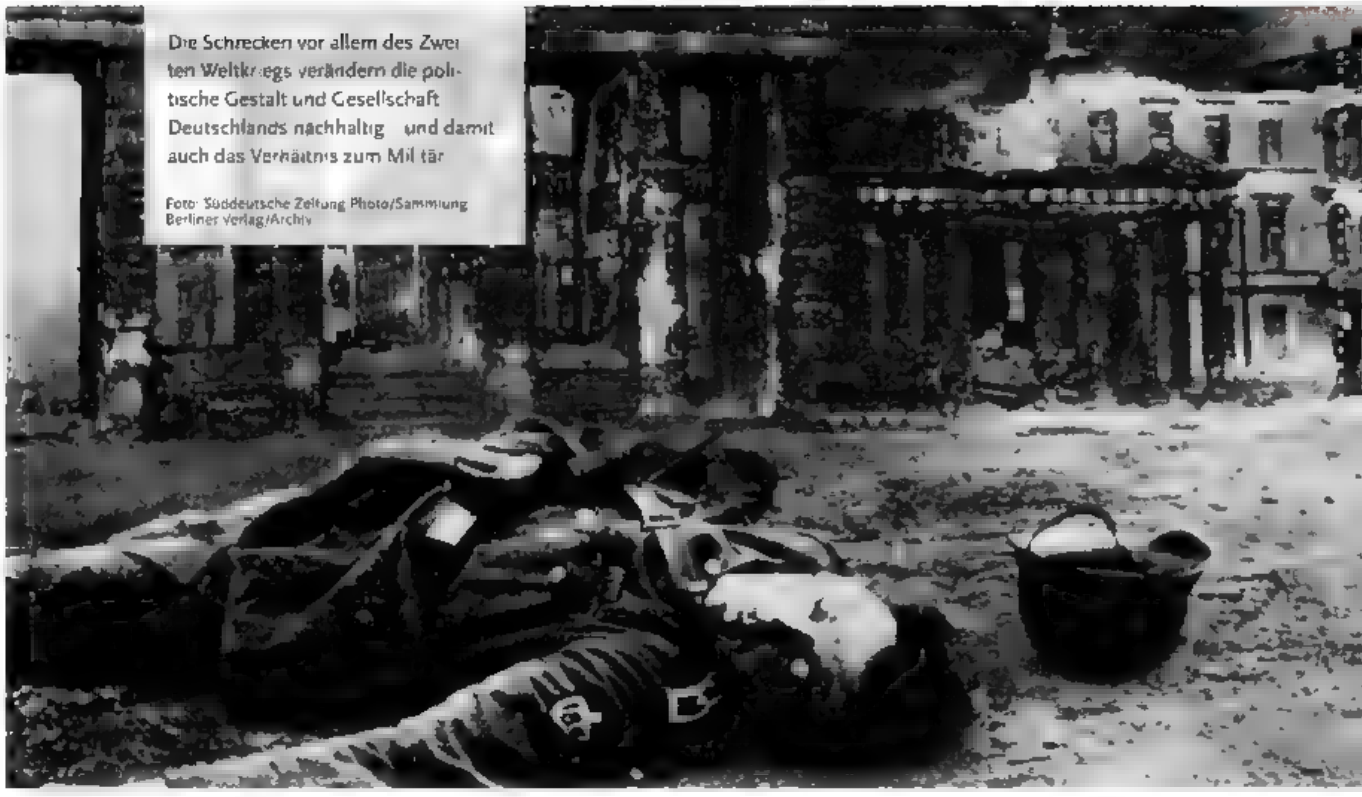
Lesetipps:

Lothar Gall: Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1980

Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866 – 1918. 3 Bde. München 1993

Jörg Treffke: Gustav Heinemann, Paderborn 2009

Zäsur. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg entzauberte jedoch das Vertrauen der Deutschen in ihr Militär und den Obrigkeitsstaat. Dass ausgerechnet der Spiegelsaal von Versailles im Sommer 1919 zum Schauplatz der Unterzeichnung des Friedensvertrags geworden war, konnten die Zeitgenossen sehr gut deuten. In der jungen Weima-



Die Schrecken vor allem des Zweiten Weltkriegs verändern die politische Gestalt und Gesellschaft Deutschlands nachhaltig – und damit auch das Verhältnis zum Militär.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

rer Republik sollte trotz der die Reichswehr personell und materiell auf Polizeiniveau einschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrags vor allem die Rezeption des Kriegserlebnisses politische Wirkung entfalten. Pazifismus – Erich-Maria Remarques Werk „Im Westen nichts Neues" oder die Vorstellungen vom Krieg als Bewährung und Schauplatz individueller und kollektiver Tapferkeit wie in Ernst Jüngers Buch „In Stahlgewittern", seien hier stellvertretend angeführt. Am Ende des von den Nationalsozialisten begonnenen Zweiten Weltkriegs stand die Erkenntnis, dass deutsche Soldaten im Zuge einer verbrecherischen und menschenverachtenden Rassenideologie ganz Europa mit Krieg und Leid überzogen hatten. Zudem hatte sich die Wehrmacht als Ganzes – sicherlich nicht jeder einzelne Soldat – zum Handlanger der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Völkermordpolitik gemacht, die erst mit der bedingungslosen Kapitulation 1945 endete. Bestimmungen der Alliierten zur Entmilitarisierung und zur Bekämpfung des als typisch deutsch geltenden Militarismus wurden von den Deutschen nicht nur akzeptiert, sondern als Lehre aus der Geschichte verinnerlicht. Kompromissfähigkeit als Tugend und der Wille zum gesellschaftlichen Konsens wurden zum Signum des politischen Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg. Dementsprechend problematisch gestaltete sich die im Zuge des Kalten Krieges aufkeimende Debatte um eine mögliche Aufstellung neuer Streitkräfte, auch weil ein solcher Schritt vielen im Widerspruch mit den Zielen des Grundgesetzes zu stehen schien, in dessen Präambel schon der Dienst am Frieden als Staatsziel verankert war und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und einräumte.

Bewährung im Frieden. Das über Jahrzehnte hinweg gültige Paradoxon der Friedenssicherung durch militärische Abschreckung im Nuklearzeitalter und die von der Bundesrepublik gepflegte militärische „Kultur der Zurückhaltung" stellt die bis 1989 ausschließlich auf die Landesverteidigung begrenzte Sicherheitspolitik seitdem immer wieder vor Vermittlungsprobleme. Dies zeigt sich, wenn von der „Übernahme von Verantwortung" im Rahmen „multilateraler regelbasierter internationaler Ordnungssysteme" durch die „drittgrößte Exportnation der Welt" die Rede ist. In letzter Konsequenz geht es dann trotz aller ganzheitlichen Ansätze der Sicherheitspolitik immer auch um die Bereitschaft zur militärischen Intervention. Obwohl die Truppe nunmehr seit Jahrzehnten in Auslandseinsätzen und Gefechten involviert ist, stehen Politik, Medien und →

Ein deutscher Soldat 2019 auf Patrouille in der Operation MINUSMA. Staatsbürger, in Uniform, im Einsatz, für den Frieden.

Foto: Bundeswehr/Elisabeth Rabe

Öffentlichkeit Kampfeinsätzen eher distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüber. Die Aufstellung multinationaler Verbände unterstreicht seit Ende des Kalten Krieges ein auf gemeinsamen Werten beruhendes internationales Sicherheits- und Verteidigungsverständnis, das schnelles Krisenmanagement durch eingespielte Stäbe in multinationaler Besetzung jenseits nationaler Alleingänge ermöglicht. Die Integration des I. Deutsch-Niederländischen Korps, des EuroKorps oder der Deutsch-Amerikanischen Korps sind Beispiele, die die bislang gültigen engen Grenzen des Nationalstaats überschreiten und die Sicht auf das Militär neu definieren. Wie grundlegend sich die Haltung der Deutschen zu ihrem Militär bereits ein Jahrhundert nach der Reichsgründung verändert hatte, belegt die Biographie des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der sich vom kriegsfreiwilligen Abiturienten des Kaiserreichs zum Gegner der Wiederbewaffnung und zum Pazifisten gewandelt hatte. In seiner Antrittsrede als Staatsoberhaupt ging dieser im Juli 1969 im außenpolitischen Teil auch auf das Militär ein und prägte ein neues Bild. „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem sich der Mann zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben." Die Führungsphilosophie der Bundeswehr fordert als wichtiges Gestaltungsfeld der Inneren Führung von allen Soldatinnen und Soldaten profunde Kenntnisse zu den Themenbereichen Menschenwürde, Demokratie und Frieden als ethische Fundamente des Grundgesetzes und soldatischen Handelns ein. Das Wissen um die wechselvolle Militärgeschichte und die aktive Auseinandersetzung mit der Rolle des Militärs in Deutschland verhindern gleichsam automatisch Militarismus oder den Wunsch nach einer Sonderrolle des Militärs außerhalb der Gesamtgesellschaft und bestärken die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr durch ihre Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürger in Uniform. ■

Foto: privat

Dr. Frank Heinz Bauer

Oberstleutnant der Reserve, (ehemalige) Heeresflugabwehrtruppe der Bundeswehr, hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Mittlere Neuere und Alte Geschichte sowie Politikwissenschaften studiert und promoviert. Er arbeitet als Studienrat am Hellenstein-Gymnasium Heidenheim an der Brenz (Baden Württemberg) und unterrichtet dort die Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte.

Zusammenfassung:
Anlässlich des 150. Jahrestags der Reichsgründung von 1871 im Spiegelsaal von Versailles unternimmt der Autor den essayistischen Versuch, den seitdem eingetretenen Wandel in der Beurteilung der historischen Kategorien Frieden und Krieg am Beispiel Deutschlands darzustellen. Dabei spannt er den Bogen von Bismarcks „Eisen und Blut" Rede aus dem Jahr 1862 bis zum Friedensgebot des Grundgesetzes und der Antrittsrede des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann aus dem Jahr 1969, in dem der Friede als „Ernstfall und Bewährung für alle" bezeichnet wird.

Militärkonservatismus – auf der schiefen Ebene?

Annäherung an ein umstrittenes Einstellungsmuster

Foto: pa, ullstein bild, Archiv

▲ Der sächsische Generalstab bei einem der alljährlich stattfindenden Kaisermanöver Anfang des 20. Jahrhunderts, bei denen zwei Armeekorps gegeneinander antraten

Ob man nun die Ereignisse beim Kommando Spezialkräfte (KSK), die Zunahme von extremistischen Verdachts- und Vorfällen in der Truppe oder die unterstellte Nähe von Soldaten zu einer zumindest in Teilen als rechtsextrem geltenden Bundestagspartei nimmt: einstweilen ist unklar, ob der Argwohn gegenüber der Bundeswehr immer noch größer ist als die empirischen Kenntnisse über die tatsächlich vorhandenen Haltungen und Einstellungen

Vor etlichen Jahren zeichneten Sozialwissenschaftler ein verblüffendes Bild von der Truppe. Beim Vergleich der Studierenden an den Bundeswehr-Universitäten mit denen der zivilen Hochschulen fanden sie unter den Bundeswehrangehörigen eine geringere Präsenz rechter oder rechtsextremer Einstellungen als unter den übrigen Studierenden. Zugleich konstatierten sie einen überproportional hohen Anteil konservativer Einstellungsmuster unter den Uniformträgerinnen und -trägern. Damit waren Fragen aufgeworfen, die bis in die heutige Debatte hineinreichen. Wirken konservative Einstellungen als Hemmnis gegenüber extremistischen Anwandlungen – oder bereiten sie einen schleichenden Übergang nach Rechtsaußen vor, dessen Auswirkungen die Bundeswehr wohlmöglich erst heute einholen? Welche Rolle spielt die Verbindung von Militär und Konservatismus?

Vieles mag in der Militärsoziologie umstritten sein, Einigkeit herrscht indessen über eine Wahlverwandtschaft zwischen Militär und Konservatismus, in ▸

Konservatismus ist eine politische Weltanschauung, die die Stärken der Tradition hervorhebt, die herrschende politische Ordnung bewahrt bzw. stärkt und die vorgegebene Verteilung von Macht und Reichtum vor Kritik schützt. Die drei wichtigsten Prinzipien des K. sind daher Identität, Sicherheit und Kontinuität. Der politische K. ist antimodernen Ursprungs, er entstand als Gegenbewegung zu den Ideen der Aufklärung und den Prinzipien von Vernunft und Kritik. Gegen diese setzt der K. auf die Festigung und den Vorrang des Glaubens und eine damit verbundene (göttliche oder weltliche) Ordnung, die (im Gegensatz zur Forderung nach Gleichheit in der Französischen Revolution das hierarchische Element betont (E. Burke). Aus konservativer Sicht bilden Gesellschaften ein organisches Ganzes, in dem die Individuen und die sozialen Gruppen ihre unterschiedlichen Aufgaben zum Nutzen aller zu erfüllen haben und die Gesellschaft als Ganzes durch Gewohnheiten und Gebräuche zusammengehalten wird. (Bundeszentrale für Politische Bildung)

der sich Werthaltungen und Professionalitätsauffassungen verbinden. Was diesen Militärkonservatismus ausmacht, welche Rolle er im Wechselverhältnis von Militär, Politik und Gesellschaft spielt und welche Unwägbarkeiten mit diesem Einstellungsmuster einhergehen, das ist immer wieder umstritten und obendrein stark von nationalen Traditionen und Perspektiven geprägt.

Für den amerikanischen Sozialwissenschaftler Samuel Huntington (The Soldier and the State, 1957) bestand ein Entsprechungsverhältnis zwischen Konservatismus und Berufsethos. Beides zusammen garantiere erst die Stabilität der zivil-militärischen Beziehungen. Voraussetzung war für ihn, dass Militär, Politik und Gesellschaft gegenseitig auf Distanz blieben. Diese Annahme stellte Morris Janowitz (The Professional Soldier, 1964) in Frage – und war sofort mit dem Problem konfrontiert, wie das Militär auf einen gesellschaftlichen Wandel reagiert, der seine eingewurzelten konservativen Werthaltungen herausfordert. Spannungen können dann nicht ausbleiben, aber Janowitz ging davon aus, dass diese durch die „trained capacity" der Unterordnung persönlicher Überzeugungen ausgeglichen werden. So unterschiedlich die Perspektiven beider Autoren waren, sie stimmen darin überein, dass sich der dominante konservative Habitus im Militär nicht mit dem üblichen (partei-) politischen Sprachgebrauch beschreiben lässt, sondern ein „berufstypisches Merkmal" eigener Art darstellt. Worin besteht die konservative Substanz dieses Einstellungsmusters? Huntington verweist auf das skeptische Menschenbild, die Akzeptanz der bestehenden Institutionen, das grundsätzliche Misstrauen gegen große Entwürfe und die Überzeugung, Macht und Gewalt seien letztlich nicht aus den sozialen Beziehungen zu verbannen. Janowitz beobachtet eine Mischung aus „Realismus und Naivität", die einerseits Loyalität zum demokratischen Staat stifte, andererseits aber nur ein begrenztes Verständnis für politische Konkurrenz, Konsenspolitik und die Unübersichtlichkeiten der „Massendemokratie" aufzubringen vermöge. Er schärft den Blick für den schmalen Grat, der solche Einstellungen von dezidiert politischen Überzeugungen trennt und von Ideologien unterscheidet.

Diese Gratwanderung stand in der Bundeswehr unter besonderen historischen Ausgangsbedingungen. Das konservative Erbe war durch die frühe Förderung des Nationalsozialismus durch die Reichswehr ab 1933 und die späte Bewährung des militärischen Widerstands in der Endphase des Zweiten Weltkriegs in einen Zwiespalt geraten. Mit der Aufstellung der Bundeswehr erfolgte der traditionelle Brückenschlag zwischen Militär und Konservatismus in Deutschland erstmalig unter den Vorzeichen einer stabilen parlamentarischen Demokratie. Eine Neubesinnung war unumgänglich, aber sie brauchte ihre Zeit. Die Auseinandersetzungen um die innere Ordnung der Bundeswehr in ihrer Gründungsphase, insbesondere um die Innere Führung, spiegelten das konservative Dilemma. Wie konnten „freie Menschen" zu effizienten „Kämpfern" ausgebildet werden? Wie ließen sich Staatsbürgerlichkeit und Professionalität vereinbaren? Wieviel Tradition (und welche?) vertrug sich mit Herkunft (Reichswehr, Wehrmacht) und Zukunft (Friedenssicherung)? Wie plausibel war die fortschrittsoptimistische Annahme der Reformer, es werde sich eine „Kongruenz" zwischen Industriegesellschaft, Demokratie und Militär entwickeln?

Vorbehalte gab es viele. Neu war hingegen, dass sie sich – anders als in der Weimarer Republik – im Großen und Ganzen im Rahmen der Verfassungsordnung abspielten. Selbst in den Kontroversen zwischen „Traditionalisten" und „Reformern" fanden sich militärkonservative Haltungen auf beiden Seiten (Baudissin – Karst). Ohnehin begann sich in der Gesellschaft, abseits von den parteipolitischen Selbstbeschreibungen, das konservative Selbstverständnis umzuformen und zu normalisieren. Wenn ein Sozialdemokrat ➔

US-Präsident Barack Obama mit amerikanischem Militärpersonal 2014 in Südkorea. Der konservative Habitus des US-Militärs lässt sich nicht mit (partei-)politischen Kategorien beschreiben, sondern ist ein "berufstypisches Merkmal" eigener Art.

Foto: picture-alliance/AP Photo/Lee Jin-man

Hitler zeigt Mussolini die Baracke, die beim Attentat am 20. Juli 1944 zerstört wurde. Auch der militärische Widerstand konnte den deutschen Militärkonservatismus nicht "retten"

Foto: picture alliance/akg-images

Erhard Eppler Mitte der 70er Jahre oder jetzt der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann einen „wertkonservativen" Umgang mit den ökologischen Herausforderungen reklamierten, Philosophen wie Hermann Lübbe oder Odo Marquard die Verteidigung der Liberalität in Staat und Gesellschaft als Inbegriff eines zeitgemäßen Konservatismus beschrieben, dann ist auch militärkonservatives Denken wieder ‚salonfähig'. Aber, welche Einstellungen lassen sich unter diesen Vorzeichen feststellen?

Einen Aufschluss darüber gewähren die eingangs erwähnten Studien von 1999 und 2010. Gewiss, sie sind von begrenzter Reichweite (befragt wurden ausschließlich Offizier Studierende der Bundeswehruni versitäten) und bieten naturgemäß nur zeitabhängige Momentaufnahmen. Aber sie erlauben Einblicke in einen Denkstil und die ihm innewohnenden Ambivalenzen. Für die heutige Problemlage sind vier Aussagen der Studien erwähnenswert. Zum einen war das politische Interesse an den Bundeswehr-Universitäten 2010 deutlich stärker ausgeprägt als unter den übrigen (zivilen) Studierenden. Zum anderen überwogen konservative Einstellungen deutlich mit 60 bis 70 Prozent, so dass man von einem „nach rechts verschobenen" Weltbild sprechen kann. Dabei handelte es sich – drittens – um Auffassungen, die sich im Konsensbereich der verfassungstragenden „Mitte" verorten ließen und sich mehrheitlich deutlich – etwa parteipolitisch

Lesetipps:

Anwed Bonnemann/Ulrike Hofmann-Broll: Student sche Or entierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt Evaluat on an den Un versitäten der Bundeswehr, Baden Baden 1999

Thomas Bulmahn/Rüdiger Fiebig/Victoria Wieniger u.a: Ergebnisse der Studentenbefragung an den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München 2007 Potsdam 2010

Klaus Naumann: Nicht ganz dicht am rechten Rand? Rechtsextrem smus und Rechtspopulismus als Probleme der Bundeswehr, in: Aus Polit k und Zeitgesch chte, 16-17/2020, S. 25-30

Winfried Kretschmann: Pfüat di Gott. Auerhahn?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. März 2020

Martina Steber: Konservativ – ein stacheliges Wort, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Oktober 2020

– nach rechts außen abgrenzten. Mit 13 Prozent war die Quote rechts-nationalistischer Sympathien der Studie von 2010 zufolge nur halb so hoch wie an den zivilen Hochschulen. Und schließlich war bemerkenswert, dass die Befragten einen engen Zusammenhang zwischen ihrer konservativen Wert- und Normenauffassung, dem von ihnen erwählten „besonderen Beruf" des Offiziers und der soldatischen Lebenswelt erkennen ließen.

Auf dieser Grundlage konnte man erst einmal feststellen, dass das dominante Einstellungsmuster einen deutlichen Abstand zu extremistischen Haltungen aufwies. Offiziere mochten konservativ sein, zugleich waren sie politisch engagiert, interessiert und loyal, und sie waren nach Rechtsaußen weniger offen als andere. In Stichworten ließ sich dieser Militärkonservatismus beschreiben als Votum für eine stabile öffentliche Ordnung, den Verzicht auf Gewalt im Verfassungsstaat, eine moderate Reformpolitik, ein konstruktives Rollenverständnis der parlamentarischen Opposition, eine ausgeglichene Sozialpolitik, ein strengeres Strafrecht, eine angemessene Förderung der Familie und die Stärkung der Bindungen an NATO, UN und EU. Allerdings meldeten die Sozialforschenden schon damals einen Vorbehalt an, der sich auf die enge Verklammerung von beruflichem Selbstbild und politischem Weltbild bezog. Was geschieht, wenn sich für die Soldatinnen und Soldaten eine kognitive Dissonanz auftut zwischen der hier beschriebenen Grundhaltung, dem Regierungskurs und/oder den gesellschaftspolitischen Entwicklungen? Beobachten ließen sich solche Widersprüche, wenn man die studierenden Offiziere nach expliziten politischen Zielvorstellungen fragt, um diese dann mit der Vorstellungswelt des rechten Randes abzugleichen.

Der Kunstgriff der Studie von 2010 bestand darin, ein Aussagecluster von Politikzielen zusammen zu stellen, die als Ausdruck des Denkens einer modernisierten (sog. Neuen) Rechten verstanden werden können. In der politischen Vorstellungswelt dieses „legalistischen Extremismus", der sich offener Gewaltaufrufe enthält, treffen Antiliberalismus, Ethnopluralismus, ein forciertes Elite-Denken, Kritik am parlamentarischen System und die Ablehnung der angeblich vorherrschenden „Political Correctness" zusammen. Vor diesem Hintergrund wurden den Studierenden einschlägige Aussagen als Ziele der Politik vorgelegt: „Dafür sorgen, dass sich in Politik und Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzt", „Dafür sorgen, dass Deutschland wieder von starken Eliten geführt wird", „Deutsche Interessen hart und energisch durchsetzen", „Die nationale Identität Deutschlands stärken", „Die Zuwanderung stoppen", „Den Einfluss des Parlaments einschränken." Im Ergebnis lehnte die übergroße Mehrheit diese Politikziele ab, doch stimmten 13 Prozent der Befragten mehr als der Hälfte der genannten Positionen zu. Ohne diese Gruppe kurzerhand als „rechtsextrem" zu bezeichnen, deutlich war geworden, dass hier Brückenthemen und Meinungskorridore zum Denken im äußersten rechten Spektrum bestanden.

Die Sichtung des militärkonservativen Mehrheitsmilieus ergibt ein widersprüchliches Bild. Die militärische Affinität zu konservativen Weltbildern führt keines wegs automatisch zu einer Spitzenposition am rechten Rand. Im Gegenteil, es gibt deutliche Anzeichen, dass der Zusammenklang von Berufs-, Selbst- und Weltbild eine Widerständigkeit gegenüber aktivistischen Ver suchungen erzeugt – aber immun sind die Soldaten nicht. Die Verunsicherung über die Perspektiven ihres Berufs mit seiner Aufgabenvermehrung und über die Herausforderungen der Politik in einer pluralistischen und „postheroischen" Gesellschaft, die sich bereits beim Offiziernachwuchs der späten 90er Jahre (Studie 1999) ankündigte, ist vermutlich nicht geringer geworden. Dazu muss man sich nur vor Augen führen, dass die hier vorgestellten Einstellungsmuster noch vor den Zäsuren der deutschen Außen- und Innenpolitik durch die Finanzkrise von 2008, den Ukrainekrieg ab 2014, die Aussetzung der Wehrpflicht 2011, die Flüchtlingswelle von 2014/15 oder die Trump-Politik (ab 2016) erhoben wurden.

Haltungen sind noch kein Verhalten, aber die jüngsten Entwicklungen am rechten Rand, im KSK, bei Preppern oder in Netzwerken deuten darauf hin, dass die Hürden zu einer aktivistischen Selbstermächtigung nicht nur in Einzelfällen niedriger geworden sind. Um sich dem zu erwehren, sind disziplinarische →

9. Jahrgang

Preis 20 Pfg.

Nummer 1

SIMPLICISSIMUS

Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg.
Billige Ausgabe

Illustrierte Wochenschrift

Kaiserl. Post-Zeitungsliste No. 534
Billige Ausgabe

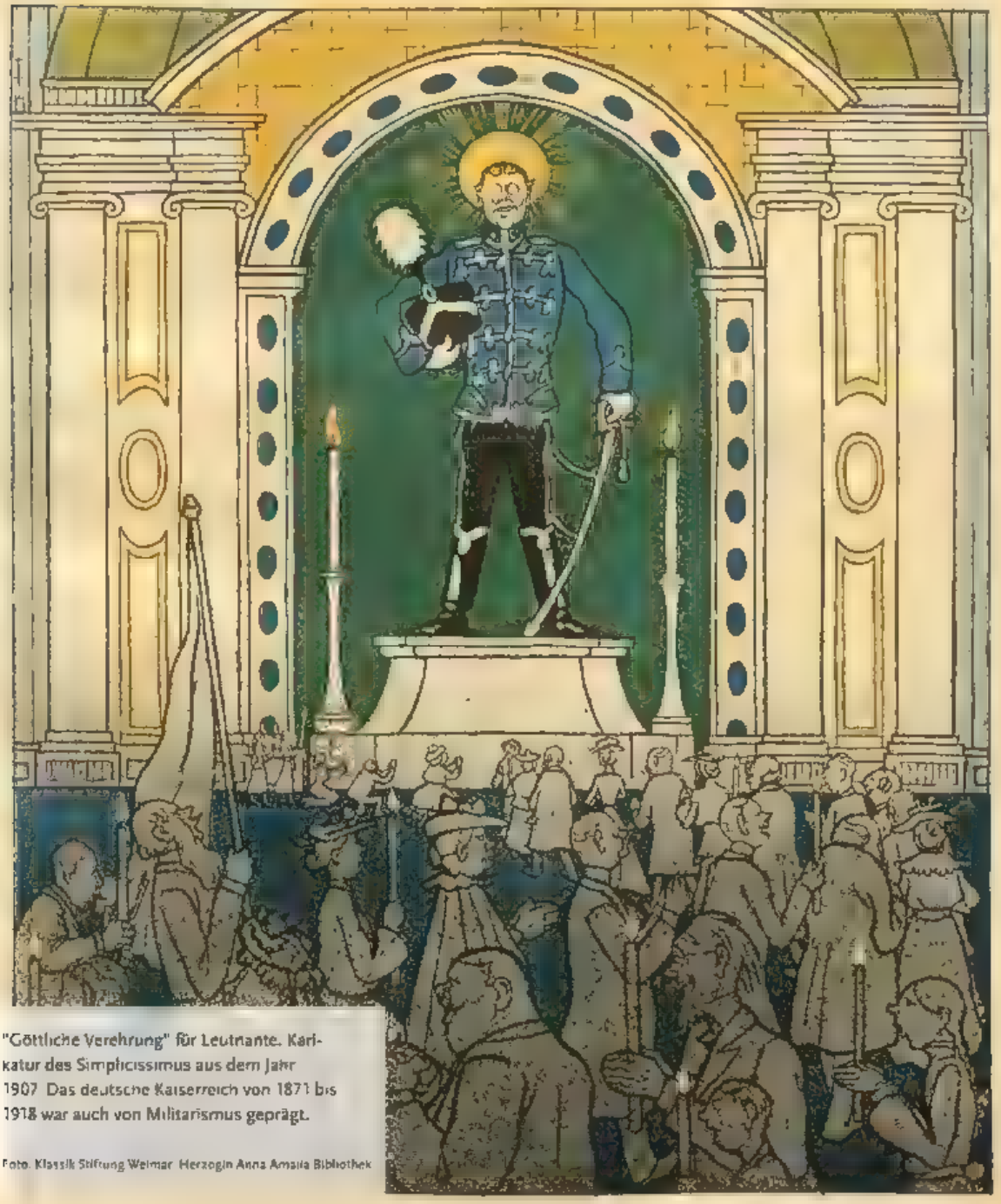
Nachdruck verboten

Durchs dunkelste Deutschland

von

Sankt Leutenant

(Zeichnung von Th. Th. Heine)



"Göttliche Verehrung" für Leutnante. Karikatur des Simplicissimus aus dem Jahr 1907. Das deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918 war auch von Militarismus geprägt.

Foto: Klassik Stiftung Weimar, Herzogin Anna Amalia Bibliothek

Außer dem höchsten Wesen finden sich in diesem Lande auch Heilige, die göttliche Verehrung genießen

Armee in der Demokratie: Feierliches Gelöbnis auf dem Paradeplatz des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin, 2018.

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

und rechtliche Sanktionen das letzte Mittel; sie allein reichen nicht aus. Im Grunde geht es um den Geist der Truppe – und dafür gibt es weder Patentrezepte noch Schutzimpfungen. Mit der konservativen Grundhaltung in den Streitkräften zu rechnen bedeutet, Fragen der Berufsethik und des Berufsstolzes ernst zu nehmen. Anerkennung und Wertschätzung sind nicht allein ein Problem der Zivilgesellschaft, sie sind auch in der Bundeswehr geboten – bis hinein in den Truppenalltag oder die Arbeitszeitregelungen. Das hohe politische Interesse für das Gemeinwohl, das mit den Studien belegt wurde, verlangt und ermöglicht eine offene Kommunikation in und mit der Truppe. Führungsschwierigkeiten und -schwächen, die ausführlich besprochen wurden, fordern dazu auf, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die „zu erhalten sich lohnt". Wenn das ernst genommen wird, wird man sehen, dass ein verfassungspatriotischer Militärkonservatismus kein Anachronismus ist. ■

Dr. Klaus Naumann
Militärhistoriker, Mitglied des 15. Beirats für Fragen der Inneren Führung des Bundesverteidigungsministeriums
Er gibt in diesem Beitrag seine persönliche Auffassung wieder.

Zusammenfassung:
Befragungen aus den Jahren 1999 und 2010 von studierenden Offizieren haben ergeben, dass es einen deutlichen Abstand zwischen den dominierenden (konservativen) Denkmustern und extrem rechten Haltungen gab. Was passiert jedoch, wenn es Dissonanzen zwischen diesem (Militär-)Konservatismus und der Regierungspolitik oder gesellschaftlichen Veränderungen gibt? Zwar gab es bei einer Minderheit der Befragten in den Zielvorstellungen Brückenthemen und Meinungskorridore zum (neu-)rechten Rand. Andererseits ist zu konstatieren, dass der Zusammenklang von Berufs-, Selbst- und Weltbild eine Resilienz gegen aktivistische Versuchungen erzeugt. Trotzdem: Soldatinnen und Soldaten sind nicht immun. Mit der konservativen Grundhaltung in den Streitkräften zu rechnen bedeutet, Fragen der Berufsethik und des Berufsstolzes ernst zu nehmen.

Foto: Bundeswehr/Jonas Weber

Barrierefreie Bundeswehr?

Die Inklusion von Schwerbehinderten und Gleichgestellten. Ein aktuelles Lagebild.

Ein Soldat im Rollstuhl (hier 2019 im Zentrum für Sportmedizin der Bundeswehr): auch innerhalb der Bundeswehr ein ungewohntes und seltenes Bild.

Foto: Bundeswehr/Andreas Schindler

Für das Thema Inklusion in der Schule zeigen sich viele Bildungsverantwortliche bereits sensibilisiert. Inklusion darf jedoch nicht auf die Institution Schule beschränkt bleiben, auch beim Übergang in die Berufsausbildung sowie im späteren Arbeitsleben ist sie von entscheidender Bedeutung für die Chancengerechtigkeit

Der frühere Ansatz in der Deutung von Behinderung als individuellem Defizit wurde durch ein den Menschenrechten entsprechendes Modell ersetzt. Die Teilhabe behinderter Menschen wird zu einer Frage des Rechts auf Zugang und orientiert sich nicht mehr an körperlichen oder geistigen Einschränkungen. Behinderung wird vielmehr als soziale Konstruktion aufgefasst, die durch eine hinderliche Umgebung zutage tritt. Inklusion ist der zentrale Gedanke der UN Behindertenrechtskonvention (UN BRK). Menschen mit Behinderung und deren Belange sollen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen gleichwertig einbezogen werden. Vielfalt wird respektiert und Unterschiedlichkeit zur Normalität. Barrieren sind abzubauen, um eine gleichberechtigte soziale Teilhabe zu gewährleisten.

UN-Behindertenrechtskonvention und Aktionsplan. Seit dem 26. März 2009 gilt die UN-BRK in Deutschland. Diese enthält die Verpflichtung, den Schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Behinderten die Möglichkeit zu geben, am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu partizipieren. Darüber hinaus steht die Verbesserung ihrer Chancengleichheit in der Bildung und der beruflichen Integration im Fokus. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ist sich als personalstärkstes Ressort der Bundesregierung seiner potentiellen Vorbildwirkung auch für die Gesell

Dank technischer Hilfsmittel können Behinderte in immer mehr Bereichen gleichberechtigt mitwirken. In einem Tesla wird beispielsweise bald das Fahren ohne mechanisches Lenken möglich.

Foto: picture alliance/dpa, ANP

schaft bewusst. Im Oktober 2014 entwickelte das BMVg zusammen mit der Hauptschwerbehindertenvertretung (HSBV) einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK im eigenen Geschäftsbereich. Dieser wurde im November 2014 bekanntgegeben. Dann verpflichtet sich das BMVg auf das Ziel der vollen Inklusion.

Internettipp:

Wie barrierefrei ist die Bundeswehr 2021? Wie erleben Menschen mit Behinderung ihre Teilhabe im beruflichen Alltag? Was empfinden Schwerbehinderte und Gleichgestellte, wenn sie in Situationen geraten, wie Phil Hubbe sie in seinen Cartoons zeichnet? Auf www.innerefuehrung.de kommentieren Menschen mit Behinderung alltägliche Situationen und diskutieren mögliche Lösungen im Sinne der Betreuung und Fürsorge. Außerdem spricht Karin Gehlen-Düring, Referentin der Abteilung P III 1 des BMVg im Online-Interview über die aktuelle Situation. #BewusstseinStärken

Überwiegend ein ziviles Thema. Nach den Regelungen des Fürsorgeerlasses ist bei Dienstpostenausschreibungen im zivilen Bereich der Bundeswehr darauf hinzuweisen, dass bei schwerbehinderten Menschen nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt wird, und dass schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bei gleicher sonstiger Eignung bevorzugt zu berücksichtigen sind. Die Einstellung von Soldatinnen und Soldaten weicht von den im Bereich des Zivilpersonals praktizierten Verfahren erheblich ab. Als Soldatin oder Soldat können, aufgrund der besonderen Anforderungen des soldatischen Dienstes, grundsätzlich nur gesundheitlich geeignete Bewerberinnen und Bewerber eingestellt werden. In der Regel schließt eine schon bestehende geringe Behinderung eine Einstellung als Soldatin oder Soldat aus. Im Geschäftsbereich des BMVg dienen 8.814 Schwerbehinderte und diesen gleichgestellte Behinderte (Stand: 31. Juli 2018). Der Großteil davon ist im zivilen Bereich der Bundeswehr tätig (90 Prozent), nur wenige gehören zum militärischen Personal (10 Prozent). Das Thema Inklusion ist folglich bislang in der Bundeswehr hauptsächlich ein ziviles Thema.

Arten von Behinderungen. Die befragten Soldatinnen und Soldaten nannten in der Studie am häufigsten unterschiedliche Formen von Krebs- und Tumorerkrankungen als Gründe für ihre Schwerbehinderung oder Gleichstellung. Sie beschrieben außerdem Verletzungen oder Traumatisierungen, die während oder im Anschluss an einen Auslandseinsatz auftraten. Am zweithäufigsten führten die Teilnehmenden folglich die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und damit einhergehende psychische Erkrankungen, wie Depressionen und Angststörungen auf. Als →

körperliche Beeinträchtigungen wurden am häufigsten unterschiedliche Formen von Gehbehinderungen und Bandscheibenvorfälle genannt, außerdem unterschiedliche Formen der Stoffwechselerkrankung wie Diabetes und Multiple Sklerose. Weitere Gründe für die vorliegende Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung sind Hörbehinderungen, Arthrose und Wirbelsäulenverletzungen. Die befragten schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benannten am häufigsten unterschiedliche Formen der Stoffwechselerkrankung Diabetes sowie Krebserkrankungen und Bandscheibenvorfälle. Häufig wurden zudem körperliche Leiden wie Rheuma, Arthrose und Knieverletzungen sowie Depressionen, chronische Erkrankungen und Multiple Sklerose als Ursachen für die anerkannte Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung genannt. Weitere Nennungen entfielen zudem auf Asthma, Rückenschmerzen, Migräne und Schlaganfälle.

Lesetipps:

UN-BRK (2017): Die UN Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Online unter: https://www.behindertenbeauftragte.de

Meike Wanner/ Angelika Dörfler-Dierken/ Markus Thurau (2020): Empirische Befragung und Bestandsaufnahme im Rahmen der Evaluation des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Geschäftsbereich des BMVg aus Sicht schwerbehinderter und diesen gleichgestellter sowie nichtbehinderter Menschen. Ergebnisse der Bundeswehrbefragung 2018 zum Thema Inklusion. Potsdam, ZMSBw

Meike Wanner (2020): Inklusion: Schwerbehinderte und diesen gleichgestellte Behinderte in der Bundeswehr. In: Elbe, Martin(Hrsg.): Die Gesundheit des Militärs. Band 53 der Reihe Militär und Sozialwissenschaften. Baden-Baden: Nomos-Verlag

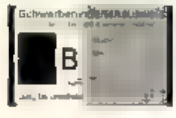
Die Rolle der Auslandseinsätze. Obwohl es in den Reihen der Bundeswehr seit ihrer Aufstellung stets Soldatinnen und Soldaten gab, die schicksal- oder dienstbedingt schwerbehindert geworden sind, ist nicht zuletzt durch zu beklagende Verletzungen bzw. Traumatisierungen in den Auslandseinsätzen das Phänomen Behinderung auch zu einem soldatischen Thema geworden. Insbesondere mit dem Einsatz-Weiterverwendungsgesetz, dem Einsatzversorgungsgesetz und dem Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz wird aktuellen Notwendigkeiten fürsorglich Rechnung getragen. Die Sorge um posttraumatische Belastungssyndrome wird mit sensiblen Vorsorgestrukturen gewürdigt. Maßnahmen in diesem Bereich sind z.B. Lotsen für einsatzgeschädigte und behinderte Soldatinnen und Soldaten, kontinuierliche Begleitung in der Einsatznachsorge, Kontaktpersonen und Helfer beim Gang durch die Instanzen oder das Seminar „Soldat mit Behinderung".

Studie zur Inklusion in der Bundeswehr. Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wurde damit beauftragt, die Bekanntheit und den Umsetzungsstand des Aktionsplans BMVg sowie das aktuelle Inklusionsklima in der Bundeswehr zu evaluieren. Dazu wurde im Jahr 2018 eine schriftliche Befragung innerhalb der Bundeswehr durchgeführt. Zu den Befragten zählten

Barrierefreiheit

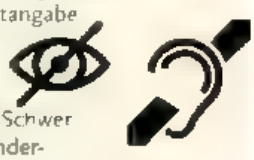
Barrierefreiheit bedeutet einen umfassenden Zugang und uneingeschränkte Nutzungschance in allen gestalteten Lebensbereichen. Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind

Grad der Behinderung



Der Grad der Behinderung (GdB) beziffert die Schwere einer Behinderung. Er ist also das Maß für die körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Auswirkungen einer Funktionsbeeinträchtigung aufgrund eines Gesundheitsschadens. Der GdB kann zwischen 20 und 100 variieren. Er ist in 10er-Schritten gestaffelt. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Prozentangabe.

Schwerbehinderung/Gleichstellung



Eine Behinderung ab einem GdB von 50 gilt als Schwerbehinderung. Menschen gelten als Schwerbehinderten gleichgestellt, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von weniger 50, aber wenigstens 30 vorliegt. Voraussetzung ist, dass sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können

schwerbehinderte/gleichgestellte und nichtbehinderte zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Soldatinnen und Soldaten. Insgesamt beteiligten sich rund 3.200 Personen an der Befragung. Der ausführliche Forschungsbericht mit allen Ergebnissen wird auf der Homepage des ZMSBw (www.zmsbw.de) veröffentlicht.

Positive Erfahrungen mit dem Arbeitgeber Bundeswehr. Die Studienergebnisse verdeutlichen, dass die UN-BRK und der Aktionsplan des BMVg sowohl unter den Nichtbehinderten als auch den Schwerbehinderten und Gleichgestellten überwiegend unbekannt sind. Nur wenige Einzelmaßnahmen des Aktionsplans sowie deren Umsetzungsstand sind den Befragten bekannt. Wo sie bekannt sind, werden sie durchweg als wichtig erachtet.
Zentrale Begriffe wie Inklusion und Barrierefreiheit sind hingegen fast allen Bundeswehrangehörigen bekannt. Über Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Schwerbehinderten bzw. Gleichgestellten wird überwiegend positiv berichtet (vgl. Abbildung 1) und 68 Prozent der Nichtbehinderten sowie 80 Prozent der Schwerbehinderten/Gleichgestellten würden einem Bekannten mit Behinderung den Arbeitgeber Bundeswehr empfehlen.

Gibt es Leistungsunterschiede? Allerdings lassen sich auch negativere Einschätzungen erkennen, wenn man die Daten getrennt nach zivilem und militärischem Bereich betrachtet. Dem Selbstbild vieler Soldatinnen und Soldaten, das durch körperliche sowie psychische Stärke und Unversehrtheit geprägt ist, steht das Bild eines körperlich oder seelisch Verwundeten unvereinbar gegenüber. Entsprechend finden sich in dieser Beschäftigtengruppe am ehesten Vorbehalte gegenüber →

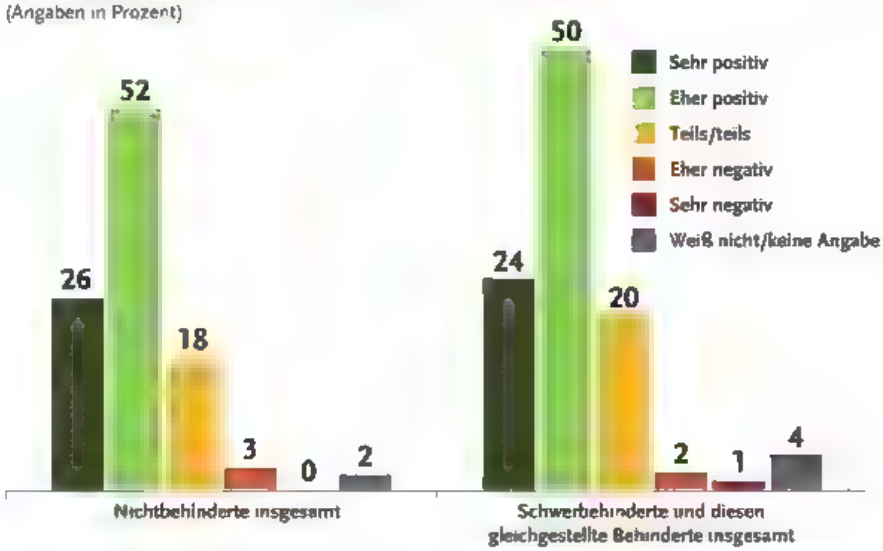
Oberfeldwebel Tim Focken wurde 2010 als Fallschirmjäger im Afghanistan-Einsatz verwundet – nun hat er als erster einsatzgeschädigter Berufssoldat die Teilnahme an den Paralympics im Visier

Foto: picture alliance/DBS-Akademie GmbH/Ralf Kuckuck

Abbildung

Erfahrungen der Zusammenarbeit

Wie sind bzw. waren Ihre Erfahrungen im Umgang mit schwerbehinderten/gleichgestellten zivilen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern oder Soldatinnen bzw. Soldaten?
(Angaben in Prozent)



Datenbasis: Inklusionsstudie des ZMSBw 2018. Grafik: ZMSBw/Maike Wanner, Bundeswehr/Daniela Hebbel

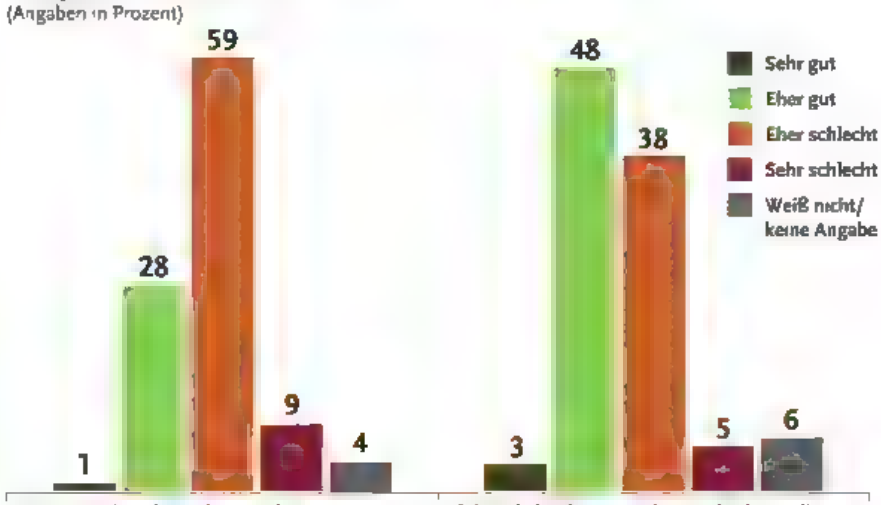
Das Auf- und Abrunden von Einzelwerten führt zu einer Verzerrung der Gesamtsumme (+/- 100%).

Schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Behinderten. Zudem glauben weniger Soldatinnen und Soldaten, dass Schwerbehinderte und diesen Gleichgestellte gute Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen in der Bundeswehr haben (vgl. Abbildung 2).
Ein differenziertes Bild zeigt die Befragung im Hinblick auf wahrgenommene Leistungsunterschiede (vgl. Abbildung 3). Nichtbehinderte sehen stärkere Unterschiede (51%) als Menschen mit Behinderung und ihnen Gleichgestellte selbst (34%). Auffällig ist, dass nichtbehinderte Soldatinnen und Soldaten, die Leistungsfähigkeit von Menschen mit anerkannter Behinderung als deutlich geringer beurteilen (57%) als zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (37%).

Abbildung 2

Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen

Wie schätzen Sie die Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen für Schwerbehinderte/Gleichgestellte in der Bundeswehr ein?
(Angaben in Prozent)



Datenbasis: Inklusionsstudie des ZMSBw 2018 Grafik: ZMSBw/Maike Wanner, Bundeswehr/Daniela Hebbel
Das Auf- und Abrunden von Einzelwerten führt zu einer Verzerrung der Gesamtsumme (+/- 100%)

Erste Schritte getan, aber weitere notwendig. Mit dem Aktionsplan BMVg wurden erste wichtige Schritte unternommen. Notwendige Etappenziele auf dem Weg zu einer inklusiven Bundeswehr, ein stärkeres Bewusstsein und Verständnis für die Belange sowie Anerkennung und Lob für Betroffene durch Vorgesetzte, aber auch durch Kolleginnen und Kollegen bzw. Kameradinnen und Kameraden, sind jedoch kaum durch Informationsangebote zu generieren. Es bedarf vielmehr der Offenheit und Empathie aller Bundeswehrangehörigen im täglichen Miteinander, um diese Ziele zu verwirklichen.
Die Bundeswehr YouTube-Serie „Unbesiegt", die Bundeswehran-

Abbildung 3

Wahrnehmung von Leistungsunterschieden

Würden Sie sagen, es gibt generelle Leistungsunterschiede zwischen den Beschäftigten mit anerkannter Behinderung und denen ohne?
(Angaben in Prozent)

Das Auf- und Abrunden von Einzelwerten führt zu einer Verzerrung der Gesamtsumme (+/- 100%)

Datenbasis: Inklusionsstudie des ZMSBw 2018.
Grafik: ZMSBw/Maike Wanner, Bundeswehr/Daniela Hebbel

Foto: Bundeswehr/Sonja Hoffmann

„Inklusion bedeutet, Vielfalt als Normalität anzunehmen, mit proaktivem Verhalten eine wertschätzende Umgebung zu schaffen, in der alle Menschen mit eingebunden sind. Alle werden fair und respektvoll behandelt, haben den gleichen Zugang zu Möglichkeiten und Ressourcen. Für die Bundeswehr heißt das: Die unterschiedlichen Fähigkeiten und Kenntnisse schwerbehinderter Menschen werden als eigener Wert für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität der Bundeswehr verstanden und anerkannt."
Karin Gehlen-Düring (BMVg P II 1) ist zuständig für Fragen rund um die Inklusion schwerbehinderter Menschen und Rechtsfragen in Schwerbehindertenangelegenheiten. In einem Interview spricht sie darüber, wie die barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben gelingt und wie die Bundeswehr das Bewusstsein in den Köpfen der Menschen stärken kann. Erfahren Sie mehr auf *www.innerefuehrung.de*

gehörige bei den Invictus Games 2018 in Sydney begleitete, sowie die Ausrichtung der Invictus Games im Jahr 2022 in Düsseldorf, sind sinnvolle Maßnahmen, um Behinderung auch unter den Soldatinnen und Soldaten zu thematisieren. Wünschenswert wären überdies jedoch auch Berichte oder Beispiele von schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Soldatinnen und Soldaten, die jenseits von sportlichen Wettbewerben ihren Dienstalltag meistern. ■

Foto: Bundeswehr/Patrik Branstätter

„Ein supertolles Erlebnis": Der einsatzversehrte Hauptfeldwebel Jens Ruths trat bei den Invictus Games 2018 in Sydney in vier Disziplinen an. ▼

Foto: privat

Dr. Meike Wanner
ist Soziologin und Projektleiterin im Forschungsbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

Zusammenfassung:
Im Oktober 2014 wurde der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums (BMVg) in Kraft gesetzt. Das Ziel ist es, Barrieren und hinderliche Arbeitsbedingungen abzubauen, um Schwerbehinderten und Gleichgestellten nicht nur die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben, sondern auch Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das ZMSBw wurde mit der Durchführung einer Studie beauftragt, um den Kenntnisstand des Aktionsplans BMVg sowie das aktuelle Inklusionsklima in der Bundeswehr zu evaluieren.

Hinweis auf Forschungsbericht (Im Erscheinen):
Meike Wanner, Angelika Dörfler-Dierken, Markus Thurau: Empirische Befragung und Bestandsaufnahme im Rahmen der Evaluation des Aktionsplans zur Umsetzung der UN BRK im Geschäftsbereich des BMVg aus Sicht schwerbehinderter und diesen gleichgestellter sowie nicht behinderter Menschen. Ergebnisse der Bundeswehrbefragung 2018 zum Thema Inklusion, Potsdam: ZMSBw

Reichswehr-gesetz erlassen

Streitkräfte der Weimarer Republik 1921 offiziell aufgestellt

Mit dem Reichswehrgesetz wird die Wehrverfassung der Weimarer Republik gestaltet. Die Reichsregierung kommt mit dem Gesetz auch einer Weisung der Siegermächte des Ersten Weltkrieges nach: Der Versailler Vertrag muss kurzfristig in Reichsrecht umgesetzt werden.

28. Februar 1921

Kronstädter Matrosenaufstand

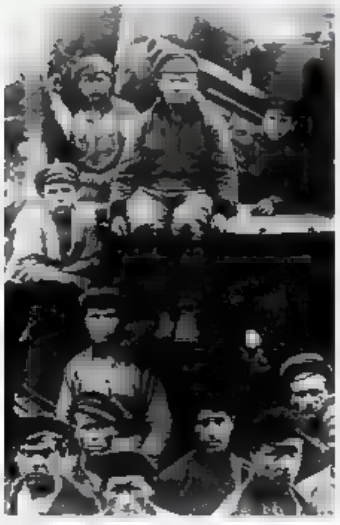


Foto: Alamy Stock Photo/Science History Images

Matrosen der Baltischen Flotte, Soldaten der Kronstädter Festungsgarnison und Einwohner von Kronstadt bei St. Petersburg erheben sich von Ende Februar bis zum 18. März 1921 gegen die Sowjetregierung. Auslöser des Aufstandes ist die Politik des Terrors der Tscheka, der bolschewistischen Geheimpolizei, und vom Kriegskommunismus ausgelöste Hungersnöte. Unter dem Motto „Alle Macht den Räten (Sowjets) – Keine Macht der Partei" fordern die Rebellen eine Rücknahme der Diktatur der Kommunistischen Partei Russlands. Der Aufstand wird von Truppen der Roten Armee unter der politischen Leitung Leo Trotzkis brutal niedergeschlagen. Viele Aufständische werden hingerichtet oder in Lager des Archipel GULAG deportiert.

Der Artikel 79 der Reichsverfassung bestimmt, dass ein Reichsgesetz die Wehrverfassung einheitlich regeln soll. Auf dieser Basis wird das Reichswehrgesetz nach zweijährigen parlamentarischen Debatten im Reichstag und in der Nationalversammlung am 23. März 1921 beschlossen. Das Gesetz regelt unter anderem die Spitzengliederung der Reichswehr und die Befehlsverhältnisse. Es enthält landsmannschaftliche Bestimmungen und die Pflichten sowie Rechte der Reichswehrangehörigen.
Die Reichswehr wird durch den Versailler Vertrag begrenzt auf ein Hunderttausend-Mann-Heer und eine Marine von 15 000 Soldaten. Die in Artikel 133 der Reichsverfassung vorgesehene Allgemeine Wehrpflicht wird verboten, der deutsche Generalstab aufgelöst. Unteroffiziere und Mannschaften

haben sich für mindestens zwölf, Offiz ere für mindestens 25 Jahre Dienstzeit zu verpflichten.
Als Ergebnis der sogenannten „Weimarer Vereinbarung" sind im Gesetz die „besonderen landsmannschaftlichen Eigenarten" zu berücksichtigen: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden stellen bis in den Ersten Weltkrieg hinein eigene Kontingente zum kaiserlichen Reichsheer. In der Weimarer Republik verzichten sie nach harten Verhandlungen auf ihre militärischen Reservatrechte. Damit liegt die Militärhoheit erstmals in der deutschen Geschichte allein beim Reich.
Den Ländern wird im Gesetz ein sogenannter „Landeskommandant" als Mitt er zwischen den Interessen eines Landes und der Reichswehr zugestanden. Der bayerische Landeskommandant ist zugleich Befehlshaber der 7. (Bayerischen) Division, die „einen in sich geschlossenen Verband des Reichsheeres" b ldet. Bei Personalersatz und Standortwah sollen landsmannschaft iche Besonderheiten berücksichtigt werden.
Paragraph 36 des Reichswehrgesetzes untersagt den Soldaten, sich politisch zu betätigen. Sie dürfen keiner Partei oder Gewerkschaft angehören und an keinen politischen Versammlungen teilnehmen. Die Soldaten haben kein aktives und passives Wahlrecht. Sie dürfen erst nach dem 27. Lebensjahr heiraten. Die Heirat muss von ihren Vorgesetzten genehmigt werden (Gesetzesergänzung von 1922).
Diese Einschränkung der Grund- und Bürgerrechte der Soldaten ermöglicht Artikel 33 der Reichsverfassung: „Für Angehörige der Wehrmacht sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erhaltung der Manneszucht einzelne Grundrechte einzuschränken". Das Reichswehrgesetz trägt die Handschrift des Generals Hans von Seeckt. Er prägt als Chef der Heeresleitung das B ld der Reichswehr entscheidend. Die Soldaten sollen sich nicht der konkreten demokratischen Staatsform der Republik, sondern allein der überparteilichen Idee des Staates verpflichtet fühlen. Die Abschottung vom politischen Leben der Republik begünstigt den Weg der Reichswehr zum „Staat im Staate".
Dem Re chswehrgesetz stimmen bei den parlamentarischen Beratungen im Reichstag stärker die konservativen Parteien wie die Deutsch Nationale Volkspartei (DNVP) zu. Sie befürworten vor allem die Entpolitisierung der Reichswehr. Andere Parteien warnen vor der Beschneidung demokratischer Grundrechte. Der SPD Abgeordnete Schöpflin sieht den Entwurf des Gesetzes zu sehr „den Traditionen der Monarchie verhaftet". Trotzdem findet das Gesetz eine parlamentarische Mehrheit. (ub)

Einzug e ner nach Berlin verlegten E nheit der Re chswehr

Foto: ullstein bild/Süddeutsche Zeitung

16. März 1951

Bundesgrenzschutz gegründet

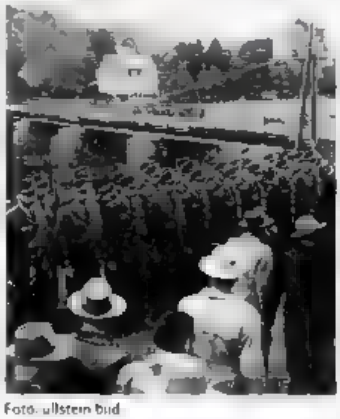


Foto: ullstein bild

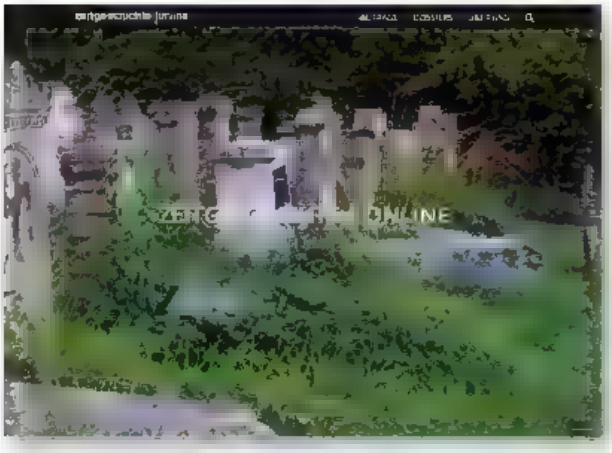
Der Bundesgrenzschutz (BGS) wird mit dem BGS Gesetz vom 16. März 1951 als Sonderpol zei des Bundes gegründet. Im Kalten Krieg ändern die USA ihre Politik der Entm litar sierung. Sie gestehen der Bundes republ k zu, e ne quasi-militärisch ausgerüstete Grenzschutztruppe aufzustellen. Der BGS sichert anfangs mit zunächst 10.000 Mann vornehm ich d e Grenze zur DDR. Noch bis M tte der achtziger Jahre ist der BGS auch mit leichten und mittleren In fantenewaffen ausgestattet. Auch die Dienstgrade sind militärisch. Rund 10 000 BGS-Angehörige wechseln nach Gründung der Bundeswehr ab dem 1. Juli 1956 freiwillig zu den Streitkräften. Unter ihnen befinden sich 593 Offiz ere, 999 Unteroffiziere mit Portepee, 1 899 Unter- und Stabsunteroffiziere sowie 6 801 Grenzjäger. Der Seegrenzschutz geht 1956 vollständig in der Bundesmarine auf.

Die Welt im Web

Thema

Notwendige Betrachtungen der Gegenwart

Seit 2004 veröffentlichen über 600 Autoren im Portal „Zeitgeschichte-Online" wissenschaftliche Themenschwerpunkte zu aktuellen gesellschaftlichen Streitthemen.

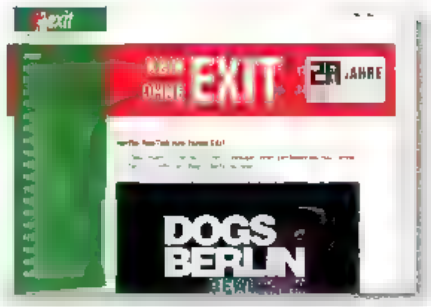


Ziel der Seite ist dem eigenen Anspruch nach zu vermitteln zwischen einer „oft noch hermetischen Fachcommunity und der breiteren Öffentlichkeit" in einem Spektrum das von einer „notwendigen Debatte" über das Ehrenmal der Bundeswehr (2007), über die chilenische Rebelión Popular bis hin zur Frage nach der soziokulturellen Würdigung digitaler Spiele (2020) reicht. Der aktuelle Komplex „Zeitgeschichte der Rechten" behandelt den Einfluss rechter Gewalt auf die Entwicklung sozialer Ordnung, die Rolle von Fremdenfeindlichkeit im Fußball oder die gesellschaftliche Relevanz der Debatte über das Liederbuch der Bundeswehr. **zeitgeschichte-online.de**

Podcast

#RealDogs

EXIT-Deutschland hat den Start der Serie „Dogs of Berlin" auf Netflix durch ein Interviewformat begleitet, das die in der Serie behandelten Themen inhaltlich aufgreift und einordnet. In drei Interviews berichten ehemalige Neo-Nazis über die rechtsextreme Szene, ihren Einstieg und Wege heraus. Es geht den #RealDogs, wie die Interviewpartner von EXIT-Deutschland genannt werden, darum, mit ihrer Geschichte zu sensibilisieren, Aufmerksamkeit zu schaffen und Gefahren aufzuzeigen, die sie selbst folgenschwer ignorierten.



Die Serie „Dogs of Berlin" zeichnet die extremistischen Phänomene provozierend klischeehaft und brutal realistisch. Fahri Yardim und Felix Kramer ermitteln gegen Verbrecher der Berliner Unterwelt. Die Geschichte entwickelt sich rund um einen Mord an einem deutsch-türkischen Fußball-Nationalspieler. Möglich erscheint, dass Neonazis aus Marzahn hinter dem Mord stecken.
Die #RealDogs geben einen reflektierten und authentischen Einblick in ihre Vergangenheit in der rechten Szene. Warum radikalisieren sich junge Menschen und wie erleben sie jeweils ihre extremistische Persönlichkeitsentwicklung? Was machte ihre manipulierte Lebenswirklichkeit aus? Sie wollen auch zeigen, dass ein Ausstieg möglich ist und kein Mensch seine eigene Biografie zur Sackgasse werden lassen muss.
exit-deutschland.de/meldungen/netflix-realtalk-zum-thema-exit

Podcast-Reihe über menschenfeindliche Ideologien

Rechte Ideologien haben viele Gesichter und Erscheinungsformen – mal aggressiv mit offener Hetze, mal subtil mit verschleiernder Rhetorik. Mit dem de:hate-Podcast der Amadeu Antonio Stiftung wird in mehreren Folgen über unterschiedliche Aspekte rechter Ideologien aufgeklärt. Wie funktionieren Verschwörungsideologien? Was ist eigentlich so neu an der Neuen Rechten? Was ist eigentlich mit Rechtsextremismus gemeint? Welche Rolle spielen Geschlecht und Gender in rechten Ideologien? Neben notwendigem Hintergrundwissen und Analysen geht es auch darum, dieses Wissen einzusetzen, um extrem rechten Ideologien im Alltag, online wie offline, etwas entgegenzusetzen. Um einen genauen Überblick über die Situation und Handlungsmöglichkeiten zu erlangen, sprechen die Reporter*innen mit unterschiedlichen Expert*innen zu den jeweiligen Themen, mit Engagierten und Betroffenen. **amadeu-antonio-stiftung.de/dehate/podcast/**

Buchtipps

Zivilisierte Verachtung
Eine Anleitung zur Verteidigung unserer Freiheit

Carlo Strenger
Suhrkamp Verlag,
März 2015
104 Seiten
ISBN 978-3-518-07441-1
Preis: 10,- €

Carlo Strenger war ein schweizerisch-israelischer Philosoph, Psychologe und Publizist, der zuletzt in Tel Aviv lebte und arbeitete. Er trat unter anderem durch ein Interview, geführt von Richard Schneider (damals Korrespondent der ARD in Tel Aviv) in Erscheinung. Es trägt den Untertitel „Eine Anleitung zur Verteidigung unserer Freiheit" und genau das ist auch die Essenz dieser Schrift. Strenger streitet vehement gegen die so genannte „Politische Korrektheit" und stellt die These auf, dass es genau diese vermeintliche Korrektheit ist, die Streit unter allen Umständen zu vermeiden sucht, und damit die westlichen Werte eher verwässert als verteidigt. Man muss Ansichten, die unseren Werten entgegenstehen auch verachten dürfen, so sein Credo. Diese Verachtung soll allerdings unbedingt zivilisiert sein. Das heißt zwei Bedingungen müssen erfüllt werden: Erstens muss diese Verachtung auf Wissen über die Meinung, die es zu bekämpfen gilt beruhen. Zweitens darf die Verachtung niemals persönlich gegen einen Menschen gerichtet sein. Carlo Strenger ist im letzten Jahr verstorben. (clg)

Freiheitsgrade
Elemente einer liberalen politischen Mechanik

Christoph Möllers legt in einer Sammlung scharf geschnittener Aphorismen die gegenwärtig ambitionierteste politische Philosophie des Liberalismus im deutschen Sprachraum vor, einen „politischen Reiseführer". Liberalismus heißt oft: individuelle Freiheitsrechte, Rationalität, Verfahren. Möllers öffnet mit der Metapher der „Freiheitsgrade" eine breitere Skala. Es geht um drei „Dimensionen der Freiheitswahrnehmung": Freiheit ist individuell und gemeinschaftlich, gerechtfertigt und willkürlich, hat ihren Ort in der formalisierten Arena des Rechts und in den informellen Netzen des Sozialen. Gegen die Tendenz des Liberalismus zur Entpolitisierung, etwa in der Herrschaft von „Experten" oder in der demoskopischen Vorformatierung von Politik stellt Möllers die unausweichlich konflikthafte Qualität von Politik. Ein gedämpfter Carl Schmitt Sound hallt durch das Buch: Zur Politik gehören Positionalität, Konflikt und Polarisierung: „Gegen Politik hilft nur Politik" (S. 328). Politik geht nicht in „Governance", in rationaler Problemlösung auf, nach Möllers „ein alter liberaler Traum". Politik beginnt dort, wo um Veränderung gestritten wird. Christoph Mollers hat ein mannigfaltiges Buch geschrieben, in vielem gegen den Strich gegenwärtiger Vorurteile gebürstet, und gerade daher weiterführend in den Debatten um die Zukunft unserer freiheitlichen, liberalen Demokratie. (rml)

Christoph Möllers
Verlag edition suhrkamp,
September 2020 343 Seiten
ISBN 978-3-518-12755-1
Preis. 18, €

Extreme Sicherheit
Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz

Wie steht es um die demokratische Verfasstheit von Polizei, Justiz, Bundeswehr und Verfassungsschutz? Warum kommt der Frage nach den Funktionsträgern dieser Organe, deren Aufgabe es ist, den demokratischen Rechtsstaat und deren Menschen zu schützen, eine so gewichtige Rolle zu? Das ist der zentrale Kern des Buches. Meisner und Kleffner beleuchten, wie die augenscheinliche Häufung von extremistischen Haltungen von Angehörigen der Exekutive zustande kommt und wo die Ursachen dafür liegen. Dabei werden sie von einer Reihe weiterer Autoren unterstützt. Über 25 Sachverhalte werden durch die Co-Autoren geschildert.
Das Buch verspricht eine Tiefenbohrung. Und tatsächlich werden ausgewählte Fälle teilweise sehr detailliert erörtert. Die in der Bundeswehr bekannten Falle „Franco. A" und „Hannibal" werden vorgestellt, wie auch rechtsextreme Prepper aus Mecklenburg-Vorpommern oder Fälle von „racial profiling" bei der Berliner Polizei. Manche Fragestellung kann dieses Buch nicht abschließend beantworten. Zum Beispiel die nach dem Grund der Radikalisierung der Angehörigen von Bundeswehr, Polizei und Co. Oder auch, warum sich diese Personen überproportional einer vermeintlich politischen „Alternative" zuwenden.
Trotz der Tatsache, dass wir nicht mehr von Einzelfällen in den Reihen der Sicherheitsorgane sprechen können, bleibt dieses Buch frei von vorverurteilenden Pauschalaussagen. Pflichtlektüre für alle, die sich im Rahmen der Politischen Bildung dem Phänomen Extremismus und seiner Prävention widmen. (mtw)

Matthias Meisner, Heike Kleffner
Verlag Herder, 2019, 320 Seiten
ISBN 978-3-451-38561-2
Preis. 24, €

Titelthema

Identität

Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet

Francis Fukuyama
Verlag Hoffmann und Campe, Februar 2019
240 Seiten
ISBN 978-3-455-00528-8
Preis 22,- €

Francis Fukuyamas Buch ist eine Diagnose der tiefen Spaltung der US-Gesellschaft. Diese Diagnose gilt aber auch insgesamt für die westlichen Gesellschaften, die tiefgreifende Wandlungsprozesse durchlaufen. Die Auseinandersetzungen etwa um „Black Lives Matter" und die globalen antirassistischen Proteste haben ebenso wie die krasse Polarisierung des US-Wahlkampfes einen identitätspolitischen Kern. Fukuyama zeichnet die Karriere identitätspolitischer Politikmuster seit den frühen 1970er Jahren nach. Die Pointe seiner Argumentation liegt darin, dass die „Linke", in Begriffen der US-Politik die „Liberalen", ihre ursprünglich an der Überwindung ökonomischer Ungleichheit orientierte Politik aufgegeben habe zugunsten einer Obsession für die Gleichheitsrechte immer kleinerer Gruppen von Benachteiligten. Das sozialpolitisch frei gewordene Terrain sei dann von der „Rechten" dankbar und unter Nutzung der nunmehr eingeübten identitätspolitischen Agenda besetzt worden. Die Bezauberung durch „Identität" sei dann Teil der populistischen Agenda der Trump-Kampagne von 2016 geworden, die sich auf die Verteidigung einer angeblich bedrohten „Whiteness" kapriziert habe. Die Linke habe dieser Agenda nur eine symmetrische Eskalation in der Betonung von Gruppenidentitäten entgegengesetzt. Genau diese Symmetrie gilt es nach Fukuyama zu überwinden. Er schlägt als Therapie eine Besinnung auf das republikanische Bürgerethos des Gründungsaktes der USA vor. So soll eine gemeinwohlorientierte kollektive politische Identität der USA wiedergewonnen werden. Voraussetzung dafür seien zum einen verantwortliche politische Führung und funktionsfähige politische Institutionen – Fukuyamas letztes großes Buch „Political Order and Political Decay" hatte dazu wichtige Beiträge geliefert – und andererseits eine positive Bezugnahme auf einen demokratisch reformulierten, nicht ethnisch fixierten Begriff des „Volkes" als konstitutiver politischer Größe. Fukuyamas lesenswertes Buch bietet eine souverane Analyse der Lage und ein nachdenkliches liberal-konservatives Politikangebot. (rmi)

Fake Facts

Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen

Corona ist eine Erfindung der Pharmaindustrie, die Erde ist flach, die Bundeskanzlerin und die britische Queen sind Echsen und Impfungen dienen dazu, Mikrochips in den Körper zu implantieren, die dann gesteuert über den neuen 5G-Mobilfunkstandard die Bevölkerung manipulieren. Wenn Sie bei dieser Aufzählung schmunzeln, sind Sie bei diesem Buch genau richtig. Die Autorinnen analysieren Verschwörungsdenken und zeigen dessen große Gefahren auf. Sie beschreiben, wie sich Menschen aus der Mitte der Gesellschaft dadurch radikalisieren und letztlich Demokratie als Staatsform ablehnen. Denn auch absurde Erzählungen oder von der überwiegenden Mehrheit der Menschen als abwegig empfundene vermeintliche „Fakten" sind häufig Einstiege für extremistische Bestrebungen und Radikalisierungen.

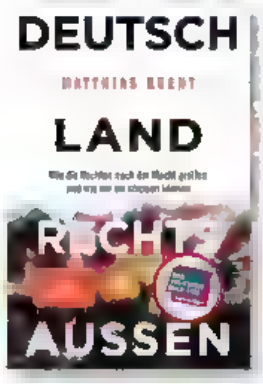
In rechtsextremistischen Kreisen werden z.B. Erklärungsansätze für die Corona-Krise mit antisemitischen Weltanschauungen angereichert. Es finde angeblich durch Migration eine „Umvolkung" bzw. ein „Bevölkerungsaustausch" statt. Ebenso ist z.B. die Holocaustleugnung weiterhin eine zentrale Verschwörungserzählung des Rechtsextremismus. Verschwörungserzählungen haben ihre Wurzeln in einer grundsätzlichen Annahme: Regierungen oder andere Machtgruppen führen Böses im Schilde und verschleiern die Wahrheit. Sie sind dabei kein Thema einer gesellschaftlichen Randgruppe. Wissenschaftlichen Studien zufolge glauben über 40 Prozent der Menschen, dass Politiker und andere Führungspersönlichkeiten nur die Marionetten der dahinterstehenden Mächte seien. Wie die Autorinnen zeigen, spielen das Internet und „soziale Medien" bei Verschwörungserzählungen eine entscheidende Rolle. Menschen, die heute im Internet Verschwörungserzählungen verbreiten, hätten das zwar auch ohne soziale Medien getan, aber nur mit einem Bruchteil des Publikums.
Verschwörungserzählungen und -mythen sind Radikalisierungsbeschleuniger. Was dagegen unternommen werden kann, zeigen die Autorinnen in ihrem tiefgründigen, aber dennoch kurzweiligen Buch - auch anhand vieler aktueller Beispiele.
Dieses Buch ist als Grundlagenlektüre ausgesprochen empfehlenswert. (kh)

Katharina Nocun, Pia Lamberty
Verlag Quadriga, Mai 2020
352 Seiten
ISBN:
978-3-86995-095-2
Preis 19,90 €

Titelthema

Deutschland Rechts außen

Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können



Rechtsextremisten streben nach einer nicht pluralistischen, völkisch-rassistisch definierten Gesellschaft. Ihre Bestrebungen richten sich gegen Freiheit, Demokratie und Solidarität. Sie instrumentalisieren krisenhafte Entwicklungen und machen sich Stimmungen zunutze. Hierzu bedienen sie sich bürgerlicher Methoden und Inhalte, scheuen gleichzeitig aber nicht vor der Abwertung von Menschen, Begriffsumdeutungen, Einschüchterung oder Gewalt zurück. Es wird versucht, die Gesellschaft zu spalten in „wir als wahre Patrioten" und „die anderen als Volksfeinde". Das „deutsche Volk" sei angeblich bedroht. Es werden Angst, Unsicherheit und Hass geschürt. Zugleich verzeichnen „rechte Parteien" erheblichen Zulauf und die Gesellschaft gerät zunehmend unter Druck.

Der Autor zeigt die Strategien und Ziele „der extremen Rechten" auf. Zwar unterscheidet er leider nicht explizit zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus, zeigt aber in seinen Analysen und Beispielen sehr eindrucksvoll, dass das „rechte" Spektrum inzwischen ziemlich breit ist und von den Extremisten bis hinein in die sogenannte „bürgerliche Mitte" reicht. Die rechten Propagandisten werden dabei zutreffend als die „neuen Untergangspropheten" dargestellt, die sich vorgenommen haben, die zivilen Grundlagen der liberalen Demokratie durch extremistische Thesen und Verschwörungserzählungen zu delegitimieren. Der Autor greift auch auf historische Erfahrungen der letzten zwei Jahrhunderte zurück, um aktuelle Entwicklungen einzuordnen und gefährliche Parallelen zur Vergangenheit zu erkennen. Er deckt die Strategien und Ziele „rechter Kreise" auf und gibt Handlungsempfehlungen für die notwendige (politische) Auseinandersetzung mit ihnen.

Das Buch ist eine eindringliche und ausgesprochen berechtigte Warnung, Rechtsextremisten und -populisten nicht zu unterschätzen. Der Autor schildert nicht nur sehr kompetent Sachverhalte, sondern reichert diese Fakten immer wieder mit eigenen Erlebnissen an. Die Friedrich Ebert Stiftung zeichnete diese Publikation mit dem Preis „Das politische Buch" des Jahres 2020 aus. (kh)

Matthias Quent
Pieper Verlag, August 2019
304 Seiten
ISBN: 978-3-492-06170-4
Preis: 18,- €

Extremismusforschung

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

Das Buch bietet einen guten und umfassenden Überblick über die Forschung zum politischen Extremismus. Die Beiträge stammen von renommierten deutschen Expertinnen und Experten, die die wesentlichen Themen, Argumente und Befunde gut darstellen und einordnen. Der Sammelband konzentriert sich auf Deutschland und deutsche Befunde, umfasst aber auch einige Informationen zum Extremismus in West- und Osteuropa, in Ansätzen auch in anderen Teilen der Welt. Die historische Perspektive wird mit Kapiteln zur Weimarer Republik, zum Nationalsozialismus und zum Kommunismus ebenfalls nicht vernachlässigt. „Dieser Band vermeidet eine Fixierung auf eine bestimmte Form des Extremismus" (S. 15), das heißt die verschiedenen Spielarten des Extremismus werden gleichrangig behandelt. So wird insgesamt bei aller theoretischen und empirischen Vielgestaltigkeit und Komplexität deutlich, „dass es Dimensionen gibt, die allen Extremismen gemein sind: Von Verschwörungstheorien über die Suche nach ewigen Wahrheiten, die Immunisierung des eigenen Denkens gegenüber der Realität, das Denken in Gut-Schlecht-, Falsch-Wahr- und Freund-Feind-Kategorien über die Bereitschaft zum Aktivismus bis hin zu politischer Gewalt und Terrorismus reicht das Spektrum" (S. 199) der Gemeinsamkeiten. Deutlich wird in vielen Beiträgen der einseitige Fokus der deutschen Forschung auf den Rechtsextremismus. So treten die Schwächen und Lücken bei der Erforschung von Linksextremismus und religiösem Fundamentalismus umso stärker hervor. Das Buch hält insgesamt den Anspruch, sowohl für Wissenschaftler als auch für praxisorientierte Anwender geschrieben und geeignet zu sein. Besonders hilfreich für die weitere Erarbeitung und Lektüre ist die ausführliche kommentierte Bibliographie am Ende jedes Beitrags. Teilweise konzentrieren sich die Beiträge allerdings auf unnötige Details und verlieren dabei grundlegende und übergreifende Aspekte aus dem Blick, z.B. bei der kleinteiligen Diskussion einzelner Extremismusdefinitionen in Kapitel II oder der detaillierten Kritik an einzelnen Frageformulierungen zur Messung extremistischer Einstellungen in Kapitel V. (mst)

Eckardt Jesse,
Tom Mannewitz
Nomos Verlag 2018
672 Seiten
ISBN 978-3-8487-1807-8
Preis: 98,- €

Geschichte

Deutsche Krieger

Vom Kaiserreich zur Berliner Republik - eine Militärgeschichte

Sönke Neitzel
Propyläen Verlag, November 2020
816 Seiten
ISBN 978-3549076477
Preis 35,- €

In seinem gehaltvollen Buch schlägt der Potsdamer Militärhistoriker Sonke Neitzel einen weiten Bogen von den Armeen des Kaiserreichs zur Reichswehr der Weimarer Republik und von der Wehrmacht des Dritten Reichs zur Bundeswehr und der NVA des Kalten Krieges bis hin zur „Einsatzarmee" der Berliner Republik. Kundig und anschaulich werden jeweils die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, das jeweilige innere Gefüge der Streitkräfte und die militärhandwerkliche Ebene der Truppenpraxis beleuchtet. Dabei gilt das Interesse des Autors dem titelgebenden „Krieger", der mit dem Attribut „archaisch" versehen wird. Seine „soldatische Identität" entfalte sich in einer „Welt mit eigenen Werten und Normen", die zwar dem Wandel unterliegt, aber stärker von Kontinuitäten geprägt ist. Klammer zwischen innerem Gefüge und Militärhandwerk bilden die zählebigen „tribal cultures", die Kleingruppen und Gesamtorganisation verbinden, Zusammenhalt stiften und Kampfkraft generieren. Die politische Kunst, so lässt sich das verstehen, bestand in den wechselnden Regimen der letzten 150 Jahre darin, dieser Klammer gerecht zu werden, ohne dabei Zwecke oder Loyalitäten zu gefährden.

Das alles liest man mit Gewinn. Es bleiben Fragen: War denn die Reichswehr nur deshalb kein „Staat im Staate", weil sie einverständig mit den Revisionisten und Republikfeinden agierte? Was sagt das über soldatische Professionalität aus, wenn sich die Wehrmacht dem Regime öffnete, an seinen Verbrechen teilhatte und ihre eigenen Standards preisgab, um ihre vermeintliche Autonomie zu wahren. Ist die Konzeption der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform hinreichend beschrieben, wenn man darin vor allem ein „innenpolitisches Projekt" sieht?

Der Wandel des Soldatischen geht tiefer als Neitzel erkennen lässt. Das „eigentlich Soldatische", das Neitzel aufruft, wurde auf dramatische Weise mit seinen Grenzen konfrontiert. Mit dem „crowded battlespace" und dem „war among the people" ist die Handwerksregel des „leeren Gefechtsfelds" zur Fiktion geworden. Und hier liefert Neitzel in seiner ausführlichen Darstellung der Bundeswehr brisanten Stoff, der zu weiterem Nachdenken anregt. Die Lektüre lohnt sich! (nm)

Magie des Authentischen

Das Nachleben von Krieg und Gewalt im Reenactment

Was fasziniert Menschen am Nachspielen längst vergangener Schlachten? Die Historikerin Ulrike Jureit untersucht in ihrer Studie eine besondere Form der Geschichtsaneignung, das Reenactment. Dafür besuchte sie zahlreiche Veranstaltungen und analysiert an drei Beispielen (Großgorschen 1813/2013, Gettysburg 1863/2013, Als/Dänemark 1864/2014) das emotionale Erlebnis Militärgeschichte und die Sehnsucht nach dem Krieg.

Als Geburtsstunde gilt die Nachstellung eines der ersten großen Gefechte des amerikanischen Bürgerkrieges im Sommer 1961 anlässlich des 100. Jahrestages. Über 100 000 Besucher verfolgten damals die authentischen Szenarien der rund 2000 Darsteller in historischen Uniformen. Rasch verbreitete sich das Phänomen auch aufgrund eines steigenden Bedürfnisses nach sinnlich erfahrbarer Vergegenwärtigung der eigenen Geschichte über ganz Europa.

Wer wissen will, welcher Reiz von diesem körperlich-emotionalen Zugang zur Geschichte ausgeht, sollte das Buch zur Hand nehmen. (hmh)

Ulrike Jureit
Wallstein Verlag, August 2020
282 Seiten
ISBN 9783835337954
Preis 34, €

Politische Bildung

Unbekannte Helden des Alltags

Carola Hartmann, Alois Bach
Miles Verlag, August 2020
184 Seiten
ISBN 978-3967760101
Preis 9,80 €

Die Auslandseinsätze verlangen den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr viel ab. Obwohl die Truppe durch das Parlament seinen Auftrag erhält und unser aller Sicherheit schützt, ist ihre gesellschaftliche Wertschätzung gering.

In 16 Beiträgen schildern Bundeswehrsoldaten ihre Einsatzerfahrungen im Ausland. Packend und persönlich erzählen diese über die Rolle von Werten in Gefechtssituationen, über verantwortungsvolles Führen im Einsatz und die extremen persönlichen Belastungen, denen sie ausgeliefert sind. Zwei Ehefrauen beschreiben den Einsatz ihrer Ehemänner aus Sicht der Familien. Die authentischen Einblicke in den extremen Dienstalltag im Einsatz berühren, besonders der Beitrag „Der schlimmste Tag meines Lebens" von Rainer Buske. Er schildert, wie er 2008 als Kommandeur des PRT in Kunduz/Afghanistan mit seiner Kompanie Ziel eines Selbstmordanschlags der Taliban wurde, bei dem zwei Soldaten und fünf afghanische Kinder ums Leben kamen. Nicht nur seine Geschichte verdient es, von vielen gelesen zu werden. (syb)

Politische Bildung

Armee ohne Auftrag

Die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik

Wilfried von Bredow
Orell Füssli Verlag, 2020
193 Seiten
ISBN: 078-3-280-05728-5
Preis: 20,- €

„Schrottarmee" oder „wesentliches Instrument der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik"? Die widersprüchlichen Aussagen zur Bundeswehr nimmt Politikprofessor von Bredow von der Universität Marburg zum Anlass, die deutsche Sicherheitspolitik einer Analyse zu unterziehen.

In einer Tour d'Horizon beschreibt er die sich verschlechternden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit den 1990ern und stellt den Organisationsrahmen deutscher und europäischer Sicherheit vor: die Abhängigkeit der Europäer von den USA bzw. der NATO sowie Deutschlands mangelnde Führungsrolle. Die „zaudernde(n) Führungsmacht", deren Außen- und Sicherheitspolitik ein „unentschlossenes, janusköpfiges Bild" abgebe, sei schädlich. Die Auswirkungen auf die Bundeswehr: Reformstress und eine „Problem-Lawine", die er am Afghanistaneinsatz und am Beschaffungswesen der Bundeswehr festmacht. Sein Fazit: Die Truppe kann ihren Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und zur Durchsetzung deutscher Interessen nicht leisten, weil die deutsche Sicherheitspolitik das Instrument der Streitkräfte nicht angemessen einzusetzen weiß. Um das zu ändern, müsste gleichzeitig die weltpolitische Lage neu bewertet, die Streitkräfte als Mittel der Politik gesellschaftlich akzeptiert, strategische Interessen definiert und die Effizienz der Streitkräfte sichergestellt werden. (syb)

Hasskrieger

Der neue globale Rechtsextremismus

Karolin Schwarz wird auf dem Klappentext als „gefragte Expertin zum Thema" genannt. Das lässt aufhorchen. Aber: Im Gegensatz zu zahlreichen „Experten" wie man sie zu allen möglichen Themen über die Bildschirme flimmern sieht, hat Schwarz etwas vorzuweisen: Eine ganze Menge Substanz. Dieser Frau muss man Gehör schenken.

Sie untersucht rechte Agitation online und in der realen Welt, deckt Verhaltens- und Argumentationsmuster auf und erklärt deren Absicht und Wirkung, im deutschen Raum wie international.

Das Buch ist bis ins Kleinste gegliedert, wenngleich eine Struktur wegen der Komplexität des Themas kaum nachvollziehbar ist. Schwarz zieht ihre Gliederung durch und verschafft so dem geneigten Leser einen Überblick, sogar wenn sich dieser nur für einzelne Aspekte interessiert. Für weniger Medienaffine erklärt sie die Funktionsweise der jeweiligen Internetseiten und auch Fachbegriffe und Szene-Slang erläutert sie kurz und präzise in sechs Seiten Glossar. Kaum woanders findet man Bezüge auf Internetforen wie reddit oder 8chan, weil schlicht die Medienkompetenz fehlt und stattdessen Symptome erklärt werden. In "Hasskrieger" kann davon keine Rede sein. Das Quellenverzeichnis von 13 Seiten unterstreicht, dass Karolin Schwarz sich mit dem Thema ausführlich auseinandergesetzt hat. Dieses Buch sollte Grundsatzwissen für alle sein, die über Rechtsradikalität schreiben oder sprechen. (uhi)

Karolin Schwarz
Herder Verlag, 2020
224 Seiten
ISBN: 978-3-451-39670-0
Preis: 22,- €

Impressum

if Zeitschrift für Innere Führung

64. Jahrgang
if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.

Herausgeber
Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

Redaktion
Chefredakteur: Jan Marberg (mbg)
Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)
Leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl)
Redakteur: Wilke Rohde (row)
Mitwirkende an dieser Ausgabe: Uwe Brammer (ub), Uwe Hildenbeutel (uhi), Helmut Hammerich (hmh), Sylvia Börner (syb), Carsten Lange (clg), Markus Steinbrecher (mst), Tobias Wachner (mtw), Kai Hirschmann (kh), Klaus Naumann (nm), Roger Mielke (rmi), Peter Messner (pmn)

Redaktionsbüro
if - Zeitschrift für Innere Führung
Zentrum Innere Führung, Im Dialog
Von Witzleben Straße 17, 56076 Koblenz
Telefon 0261 - 579420 - 5571
E-Mail: ZInFuelmDialogif@bundeswehr.org
Homepage: www.innerefuehrung.de

Bildredaktion
Redaktion der Bundeswehr, Andrea Bienert

Mediendesign
Redaktion der Bundeswehr, Daniela Hebbel

Abonnement und Leserservice
infoservice@bundeswehr.org

Vertrieb
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr II 1.4 Vertrieb,
Brühler Straße 309, 50968 Köln

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Auflage: 30.000

Hinweis
Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Printversion durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Printversion genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Redaktionsschluss
25. November 2020

Der Brückenbauer

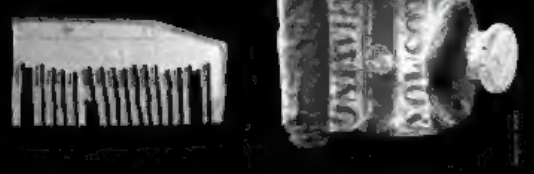
Demokrat Joe Biden freut sich, als er am 7. November 2020 erfährt, dass er als klarer Gewinner aus den US-Präsidentschaftwahlen hervorgegangen ist. Er hat den amtierenden Präsidenten Donald Trump besiegt und beendet damit eine Ära, die geprägt war von unberechenbarer Politik, die die Welt in Atem hielt und die Vereinigten Staaten gespaltener denn je hinterlässt.

Foto: Getty Images/AFP/Angela Weiss

Bis 18.4.2021

AUSGESCHLOSSEN

Archäologie der NS-Zwangslager



Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

Britzer Straße 5, 12439 Berlin
Dienstag – Sonntag: 10 – 18 Uhr
www.ns-zwangsarbeit.de

TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Archäologisches Landesmuseum Brandenburg

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Archäologische Gesellschaft in Berlin und Brandenburg e.V.

EVZ STIFTUNG

be Berlin

KULTURLAND BRANDENBURG 2020